

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Postabonnementspreis 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeheften Kolonien oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 9. Juli 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Parlamentskrach in Oesterreich.

Aus Wien wird uns vom 7. Juli geschrieben:
 Der arme Reichsrat hat auch heuer seine Tätigkeit nicht in normaler Weise abgeschlossen, vielmehr mußte er, da jede Fortarbeit unmöglich geworden war, strafweise heimgeschickt werden. Wohl fiel die Obstruktion, die seine Arbeit hinderte, diesmal glimpflicher aus; denn sie richtete sich nicht gegen die Arbeitsfähigkeit des Hauses überhaupt, wie es vor der Dezember-Geschäftsordnungsreform ausnahmslos der Fall war, sondern nur gegen eine einzige Vorlage: gegen das Gesetz, wonach eine italienische Rechtsfakultät in Wien errichtet werden sollte. Aber da diese Sache, nicht zum wenigsten infolge der auswärtigen Beziehungen, eine Ehrensache für Oesterreich, für die Regierung und für das Parlament geworden war, erschien es unmöglich, sie dem Ansturm der Obstruktion zu opfern, und da für deren Bekämpfung die Zeit zu vorgehritten und die Kraft der Regierungsmehrheit zu schwach war, griff Herr v. Wienerich zu dem Ausschlagsmittel, das er immer parat hat: er schickte das Parlament nach Hause. Im Herbst will man dort anknüpfen, wo man jetzt aufgehört: an dem alten Jammer und bei der ständigen Krise.

Diese italienische Rechtsfakultät ist so recht ein Exempel der Unlösbarkeit selbst der kleinsten nationalen Fragen in Oesterreich, sei diese der Lösung noch so bedürftig und zugänglich. Ursprünglich konnte die italienische Nation ihr Hochschulbedürfnis in Parallelklassen auf der Innsbrucker Universität befriedigen. Mit der fortschreitenden Nationalisierung der Universitäten und des gesamten öffentlichen Lebens führte das Neben- und Miteinanderleben der Italiener zu schweren Reibungen, die den Gedanken hervorriefen, die Italiener von der deutschen Schule zu trennen und ihre Vorlesungen in einem von der Universität gesonderten Raum zu organisieren. Das war die italienische Rechtsfakultät in Wilten, einem Vororte von Innsbruck, die freilich ein echtoesterreichisches Ende nahm: sie wurde nämlich am Tage der Eröffnung von den Deutschen in aller Form demoliert, — bei welchen Erzfessen ein junger hoffnungsvoller Maler von Gendarmen erstochen wurde. Das war im Jahre 1903 und seitdem gibt es in Oesterreich ein italienisches Hochschulstudium überhaupt nicht. Die Regierung plante, die Rechtsfakultät in Rovereto in Südtirol zu errichten; der Plan wurde aber aus verschiedenen Gründen nicht realisiert. Vor allem natürlich aus den Gründen der parlamentarischen Schwierigkeiten, die ja in Oesterreich immer bestehen und bei jeder Sache mit nationalem Anstrich besonders lebhaft werden; dann, weil die Italiener die Verlegung ihrer Hochschule in das kleine Provinzstädtchen nicht annehmen wollten; zum dritten aber auch deshalb, weil die hiesigen Kreise die italienische Schule im italienischen Gebiete überhaupt nicht bewilligen wollen, sie fürchten nämlich von ihr die Stärkung der irredentistischen Bewegung. Insbesondere gegen die Stadt, die der nationalistische Standort der italienischen Hochschule wäre, gegen Triest, richtet sich ihr Widerspruch, und er ist so entschieden, daß man sich vorläufig mit einem Provisorium bescheiden wollte. Dieses Provisorium hätte darin bestehen sollen, daß die Schule vorläufig in Wien errichtet, nach vier Jahren aber in eine italienische Stadt transferiert wird (auf eine längere Frist oder auf ein Definitivum in Wien wollten sich wieder die Deutsch-Bürgerlichen nicht einlassen, weil sie in der italienischen Schule eine Verintraächtigung des „deutschen Charakters“ Wiens erblickten); den neuen und endgültigen Standort hätte dann ein neues Gesetz bestimmen sollen. Obwohl das halbkläglichste Kompromiß niemanden recht befriedigt hatte, wäre es doch angenommen worden, wenn nicht die Südslawen ihr Obstruktionsveto eingelegt hätten. Die Slowenen und Kroaten erheben nämlich den Anspruch, im gesamten Küstenlande, Triest eingeschlossen, die dominierende Nation zu sein, woraus sie weiter folgern, daß die italienische Schule in ihrer Interessensphäre eingreife, die Errichtung also an ihre ausdrückliche Zustimmung gebunden sei. Wohl ist das in jeder Hinsicht eine Uebertriebung, und da die Schule in Wien hätte errichtet werden sollen, ein aufgelegter Schwindel. Natürlich haben die Südslawen auch ihre eigenen Hochschulwünsche, unter denen die Anerkennung der Zeugnisse der Universität in Agram (in Kroatien, das staatsrechtlich zu Ungarn gehört) für Oesterreich und die Errichtung einiger slowenischer Parallelklassen auf der polnischen Universität in Krakau vielleicht ernst zu nehmen wären — denn an die Errichtung einer eigenen südslawischen Universität ist angesichts der geringen Zahl der Slowenen und der Rückständigkeit ihrer wissenschaftlichen Kultur vorläufig nicht zu denken —, aber die Regierung erklärte nicht mit Unrecht, daß sie sich auf eine Vermittlung der in sich berechtigten und spruchreifen italienischen Schulfrage mit anderen Forderungen nicht einlassen könne. Das Resultat war, daß die Slowenen gegen die Vorlage im Ausschusse eine skrupellose Obstruktion einleiteten, deren Folgen nun die Vertagung des Reichsrates ist.

Ueber diese slowenische Obstruktion kann das Urteil nicht scharf genug sein und sie charakterisiert trefflich jene mannigfachen slavischen Chauvinisten, deren jedes zweite Wort die „Gleichberechtigung“ ist, die unausgesetzt nach „nationaler Berechtigung“ schreien, die aber, wenn sie einmal selber

national unbefangen oder gerecht handeln sollen, keine Vergewaltigung scheuen und die schroffste Unbulsamkeit betätigen. Die Behinderung der italienischen Schule, die doch in Wien den Slowenen nicht im Wege gestanden hätte, ist um so frivoler, als an der italienischen Universität unsere gesamtlichen Beziehungen zu Italien beteiligt sind und die Vereitelung des italienischen Rechtsanspruches nur allzusehr geeignet ist, das ohnedies schon sehr getrübt und der Erhaltung des Friedens nicht förderliche Verhältnis Oesterreich-Ungarns zu Italien noch mehr zu erschweren und zu vergiften. Die slowenische Obstruktion war aber geradezu ein politischer Flagellantismus, denn sie wurde von derselben Partei injeniert, von der im Dezember des vorigen Jahres der Anstich zu der Geschäftsordnungsreform ausgegangen ist, mit der die Obstruktion ausgerottet werden sollte. Damals hat ihr Führer, der slowenische Abgeordnete Kref, der den Antrag einbrachte, womit die Geschäftsordnung abgeändert wurde, feierlich erklärt: „Die erste Staatsnotwendigkeit ist ein für das Wohl des Volkes tätiges, von einzelnen Cliquen unabhängiges Parlament. Dieses Parlament ist nur möglich, wenn jede Obstruktion unmöglich wird. Jede Obstruktion ist unmöglich, wenn Sie meinen Antrag annehmen. Nehmen Sie ihn an und die Bahn ist frei.“ So sprach der slowenische Abgeordnete im Dezember, und nun bemühen die Slowenen die Rude dieser Reform, — daß sie nämlich die Verhandlungen in den Ausschüssen nicht berührt hat —, um eine Obstruktion anzufangen, der nicht einmal die bloß vorgeschickte Vereinträchtigung nationaler Rechte zur Seite steht, die auf der einen Seite nationale Vergewaltigung und auf der anderen schäbige Erpressung ist! Was die Herrschaften nicht abhalten wird, sich bei der nächsten passenden oder unpassenden Gelegenheit vor Europa als „nationale Märtyrer“ aufzuspielen, die kein Unrecht tun können und der edelsten Gefühle voll sind! Chauvinistische Heucheleien!

Das Traurigste an dem slowenischen Anschlag ist aber, daß die Bevölkerung jede Unterscheidung schon längst aufgegeben hat und den Unmut über das Treiben der Parlamentschlinglinge nun einfach auf das ganze Parlament überträgt, so daß die Folge der erbärmlichen Politik der Slowenen keine andere ist, als daß das Parlament um allen Kredit kommt und jedes Ansehen verliert. Wohl ist die Schimpferei auf das Parlament, das schließlich nicht anders dastehen kann als der grausliche Staat, auch ein Beweis der spezifischen Unreife des österreichischen Spießbürgertums, aber das ist ein Schauspiel, wie es der österreichische Parlamentarismus während der slowenischen Obstruktion geboten hat, alles andere denn erbaulich ist, ist auch wahr. Die Verhandlung im Budgetausschusse hing nämlich am Schlusse nicht davon ab, wie lange die Redner zur Sache zu sprechen hatten und zur Sache sprechen konnten, hing davon ab, wie lange ein slowenischer Obstruktionsredner das „Reden“ körperlich aushalte. Wobei man sich das „Reden“ aber schon ganz anders vorstellen muß, als es sonst in gelehrenden Körperschaften der Brauch. Die sogenannten „Redner“ murmelten nämlich in slowenischer Sprache von Zeit zu Zeit ein paar unverständliche Worte vor sich hin, murmelten so Stunde um Stunde, Tag um Tag; und das war eine Vorberatung im Ausschusse! Was der „Redner“ redete, vernahm keiner, verstand keiner, bekümmerte auch niemanden. Die Frage war allein, ob er es fünf, oder acht, oder zehn Stunden aushalten werde, „Reden“ zu markieren. Es ist nicht verwunderlich, daß die Bevölkerung vor dieser Parlamentsentartung geradezu Abscheu empfindet. Und so traurig es ist, man kann es nicht verheimlichen, dieses österreichische Abgeordnetenhause, das erste, das den Namen einer wahren Vertretung des Volkes verdient, das vor drei Jahren mit so freudiger Beugung begrüßt ward, das steht heute in der Schätzung der Menschen auf der tiefsten Stufe, und es gibt keine Klasse, die sein kraftloses Gebaren nicht mit immer leidenschaftlicherer Abneigung verfolgen würde. Geschadet haben dem demokratischen Haus, neben der Jammerregierung Wienerich, die heute nicht einmal mehr die zahlenmäßige Mehrheit besitzt, am meisten die slavischen Obstruktionen, die sich direkt als Schrittmacher der absolutistischen Reaktion im Volke bewähren und in ihrem nationalistischen Ueberchwang das zerstören, was allen Völkern das höchste Gut sein sollte: das gemeinsame Parlament! Das schroffe Urteil Marx's über die reaktionären Völker hat seine Geltung leider auch heute bewahrt.

Der v. Jagow-Erlaß vor dem Oberverwaltungsgericht.

Gestern verhandelte das Oberverwaltungsgericht über die Klage des Genossen Ernst gegen die Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten, welche die nachgesuchte Genehmigung zur Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel und von öffentlichen Aufzügen am 6. März abgelehnt hatte. Zur Begründung hatte der Polizeipräsident unter Bezugnahme auf § 7 des Reichsvereinsgesetzes angeführt:

„Am 13. Februar haben 100 000 — nach der Schätzung des „Vorwärts“ 200 000 — Menschen in Berlin auf öffentlichen Straßen Aufzüge veranstaltet. Für diese war eine Genehmigung der Polizeibehörde nicht nachgesucht, also auch nicht erteilt. Folglich handelten alle Teilnehmer gegenwärtig. Jetzt würde es sich im wesentlichen um die gleichen Teilnehmer handeln. Da diese bewiesen haben, daß

ste Gefährlichkeit nicht scheuen, wäre Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten.“

Nach § 7 des Reichsvereinsgesetzes darf die Genehmigung zur Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel nur dann versagt werden, „wenn aus der Abhaltung der Versammlung oder der Veranstaltung des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist“.

Der Bezirksauschuh wies die Klage am 19. April zurück. In der mündlichen Urteilsbegründung war erklärt, das Gericht habe sich im wesentlichen den Ausführungen des Vertreters der Polizei angeschlossen. Dieser hatte zur Begründung seines Verbots in der mündlichen Verhandlung auf ein Menschenalter zurückliegende Vorkommnisse, so auf die Dreikaiser-Zusammenkunft 1872 und auch auf die Unruhen hingewiesen, die aus Anlaß der Arbeitslosenversammlung im Jahre 1894 durch die Polizei hervorgerufen waren. Die in der gestrigen Sitzung vorgetragene schriftliche Begründung des Urteils des Bezirksauschusses hatte diese Darlegungen sich nicht angeeignet.

Gegen das Urteil legte Genosse Ernst durch Rechtsanwalt Dr. Heinemann beim Oberverwaltungsgericht Verufung ein.

In der gestrigen Verhandlung machte der Anwalt geltend: Am 13. Februar sei allerdings ein Teil der Besucher der an dem Tage in geschlossenen Räumen abgehaltenen Versammlungen nach dem Humboldtthain gezogen. Die Versammlungen, der Zug nach dem Humboldtthain und der Aufenthalt dort seien aber ruhig und ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Einige Personen hätten sich zwar, nachdem die Leiter der sozialdemokratischen Bewegung in Berlin sich entfernt hätten und die Demonstration ihr Ende erreicht gehabt hätte, nach dem Schiffbauerdamm begeben. Vermutlich handelte es sich dabei um einen von Epipheln arrangierten Zug. Aber auch hier am Schiffbauerdamm sei es lediglich zu ganz unbedeutenden Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, nämlich zu drei Sistierungen wegen geringfügiger Dinge. Von einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit war keine Rede. Auf Personen oder Sachen sei kein Angriff erfolgt. Auch hätten die sich am Schiffbauerdamm Versammelten mit der Demonstration nichts zu tun gehabt, seien auch keine Versammlungsbesucher gewesen. Am 6. März sei der Umzug im Tiergarten durchaus ordnungsmäßig verlaufen. Es sei, obwohl dieser Umzug die Antwort auf das Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel darstelle und die Polizeibeamten ganz unmotiviert scharf vorgingen, zu keinerlei Ausschreitungen gekommen. Beweis das Zeugnis der Redakteure Wolf und Engel vom „Berliner Tageblatt“ und Dr. Dehle von der „Oestlauer Zeitung“. Die Zeugen hätten in der Straffache gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ Barth ausgesagt, daß die Demonstrationen am Großen Stern durchaus ruhig verliefen, obwohl ein die Situation offenbar verkennender Polizeioffizier zunächst eine ganz unvernünftige und unmotivierete Attade vornehmen ließ. Ganz ebenso habe sich Geh. Justizrat Gassel in der Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen, und zwar ebenfalls aus eigener Anschauung. Dasselbe werde der Abgeordnete Gotthein bekunden. Und notorisch sei, daß die genehmigten und von der Partei ausgeführten Veranstaltungen am 10. April ohne die geringste Störung verlaufen seien. Diese späteren Vorgänge seien infolten relevant, als sie gewisse Rückschlüsse zuließen. Entschieden bestritten werde, daß am 13. Februar die Sicherheit gefährdet worden sei. Das sei auch nicht, wie der Bezirksauschuh sage, zugegeben, sondern lediglich zugegeben sei die Sistierung von drei Personen, die mit den Veranstaltungen des Tages nichts zu tun hatten. Das Urteil des Bezirksauschusses sei sich in Widerspruch mit verschiedenen Urteilen des ersten Senats des Oberverwaltungsgerichts, der jetzt über die vorliegende Sache zu befinden habe. Der Bezirksauschuh habe hervor, daß es notorisch sei, daß bei Ansammlungen von Hunderttausenden von Menschen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorliege, besonders wenn man Berücksichtigung die große Erregtheit der Bevölkerung in politisch erregter Zeit. Das seien die allgemeinen Rutinamagungen, die Sentiments, die das Kammergericht in verschiedenen Entscheidungen für nicht durchschlagend erklärt habe. Verfehlt sei auch die Erwägung des Bezirksauschusses, wonach für Berlin eine besondere Gefahr vorliege. Das Reichsvereinsgesetz habe zum Ausdruck gebracht, daß für Berlin daselbe Recht gelten solle, wie überall im Deutschen Reich. Der Vorderrichter spreche davon, daß besondere Momente vorliegen könnten, die für Berlin eine Genehmigung zuließen: ein besonders geeigneter Platz usw. Danach müßte man annehmen, daß hier Versammlungen unter freiem Himmel und öffentliche Aufzüge prinzipaliter zu verbieten wären, es sei denn, daß besondere Momente das Gegenteil zuließen. Das Gesetz sage aber umgekehrt, daß prinzipaliter die Genehmigung zu solchen Veranstaltungen zu erteilen und nur ausnahmsweise beim Vorliegen besonderer Umstände zu verweigern sei.

Der Senat wies nach Ausführungen des Vertreters des Polizeipräsidenten die Verufung ab. Die Gründe sind in Kürze, wie der Präsident v. Witter unter Hinweis auf die demnachstige ausführliche Begründung im schriftlichen Erkenntnis bemerkte, die folgenden: Die Vorgänge, die zeitlich nach der Verfassung der Genehmigung liegen, können nicht mit in Erwägung gezogen werden. Der Senat hat nur mit dem tatsächlichen Zustande zu rechnen, wie er am 1. März bei Erlaß der Verfassungsgesetze bestand. Es ist auch ein Trugschluß, daß die genehmigten Versammlungen vom 10. April maßgebend sein könnten für den Verlauf der Versammlungen, deren Genehmigung durch die Verfassung vom 1. März zurückgewiesen wurde. Was die rechtliche Seite der Sache betrifft, so hat der Vertreter des

Klägers durchaus richtig den Standpunkt dar-
legt, den der Senat mit Bezug auf die Verfassung von Genehmig-
ungen zu öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel und
öffentlichen Aufzügen bezieht. Tatsachen müssen vorhanden
sein, die eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit als nahe
bedrohend erscheinen lassen. Es genügt nicht, daß sich
politische Sogensätze innerhalb der Bevölkerung herausgebildet
haben. Die Voraussetzungen für die Verfassung sind aber
hier gegeben. Wie der Vertreter des Klägers selbst ausgeführt
hat, handelte es sich um eine ganz ungewöhnliche Demon-
stration, die den Zweck hatte, alle Elemente der Stadt Berlin,
die gegen den Wahlgewaltverstoß zusammenstanden,
zu einer großen Versammlung unter freiem Himmel zusammen
zu ziehen. Eine derartige Versammlung ist eine ungewöhnliche
und es war damit zu rechnen, daß sie Dimensionen an-
nehmen würde, die unter gewöhnlichen Verhältnissen nicht erreicht
worden wären. Die Versammlungstheorie, die der Sozialdemokratie
zugänglich sind, waren wochenlang erregt worden. Die Partei-
leitung hat die Erregung in einer großen Zahl Artikel gesteuert,
die ihren Eindruck nicht verfehlten. Auch damit hat der Polizei-
präsident zu rechnen, daß erfahrungsgemäß unter Umständen kleine
Anstöße genügen, um eine so kolossale Schar von Menschen, die
bewegt und erregt ist, zu Tätlichkeiten hinzureichen. So ist die
Annahme, daß eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ein-
treten könnte, nicht unberechtigt gewesen. Selbst wenn
die Partei für Ordnung gesorgt hätte, hätte die Partei
nicht verhindern können, daß jene lichtischen Elemente,
die jede große Stadt, besonders Berlin beherbergt, sich an
die Parteiveranstaltungen herandrängen und bei ihrer Neigung
zu Unzufriedenheiten Störungen provozieren, die die öffentliche
Sicherheit gefährden. Das habe der Polizeipräsident aus seinen
Ermäßigungen nicht ausschließen können. Wenn er seiner großen
Verantwortung glaubte nicht anders gerecht werden zu können,
als durch ein Verbot, so könne der Verwaltungsrichter dem nicht ent-
gegentreten. Formell ist die Klage insofern nicht in Ordnung, als
die erste Eingabe nur als Beschwerde im Verwaltungsstreitver-
fahren bezeichnet und ihr keine Begründung beigelegt war.
Wenn diese Eingabe nun vielleicht auch als Klage behandelt werden
konnte, wie es geschehen ist, so fehlt doch die gesetzlich vorgeschrie-
bene begründete Begründung. Ohne eine solche ist aber die Klage
im Verwaltungsstreitverfahren unzulässig.

Der Standpunkt des Oberverwaltungsgerichts weicht allerdings
von dem des Bezirksausschusses insofern vorteilhaft ab, als nicht
mehr ein Hinweis auf die gesamte politische Situation zur Be-
gründung zugelassen ist. Die Gründe auch des höchsten Verwaltungs-
gerichts werden aber dennoch nichts weniger als überzeugend. Man
merkt ihnen an, daß ihre Väter sich zwar bemühen, äußerlich an
ihrer Auslegung des § 7 des Vereinsgesetzes festzuhalten, nach der
konkrete Tatsachen zur Begründung einer Nichtgenehmigung
erforderlich sind, daß sie aber in Wahrheit allgemeine Erwägungen
die Stelle von Tatsachen ersetzen lassen. Dieser Widerspruch ist
durch das die Richter beherrschende Gefühl erklärlich, die Staats-
autorität müsse in diesem besonderen Fall gewahrt bleiben. Allein
so ist auch zu verstehen, weshalb das Oberverwaltungsgericht in
seinen Scheingründen nicht die Frage prüft: lag eine Gefahr für die
öffentliche Sicherheit vor?, vielmehr mit weither geholten An-
nahmen operiert, die doch allenfalls lediglich die Möglichkeit einer
Verletzung der Freie für besonders ängstlich gearbete Gemüter ge-
statten: konnte die öffentliche Ordnung gefährdet werden? Daß
das genügen dürfe, hat der Reichstag aber ausdrücklich abgelehnt.
Ist es zulässig, Argumente aus dem etwaigen Gebaren des der Sozial-
demokratie fernstehenden Janhagel zu entnehmen, so darf eine Parade,
der erfahrungsgemäß der Janhagel als Zuschauer in erster Linie
zustreift, nie geduldet werden. Böhmig unverständlich ist die Ab-
weisung eines Nachschlusses aus dem ruhigen Verhalten am 10. April.
Hätte das Oberverwaltungsgericht diesen nicht ausgeschlossen, so
müßte es freilich zur Aufhebung des Jagow-Erlasses kommen.
So begnügte es sich mit der, wenn auch sehr langweiligen, Fest-
stellung, daß der Polizeipräsident möglicherweise bei Erlass seiner
Verfügung geirrt haben könne. Dagegen könne der Verwaltungs-
richter aber nichts anerkennen. Die Tatsache des ruhigen Verlaufes
der Demonstration am 10. April hat stärker als ein Gerichtsurteil
es vermochte, die Sinnlosigkeit des polizeilichen Erlasses vom 1. März
erwiesen.

Ein reaktionäres Ministerministerium.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben:

Die Wirtschaft des unfähigen Ministeriums Otto im Herzog-
tum Braunschweig treibt immer sonderbarere Blüten. Nachdem erst
kürzlich die Geschworenen im Prozeß gegen Genosse Lingenauer der
Staatsanwaltschaft das ganze künstliche Auftragsgebäude über den
Haupten geworfen und nichts als eine ganz gewöhnliche Körper-
verletzung übrig gelassen hatten, sieht sich jetzt das Ministerium
veranlaßt, für seine Polizisten mit einem halbvollem Gnadenersch
einzutreten. Das amtliche Organ der Regierung bringt auf Befehl
des Staatsministeriums folgenden Was:

Braunschweig, den 2. Juli 1910.

Das Herzoglich Braunschweigisch-Lüneburgische
Staatsministerium an Herzogliche Polizeidirektion.

Hier.

Auf Grund unserer aus den gerichtlichen Verhandlungen wegen
der Vorgänge vom 26. Januar d. J. und aus eigenen Ermittlungen der
geschöpften Ueberzeugung sprechen wir dem Exekutivkorps der
Herzoglichen Polizeidirektion die vollste Anerkennung für die ent-
schlossene und besonnenen, in den durch Gesetz und Anweisung ge-
zogenen Grenzen sich haltende Pflichterfüllung aus, welche es an
jenem Tage gegenüber dem belagerten, die öffentliche
Ordnung gefährdend verhaltenden und die öffentliche Sicherheit
schwer gefährdenden Verhalten einer gewissenlos aufgeführten
Menschenmenge bewiesen hat. Wir haben zu dieser Anerkennung
um so mehr Anlaß, als das Exekutivkorps verwerflichen
Schmähdungen und tätlichen Angriffen begegnete.

Wir geben der unverstänlichen Erwartung Ausdruck, daß das
Exekutivkorps bei gleichen Vorgängen auch in gleicher Weise die
ernsten Pflichten seines Amtes erfüllen werde.

Dem Exekutivkorps ist diese Verfügung zu eröffnen.

v. Otto, gez. Hartwig, C. Wolff.

Da das Urteil im Lingenauer-Prozeß am 20. Juni gefällt wurde
und der Erlass vom 2. Juli datiert, geht man wohl nicht irre, wenn
man ihn als Pfaster für die Polizei ansieht, der in diesem Prozeß
ein sehr schlechtes Zeugnis ausgestellt wurde.

Schon im zweiten Besenmeier-Prozeß wurde festgestellt, daß am
Hagenmarkt, wo die erste Polizeiatende stattfand, die Polizisten von
den Demonstranten weder beworfen, noch beschimpft, noch irgendwie
sonst gereizt worden sind. Das müßte der Mitunterzeichner des
Erlasses, Minister Hartwig selbst zeugeneidlich bestätigen. Es wurde
in diesem Prozesse vielmehr konstatiert, daß die Polizisten auf die
treiflosten Demonstranten ohne weiteres mit blanken Säbeln ein-
schlugen. Im Lingenauer-Prozeß stellte sich dem auch heraus, daß
am Hagenmarkt das Werfen mit Äänen- und Eiswürden nur ganz
harmloser Natur gewesen sein kann. Nur die Polizisten hatten
etwas davon gesehen, die Zivilisanten von einer Werkerlei überhaupt

nichts bemerkt. Die tätlichen Angriffe existieren also nur in der
Phantasie der Minister.

Um so unerhörter ist es, daß diese Herren jetzt den traurigen
Rat haben, die Polizisten anzuweisen, auch in Zukunft bei
gleichen Vorgängen in der gleichen Weise vorzugehen wie am
26. Januar. Den Polizisten konnte man immerhin noch ihre Ner-
vosität und ihre Erregung zugute halten, für die Minister dagegen,
die am grünen Tisch kalten Blutes die Anweisung zu künftigen
Polizeiaktionen geben, existiert auch nicht der geringste Milderungs-
grund.

Um die ganze Unglaublichkeit dieses schrupflichen Erlasses zu
erweisen, muß man sich die Strafe der Säbelhägeret vom
26. Januar noch einmal ins Gedächtnis zurückrufen. Allein im
zweiten Besenmeier-Prozeß wurde festgestellt:

1. daß eine am Boden liegende Frau von einem Polizei-
beamten in furchtbarer Weise mit dem Säbel geschlagen wurde;
2. daß ein am Boden liegendes schwangeres Mädchen von
den Polizisten mißtrüht worden ist;
3. daß ein kleiner Schulknabe von einem Polizisten mit dem
blanken Säbel bearbeitet und getreten wurde;
4. daß ein achtzehnjähriger Schmied von einem Polizisten
derartig niedergeworfen worden ist, daß er den Arm brach;
5. daß ein Redakteur der nationalliberalen Landeszeitung
einen heftigen Säbelhieb auf den Rücken erhielt;
6. daß eine dreundsechzigjährige Witwe, als sie vor der Tages-
arbeit nach Hause ging, mit einem scharfen Säbelhieb schwer im
Gesicht verletzt wurde;
7. daß ein Staatsanwalt, der mit seiner Frau in die Menge
geriet, sich nur mit Mühe und Not vor den Polizeisäbeln in einen
Zuwerfladen flüchten konnte;
8. daß ein Schuttmann einem alten kranken Mann, weil er
sich nicht schnell genug vorwärts bewegen konnte, mit dem Säbel
Kopf und Rücken bearbeitete;
9. daß ein Oberwachmeister — das sagte ein Schuttmann
zeugeneidlich aus — einen alten Mann ohne jede Betonung
mit dem blanken Säbel auf den Hinterkopf schlug;
10. daß ein gebrechlicher alter Kriegsinvalide mehrere Säbel-
hiebe auf Kopf, Arme und Rücken erhielt;
11. daß Genosse Lingenauer, als er am Boden lag, von
einem Schuttmann in unmenschlicher Weise mit dem Säbel ge-
schlagen wurde.

So sehen — und das ist nur das, was vor Gericht durch
einwandfreie Personen eidlich bezeugt wurde — die Polizeitalen
aus, denen das braunschweigische Ministerium öffentlich volle An-
erkennung zollt. So sieht die „entschlossene und besonnene Pflicht-
erfüllung“ aus, von der das braunschweigische Ministerium erwartet,
daß sie die Polizei bei gleichen Vorgängen auch künftig in gleicher
Weise erfüllen werde. Man glaubt einen Was des Blutumbes
Tropfen aus den Tagen der russischen Revolution vor sich zu haben.

Nach dem bekannten Blutbad vom 26. Januar dieses Jahres
hatte der „Vollstrecker“ den Minister v. Otto für die Polizeitalen
verantwortlich gemacht. Da münzte der Minister den Ver-
leibigten. Es sei unerhörte, ihm das in die Schuhe zu schieben,
er habe gar nichts davon gewußt. Er wies also gewissermaßen die
Polizei von sich ab und verschaffte unserem Genossen Besenmeier
wegen Ministerbeleidigung eine Gefängnisstrafe von acht Monaten.
Jetzt identifiziert sich derselbe Minister, der damals den Feinschneidigen
spielte, nicht nur mit der Polizei, sondern er spornet sie noch dazu
an, in Zukunft vor einem gleichen Blutbade nicht zurückzuflehen!
Er tut also jetzt dasfelbe, was ihm damals der „Vollstrecker“ vor-
geworfen hatte und worüber er sich beleidigt stellte!

Ein solches Vorgehen hat allerdings das gute, daß das braun-
schweigische Ministerium unser bester Agitator ist und uns neuen
Anhang in Scharen zutreibt. Auch die Anklage des „Vollstrecker“
ist seit dem 26. Januar in früher nie geahnter Weise empor-
geschwollen, während die Zahl der politisch organisierten Genossen
geradezu staunenerregend angewachsen ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Juli 1910.

Erni wird energisch!

Prinz von Hohenlohe hat sein Amt als zweiter Vize-
präsident des Reichstages niedergelegt. In einem Brief
an den Präsidenten, Grafen von Schwerin, erklärt er, er
habe das Amt des zweiten Vizepräsidenten nur angenommen,
um den Gedanken einer Wiederannäherung derjenigen Parteien
zu dienen, die bis zur Entscheidung über die Finanzreform in
wichtigen politischen Fragen zusammengewirkt haben. Die
Widmung eines parteipolitisch einseitigen Präsi-
diums würde diesen Gedanken von vornherein ernstlich
gefährdet haben. Dann fährt das Schreiben fort:

Inzwischen haben die Vorgänge bei einer Reihe von Er-
wahlen zum Reichstage und die jüngst veröffentlichte Erklärung
des offiziellen Organs der nationalliberalen Partei
eine erhebliche Vertiefung der Gegensätzlichkeit
zwischen den einseitigen Modpartien gezeigt. Der beim Beginn
der Tagung gerechtfertigte Versuch, durch den die Möglichkeit
einer Wiederannäherung offengehalten werden sollte, ist gegen-
standslos geworden und damit der innere Grund für meinen
damaligen Eintritt in das Präsidium fortgefallen.

Glaubte ich in dieser Entwicklung der Dinge an und für
sich noch keinen zwingenden Grund zur Niederlegung des einmal
übernommenen Amtes erblicken zu müssen, so erhob sich dagegen
angesichts des Inhalts und der Wirkungen der Sorromäus-
Enzyklika für mich die Frage, ob in der nun entstandenen
Lage die Fortdauer meiner Zugehörigkeit zu einem Präsidium,
wie es sich durch die parteipolitische Verbindung
seiner Bestandteile darstellt, mit den Grundsätzen vereinbar
ist, die mich bisher im öffentlichen Leben geleitet haben.

Ich muß diese Frage nach gewissenhafter Prüfung der er-
wähnten Tatsachen verneinen und beehre mich deshalb ergebenst zu
erklären, daß ich hiernit das Amt eines zweiten Vizepräsidenten
des Deutschen Reichstages niederlege.

Diese Amtsniederlegung ist als eine Demonstration gegen
den schwarzblauen Block, mit dem selbst der Erbprinz, der
Hospitant der Freikonservativen ist, nichts mehr zu tun haben
will. Es muß dabei anerkannt werden, daß der Prinz —
eine bei einem deutschen bürgerlichen Politiker so seltene Er-
scheinung — sich von politischen Grundsätzen hat leiten
lassen. Allerdings scheint uns der Prinz die Zeichen der Zeit
nicht ganz richtig zu deuten. Seine Ermäßigungen mögen
vorgestern vielleicht noch Gültigkeit gehabt haben; aber
die Drehscheibe dreht sich schnell. Die Wiederannäherung ist
im besten Zuge; die Nationalliberalen rücken in das Lager
der Reaktion ab und ein ironisches Schicksal mag es vielleicht
fügen, daß der Prinz, den Prinz von Hohenlohe räumt, von
Herrn Baasche eingenommen wird. Wir meinen sogar,
daß erst dann das Präsidium des Reichstages „einseitig-partei-
politisch“ und vollständig reaktionär zusammengesetzt sein
wird.

Erst die Reichstagswahlen, dann die Flottenvorlage!

Die Zentrumspresse beschwört Regierung und Flottenfuge,
doch ja einstweilen von einer neuen Flottenvorlage abzusehen.
Sie verspricht dafür, ja gern alle „Lücken“ des bestehenden
Gesetzes auszufüllen.

Das Zentrum fürchtet eine neue Flottenvorlage um so
mehr, als ja jetzt auch der Landvolk erst wieder einmal
ausgiebige Sättigung verlangt. Hier soll ja die Präferenzstärke
erhöht werden. Auch da will man vorsichtshalber keine neuen
Organisationen schaffen, sondern nur „Lücken ausfüllen“. Oberst
Gäbde berechnet freilich erst heute wieder, daß das
„Ausfüllen der Lücken“ leicht seine 50 Millionen
jährlich verschlingen könne!

Sicherlich werden auch die Bahnlänge des Zentrums Ver-
rückung finden. Die Regierung beginge ja frivolen
Selbstmord, wenn sie noch vor den nächsten Reichstags-
neuwahlen mit ihren wirklichen Marineplänen herausbräute
und damit der Sozialdemokratie eine weitere zerstückelnde
Wahlparole gegen die bürgerlichen Parteien lieferte.

Unsere Marine wird sich deshalb, wie ja schon die „Nordd.
Allg. Ztg.“ angekündigt, wohl fürs erste mit einer Ver-
mehrung der Indienststellungen begnügen und
den Bau neuer Schlachtschiffe und Panzerkreuzer noch um eine
kurze Zeitspanne vertagen. Geschlecht das aber, um den
bürgerlichen Parteien den völligen Zusammenbruch zu er-
sparen, so wird das Zentrum voll heißen Dankes alles be-
willigen, was die Regierung an Mehrkosten für
Indienststellungen verlangt. Das kündigt die „Ger-
mania“ am Freitag an:

„Die Baukosten im Marineetat werden sich vermindern,
da wir in der Hauptsache mit dem nächsten Etat die Sollstärke
erreicht haben werden; die Kosten für die Indiensthaltung
aber wachsen, da die großen Schiffe mehr an Unterhaltung
verschlingen und es ein ganz natürliches Verhältnis
ist, wenn die Ausgaben für Indiensthaltung
mehr ausmachen. Die Hauptsache ist, daß die Gesamt-
kosten nicht mehr wachsen und das hat die „Nordd. Allg.
Ztg.“ auch anerkannt.“

Daran, daß die Gesamtkosten nicht höher werden würden,
glaubt die „Germania“ natürlich selbst nicht. Denn sobald
die Wahlschlacht geschlagen, wird sich auch die neue
Flottenvorlage einstellen, die Schiffsbauern
verlangt!

Die „Hauptfrage“ ist für das Zentrum in Wirklichkeit,
daß die Flottenvorlage erst nach den Wahlen kommt!
Wir werden freilich dafür sorgen, daß die Volksmassen dies-
mal nicht wieder so beschwindelt werden können!

Ein zurückgetretener Kandidat.

Der gemeinsame Kandidat der Fortschrittler und Rational-
liberalen im Wahlkreis Fischpau-Marienberg, Landtags-
abgeordneter Koch, ist von der Kandidatur zurückgetreten, angeblich
infolge Gesundheitsrückfällen, wahrcheinlicher aber aus prophylak-
tischen Gründen, um sich nicht einem Durchfall auszusetzen. An
Stelle Kochs wird der Fortschrittliche Landgerichtsrat Brodau
kandidieren.

Prinz Ludwig und das freie Koalitionsrecht.

Der Reaktion ist ein Trost widerfahren: Prinz Ludwig von
Bavern, der ihnen sonst durch seine geundeten und modernen An-
schauungen so oft Unbehagen bereitet, hat sich in der Frage des
freien Koalitionsrechtes der Staatsarbeiter und Beamten zu den
rückständigen Ansichten bekannt. Er hat ausgeführt:

„Ich bin zwar der Ansicht, daß nicht nur unter den Arbeitern,
sondern auch unter den unteren Beamten (der staatlichen Ver-
waltung) die Sozialdemokratie Anhänger hat. Allein ich glaube
auch, daß ein sehr großer Teil der Leute, die sozialistisch wählen,
dadurch lediglich ihre Unzufriedenheit mit gewissen Verhältnissen
zum Ausdruck bringen, ohne deshalb mit den Grundsätzen
der Sozialdemokratie einverstanden zu sein. Für sehr bedenklich
und durchaus unzulässig halte ich es, wenn sich Staatsbeamte
einer sozialdemokratischen Organisation, die das Streikrecht
für sich in Anspruch nimmt, anschließen. Diesen Anschluß wie
überhaupt die Zugehörigkeit zu einem Verein mit antimonarchischen
Tendenzen verbietet einem Beamten die Gehorsamspflicht gegen-
über dem auf monarchischer Grundlage beruhenden Staate.
Darin, daß ein Streik der Eisenbahner für das allgemeine Staats-
wohl und für die ganze Bevölkerung von unermesslichem Schaden
sein würde, stimme ich dem Meineren vollständig bei; aus diesem
Grunde stimme ich für den Beschluß der Kammer der Ab-
geordneten.“

Das sind sehr reaktionäre Anschauungen, die auch mit Ver-
fassung und Gesetz im schroffsten Widerspruch stehen. Wenn unsere
Reaktionäre sich in diesem Falle auf das Wort des bayerischen Kron-
folgers berufen, so wollen wir ihnen dessen Ansicht über das freie
Wahlrecht um so häufiger zu Gemüte führen.

„Muff; das eine Wirtschaft sein!“

Zu diesem Aufsatz in Nummer 154 des „Vorwärts“ schreibt uns
ein Landwirt: Es ist gewiß richtig, daß die Wirtschaft auf den
Kronforsten und in den Kronforsten sehr schlecht sein muß, wenn in
der Tat 400 000 Morgen = 100 000 Hektar nur 1 700 000 M., also
etwas mehr als 4 M. auf den Morgen, einbringen. Das Dreifache
an Ertrag würde einem mittleren Kulturstande entsprechen. In den
Forsten wird der Ertrag wahrscheinlich durch Wildschaden stark
beringert oder ganz aufgehoben; große Kottwildgehege bringen
gar nichts ein, sondern kosten Geld. Der Ertrag der Staats-
forst Kominten, die dem Kaiser — auf Grund welchen Rechtes ist
unbekannt — als Jagdrevier und Gehege starker Hirsche eingeräumt
worden ist, ist minimal oder unter Null. Die Jagden verschlingen
wohl vom Kronfideikommiß das meiste.

Verfehlt aber ist das im „Vorwärts“ gewählte Beispiel Wil-
helmshof bei Schmolzin. Da kann von einer Wirtschaft nicht die
Rede sein; wohl aber vom Gegenteil. Das Gut Wilhelmshof ist
aus elenden völlig ertraglosen Moorländern durch den
herorragenden Moorwirt Forstmeister Kraemer vor
einigen Jahren geschaffen worden. Wer das Gut kennt, kann nur
mit dem äußersten Respekt von der Leistung des Schöpfers reden.

Die Moorkultur ist die glänzendste technische und
ökonomische Leistung deutscher Landwirte. Sie darf als Gegen-
pol der extensiven, rückständigen Wirtschaft bezeichnet werden, die
auf einem großen Teil der preussischen Wälder noch betrieben wird.
Die Moorkultur, die aus Unland (Wedland) Wiesen und Weiden
von der höchsten Wertklasse macht, stellt die vorgerittenste
Stufe von Intensität und Wirtschaftlichkeit in der Landwirt-
schaft dar. Das Gut Wilhelmshof ist das größte und be-
deutendste Unternehmen solcher Moorkultur und glänzend gelungen; es
ist als eine Meister- und Musterleistung anzusprechen. Wer mit
sachverständigem Blick das Gut besichtigt, wird mit Bewunderung
diese Leistung anerkennen.

Die Kritik in dem Artikel der Nr. 154 zeigt in sich selbst
einen Irrtum; die Angaben über die Kosten und die Rentabi-
lilität werden nur unverbürgt mitgeteilt. Die Kosten der
Umwandlung von 6000 Morgen ertraglosen Moorlandes, das tiefer
als der Wasserspiegel des Lebens lag, in höchstwertige Wiesen
und Weiden können nicht gering sein. Mit einer Million ist die
künstliche Entwässerung und die Kultivierung dieser Fläche nebst dem
Bau der Wirtschaftsgebäude und der Beschaffung des Inventars
(mehrere hundert Pferde und mehrere hundert Haupt Zuchtvieh
erster Qualität stehen in den Ställen) nicht zu leisten gewesen.
Aber drei Millionen Mark kann die Rekloration bei weitem nicht

gekostet haben. Wohl aber ist das Gut mit dem Inventar so viel wert. Ohne Zweifel bringt es auch eine Rente.

Der Misserfolg mit dem ersten Viehstapel aus Ostpreußen, den der Artikel besonders ins Feld führt, ist — soweit er nicht ein mit der Pionierarbeit in den Kauf zu nehmender mangelhafter Versuch ist — dem ersten Administrator zur Last zu legen, der auf eine akklimatisierte Stammherde hätte bringen müssen. Der zweite Administrator hat eine solche Herde beschafft, die geradezu glänzend ist.

Wenn Hofmeister Strahmer nicht ein außerordentlich tüchtiger Mann wäre, würde er die im Artikel erwähnten Privatgeschäfte kaum betreiben können. Jedenfalls hat er sich in Wilhelmshof den Ruf eines hervorragenden Technikers der Roorkultur erworben.

Die Nieder Nationalliberalen lassen jetzt in Abrede stellen, daß Verhandlungen zwischen der nationalliberalen Partei und dem Bund der Landwirte in Schleswig-Holstein schweben.

Na, was nicht ist, kann werden.

Deutsch-bulgarischer Handelsvertrag.

Die Vertragsverhandlungen, die seit längerer Zeit schwebten, haben zu einem bestimmten Abkommen nicht geführt. An dem gegenwärtigen Zustand der Handelsbeziehungen beider Länder hat sich nichts geändert, auch kam die in Aussicht genommene Verlängerung des Vertrages bis 1918 nicht zustande. Der gegenwärtige Vertrag läuft weiter und kann mit einjähriger Frist gekündigt werden. Bei den Verhandlungen soll aber eine Verständigung dahin erzielt worden sein, daß eine Kündigung vorläufig von keiner Seite erfolgt.

Opyer der Polizei.

Die große Wahlrechtskundgebung in Gottesberg i. Schl. wurde jetzt vor dem Landgericht in Schweidnitz aufgerollt. Die Gottesberger Polizei, verstärkt durch die Gendarmerie (1) der Umgegend, hatte nach einer Wahlrechtsversammlung, in der Genosse Abgeordneter Stadler referiert hatte, die ganze innere Stadt abgesperrt und nur eine schmale Gasse freigelassen. Als sich hier die aus der Versammlung zurückkommenden Arbeiter stauten, griffen Polizisten und Gendarmen ein, und als daraufhin Hochrufe auf das Wahlrecht ertönten, holten sie der Reihe nach 9 Bergarbeiter aus der Menge heraus und brachten sie zur Anzeige. Während nun in diesem Falle das Gottesberger Schöffengericht auf nur 3-4 Wochen Gefängnis gegen einige der Angeklagten erkannte, verdoppelte die Strafkammer sämtliche Strafen und verhängte über die 9 Bergleute insgesamt 11 Monate Gefängnis und 50 M. Geldstrafe. Der Amtsanwalt hatte Berufung eingelegt, obwohl sich das Schöffengericht seinen Anträgen völlig angeschlossen hatte. Er hatte also gegen seine eigenen Anträge Berufung eingelegt! Die Richter wußten, wie das Urteil zeigt, soviel Selbstverleugnung vollauf zu würdigen!

Die bayerische Steuerreform gefährdet.

Die bayerische Reichsratskammer hatte die Maximalgrenze des Einkommensteuertarifs, die von der Abgeordnetenversammlung auf 6 Proz. festgesetzt war, auf 4 1/2 Proz. herabgesetzt. Gegen diese Herabsetzung sträubt sich jetzt die Abgeordnetenversammlung; sie beharrt bei den festgesetzten 6 Proz. In der Sitzung des Steuerausschusses vom Freitag gab nun Dr. Heim (Zentrum) die Erklärung ab, daß seine Partei unter allen Umständen an den Beschlüssen der Abgeordnetenversammlung festhalte. Dieser Erklärung schlossen sich Dr. Casselmann (lib.) und Beckh (Freie Vereinigung) namens ihrer Parteien an. Der Finanzminister konnte nicht in Aussicht stellen, daß die Reichsratskammer in der dritten Beratung dem fünfprozentigen Tarif zustimmen werde. Er könne noch — so führte er aus —, wenn auch ungern, einen Kompromißvorschlag machen, allein angesichts der Erklärung des Zentrums unterlasse er es. Ihm scheint die ganze Steuerreform damit gescheitert.

Die Lehrerbildung in Bayern.

München, 6. Juli. (Fig. Ver.)

Zwei Tage dauerten die Verhandlungen über die Lehrerbildung, die ihren Ausgangspunkt von einer Denkschrift des bayerischen Lehrervereins nehmen. Diese Denkschrift skizzierte zunächst das Ideal einer Lehrerbildung, wie die Zukunft es verwirklichen soll und macht dann Vorschläge zur besseren Ausgestaltung der Lehrerbildung auf der Grundlage des heute Bestehenden.

Die Verhandlungen waren ziemlich lebhaft und man hörte in dem bayerischen Parlament einmal wieder Reden über Kultur und Weltanschauungen. Liberale und Sozialdemokraten stellten sich auch den idealen Forderungen der Lehrer, Erwerbung der Allgemeinbildung auf einer neunklassigen Mittelschule und Erwerbung der Berufsbildung auf der Universtität, nicht entgegen. Zentrum und Kultusminister verhalten sich entschieden ablehnend. Sie halten beide an den Präparandenanstalten und Seminaren fest und wollen nur ein weiteres Bildungsjahr dem Seminar anfügen.

Wesentliche Meinungsdivergenzen treten auf bezüglich der Einfügung eines Fremdsprachunterrichts. Das Zentrum verweigert auch diesen Fortschritt in der Lehrerbildung. Die Volksschullehrer sollen in ihrer Bildung, wie in anderen Dingen möglichst niedergehalten werden. Ebenso ablehnend verhält es sich gegenüber der Forderung, den Religionsunterricht zu verkürzen, um Zeit für den Fremdsprachunterricht zu gewinnen. Religion sei die Hauptfache in den Lehrerbildungsanstalten wie auch in den Volksschulen. Volksschullehrer und Jugend müssen im positiven Christentum erzogen werden.

Der Redner der sozialdemokratischen Partei markierte scharf seinen programmatistischen Standpunkt, Vertiefung des gesamten Schulwesens von der Volksschule bis zur Universtität. Die Religion müsse als lehrplanmäßiger Unterricht aus der Volksschule auscheiden und den kirchengehörigen überlassen bleiben. Somit habe auch der Religionsunterricht in den Lehrerbildungsanstalten keine Existenzberechtigung.

Das Resultat der Verhandlungen wird wohl sein, daß das sechste Bildungsjahr kommt, im übrigen aber die Hoffnungen der Lehrer wieder schwer getäuscht werden.

„Und immer wieder der Schugmannsfäbel.“

Unter dieser Spitzmarke hatte die „Niederrheinische Arbeiterzeitung“ in Duisburg am 15. April er. über eine Schöffengerichtsverhandlung berichtet, in welcher es sich um eine polizeiliche Säbelhauerei handelte, in der aber nicht der hauende Schugmann die Anklagebank zierte, sondern der jämmerlich verhaunte Arbeiter und seine drei Zeugen. Letztere waren mitangeklagt, weil sie eine „drohende Haltung“ gegen den Hüter des Gesetzes angenommen haben sollten und einer von ihnen mit einem Stein nach dem Schugmann geworfen habe. Wie arg der Verhaunte zugerichtet war, ist wohl am besten daraus zu ersehen, daß er ins Krankenhaus geschickt werden mußte. Und wie gering das Vergehen des Arbeiters, beweist wohl die Bestrafung. 30 Mark wegen „Widerstandes“ sprangen bei der Geschichte heraus, während die drei mitangeklagten Begleiter des geschlagenen Arbeiters freigesprochen werden mußten. In unserem Duisburger Parteiblatt war es nun insbesondere kritisch beleuchtet worden, daß die drei Mitangeklagten überhaupt unter Anklage gestellt worden waren. Der einzige Effekt dieser Anklage, so hatte die „Niederrh. Arb. Ztg.“ bemerkt, sei gewesen, daß die drei Angeklagten den so hochverpöhlten als Zeugen verloren gingen. Hierdurch fühlte sich der das Verbrechen behandelnde Richterscheffor beleidigt. Er hatte aus der gegen die Polizei gerichteten Notiz den Vorwurf der Pflichtverletzung für sich herausgelesen und der Staatsanwalt betrachtete es als selbstverständlich, daß unser Parteiblatt der Staatsanwaltschaft habe

„eins auswischen“ wollen. Genosse Schöck, der Verantwortliche, hatte sich deshalb vor der Duisburger Strafkammer zu verantworten. Nicht mehr wie drei Monate Gefängnis beantragte sehr gemüthvoll der Vertreter der Staatsanwaltschaft eventuell Geldstrafe „nicht unter 1000 M.“ Das Gericht erlaubte wegen der Lappalie auf 300 M. Geldstrafe.

Oesterreich.

„Gott Rimm.“

Wien, 8. Juli. (Privatbesuche des „Vorwärts.“) Bekanntlich hat Herr Pruba als diejenigen, die am inbrünstigsten zu dem „Gott Rimm“ beten, die christlichsozialen Führer Wehmann, Diehlow und Argmann, den Führer der christlichsozialen Handlungsgehilfen, bezeichnet und diesen noch besonders einen Schurken geheissen. Herr Argmann hat jetzt seinen Austritt aus der christlichsozialen Partei erklären müssen, und in einer gestern abend abgehaltenen christlichsozialen Vertrauensmännerversammlung wurde beschlossen, ihn aufzufordern, auch auf seine Mandate im Reichsrat, Landtag und Gemeinderat zu verzichten.

Belgien.

Hartings Nachfolger.

Brüssel, 6. Juli. (Fig. Ver.) Belgien ist augenscheinlich ein günstiges Operationsfeld für die russische Regierung und ihr Spigelium. Kaum ist etwas Gras über die Hartingaffäre gewachsen — der Herr ist von hier aus verbannt — und bereits bringen die Zeitungen Meldungen über die Einfuhr eines neuen Spigelkönigs. Denn um einen solchen aus dem Geschlecht der Azets und Konforten handelt es sich wieder und nicht etwa um einen obstruktionistischen, der sich erst die Sporen verdienen will.

Herr Woleslas Brodzki, aus Warschau gebürtig, obwohl noch kaum 20 Jahre, hat schon eine Karriere hinter sich. Er hat seine eigenen zwei Brüder — Revolutionäre der russischen Bewegung — der Polizei ausgeliefert. Eines Tages fiel er „irrtümlich“ in die Hände der Polizei und wurde vor ein Gericht gestellt, wo man ihm schandenhalber vier Wochen zubilligte. Dann setzte er mit noch größerem Eifer seine Spigelkätigkeit fort — unter freundschaftlicher Zustimmung der Polizei und der Gerichte. Er „arbeitete“ erst in Krakau, dann wieder anfangs 1907 in Petersburg, wo er einer der Hauptmacher der Organisationen zur Bekämpfung der Sozialrevolutionäre wurde. Später wird Brodzki von der russischen Regierung nach Finnland versetzt, wo er sich auf die Bombenfabrikation verlegte, um dann seine Opyer der Polizei auszuliefern und so der Regierung Material gegen Finnland in die Hände zu spielen. Er wurde bei dieser Gelegenheit von dem Maximalisten Mih, der auch Azet verdächtigt hatte, erkannt und mußte fliehen. Seither operierte er in Petersburg, Paris und Berlin — bis dieser Tage, wo Belgien die Ehre hat, ihn zu beherbergen und wo er von der russischen Regierung auszuweichen ist, der Nachfolger des in diesen Tagen wieder viel genannten Sternberg, der seinerzeit in Väitich eine Bombenaffäre arrangierte, und des Harting zu werden. Brodzki wohnt in Väitich und unterhält erweisenermaßen Beziehungen mit der russischen Botschaft in Brüssel. Diese Nachricht hat sowohl unser Parteiblatt wie auch der „Soir“ gebracht, ohne daß ein Dementi erfolgt wäre. — Begreiflicherweise fürchten nun die Väiticher Organisationen eine Hejragd auf die russischen Flüchtlinge und neue Auslieferungsbefehle der russischen Regierung, die sich gerade jetzt wieder um die Auslieferung eines Revolutionärs, des russischen Arbeiters Gaibas, bemüht.

Der gut bürgerliche „Soir“ verlangt von der belgischen Regierung eine energische Abwehr gegen die Umtriebe der russischen Diplomatie. Belgien sei kein Departement der „Därrana“. Das ganze Land werde sich dagegen erheben, daß man Belgien nicht zu einem Unterschlupf für „Dynamitarden“ mache. Das ehrliche Belgien würde sich zu einem Komplizen der russischen Regierung machen, wenn es ihr die Flüchtlinge ausliefern würde.

Der Außenhelfer Brodzki in Belgien wird auch zweifellos zu einer Interpellation in der Kammer führen.

Verweigerte Auslieferung.

Brüssel, 8. Juli. Die belgischen Gerichtsbehörden haben den Antrag der russischen Regierung auf Auslieferung Gaibas abgelehnt. Gaibas wird von der russischen Regierung wegen Unterschlagung und Diebstahls verfolgt. Die belgischen Gerichtsbehörden sind der Ansicht, daß die Gaibas vorgeworfenen Handlungen politischer Art sind. Die belgische Presse hat sich gegen eine Auslieferung Gaibas energisch ins Zeug gelegt.

Spanien.

Ein Zwischenfall.

Madrid, 8. Juli. Im Verlaufe der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer äußerte der sozialistische Abgeordnete Iglesias, er würde selbst ein Attentat für gerechtfertigt halten, wenn durch ein solches verhindert werde, daß Maura wieder zur Regierung gelange. Diese Worte riefen lebhaften Widerspruch und heftigen Rärm auf allen Seiten des Hauses hervor. Als der Redner dann einer Aufforderung des Präsidenten, seine Worte zurückzunehmen, nicht nachkommen wollte, erklärte der Präsident, die Worte würden im Sitzungsbereich gestrichen werden. Darauf fuhr Iglesias in seiner Rede fort.

Dänemark.

Ein Abtrünniger.

Kopenhagen, 7. Juli. Das Ministerium Jaks hat bei seinem Abgang einen recht unangenehmen Unfall erlitten. Als die Minister sich, ihrem Wunsche gemäß unter Verzicht auf jegliche Dekoration, vom König verabschiedeten, sagte dieser zu dem demissionierten Verteidigungsminister: „Ihnen, Herr Rabe, kann ich die erfreuliche Mitteilung machen, daß ich Ihrem Wunsche entgegengekommen bin und Sie hiermit zum Kammerherren ernenne.“

Es schien im ersten Augenblick unglücklich, aber es ist Tatsache, daß Rabe, der in seiner Laufbahn als Kriegs- und Marineminister, den Grundfäden des gesamten Ministeriums und der radikalen Partei getreu, für die Abschaffung von Orden und Titeln gewirkt und dem König niemand zur Dekoration empfohlen hatte, ihn für seine eigene Person um Verleihung des Kammerherrntitels gebeten hat, und zwar weil er sonst nicht an der Neujahrsbesuch teilnehmen könnte. Er hat diesen Schritt hinter dem Rücken seiner Ministerkollegen unternommen. Die einzige Entschuldigung für seinen Verrat an den Grundfäden seiner Partei ist die, daß er sich im Alter von 77 Jahren befindet. Da mag er wohl kindlich genug geworden sein, um für solchen Tand seine Ehre als radikaler Parteimann und seine Parteimitgliedschaft wie auch sein Foklettingsmandat aufs Spiel zu setzen. Unter seinen Wählern im Randsborgkreise ist eine starke Bewegung im Gange und man verlangt dringend, daß er sein Mandat niederlege. Die radikale Presse verurteilt sein Verhalten ebenso einseitig, wie die sozialdemokratische, während der Fall natürlich für die Konservern und die Blätter der sogenannten „Linken“ ein gefundenes Fressen ist.

Rußland.

Aus dem internationalen Spigelsumpf.

Die Affäre des Petersburger Vertreters des offiziellen Wiener Korrespondenzbüros, Baron Ungern-Sternberg, der unter dem dringenden Verdacht steht, und wie verlautet, sogar schon überführt sein soll, im Auftrage Oesterreichs militärische Spionage betrieben zu haben, zieht immer weitere Kreise. Die Affäre bedrückt nicht nur die Korruption der „wohlgenährten“ bürgerlichen Presse auf, von deren Organen eines, der konservative „Weisheit Golos“, sich während des Bogrischen Konflikt für eine monatliche Subsidie von tausend Rubel in den Dienst der österreichischen Botschaft stellte, sondern wirft auch grelle Schlaglichter auf das Gebiet der internationalen militärischen Spionage, die speziell in Rußland mit dem politischen Spigelkram in enger Verbindung zu stehen scheint. So wurde in der Presse bereits auf die Identität Baron Ungern-Sternbergs mit einem Spigel hingewiesen, der vor 15 Jahren in Belgien im Dienste des Spigelgenerals Harting stand. „Reich“ berichtet darüber folgendes: Die Dokumente Baron Ungern-Sternbergs waren vor 15 Jahren im Besitz eines gewissen Jagollowski, der im Dienste des berühmten Harting-Landesen stand. Jagollowski organisierte im Vereine mit seinen Beschützern und Freunden ein „anarchistisches“ Attentat in Brüssel und warf eine Bombe gegen das Gebäude des belgischen Gerichts. Das Ziel des Attentats war, die belgische Regierung zur Ausweisung der russischen Emigranten zu bewegen. Darnach wurde Jagollowski als Spion in Spanien beschäftigt und lebte dann eine Zeitlang unter dem Namen Baron Ungern-Sternberg in verschiedenen Ländern. Nach den Angaben der „Reich“ ist es schwer, festzustellen, was alles von den Erzählungen über die frühere Tätigkeit Baron Ungern-Sternbergs auf sein Konto oder das seines Doppelgängers im Dienste der russischen politischen Polizei zu setzen ist.

Es ist abzuwarten, ob sich die Anklagen gegen Baron Ungern-Sternberg bestätigen. Die offiziellen Blätter, voran die „Kotowoje Wremja“, erklären, daß unumstößliche Beweise seiner Schuld vorliegen. Und die gesamte nationalsozialistische Schmutzpresse benützt schon die Gelegenheit, um gegen Oesterreich zu hetzen. In Wien wird an amtlicher Stelle jede Verbindung mit Baron Ungern-Sternberg in Abrede gestellt und in dem Vorgehen der russischen Presse eine „Rebanche“ für die Affäre des russischen Militärattachés in Wien, Oberst Marischenko, erblickt, der bekanntlich im vorigen Jahre in eine höchst peinliche Spionemaffäre verwickelt war. Im allgemeinen ist sehr anmutiges Bild, das dem Proletariat genügend Gelegenheit bietet, die korumpierende Rolle des Militarismus und die Heuchelei der Regierungen kennen zu lernen.

Petersburg, 8. Juli. Nachdem der Procurator das vorhandene Material als nicht genügend zur Erhebung einer Anklage erklärte, dürfte Baron Ungern-Sternberg schon in den nächsten Tagen aus der Haft entlassen werden.

Offenbar gibt es zuviel Kompromittierte.

Türkei.

Die Aretafrage.

Konstantinopel, 8. Juli. Da die Opposition in einer gestern stattgehabten Versammlung erklärte, daß sie es der Regierung freistelle, den Schugmächten die Zulassung der muslimanischen Deputierten zu der Nationalversammlung mitzuteilen, so wird diese für Sonnabend einberufen werden.

Aus der Partei.

Die „Londoner Volkszeitung“ teilt in ihrer Nummer vom 2. Juli mit: „Mit der heutigen Nummer beschließt die „Londoner Volkszeitung“ ihr Erscheinen als Wochenblatt, um als periodisches Mitteilungsblatt des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins zu erscheinen.“

Aus der Frauenbewegung.

Für das Frauenstimmrecht.

Nachdem der englische Premierminister die zweite Verhandlung des Antrags Schallaton (Arbeiterpartei) auf Ausdehnung des bestehenden beschränkten Wahlrechts auf die Frauen bereits auf den 11. Juli zugelassen hat, fanden im Unterhaus zwei Vorgesprächungen der Freunde des Antrags statt: eine von Angehörigen aller Parteien, eine zweite von liberalen Mitgliedern. Man beschloß, alles daranzusetzen, daß die Beratung zu Ende geführt werde und die Verweisung des Antrags an eine besondere Kommission (statt der Weiterberatung im gesamten, als Kommission konstituierten Hause) zu fordern. Auch die auf dem Boden des Antrags stehenden Organisationen: die Liberale Frauenvereinigung, die 35 000 Mitglieder zählt, und die Männervereinigung für das Frauenstimmrecht sind sehr rührig. Die letztere hat an den Ministerpräsidenten, der bekanntlich kein Freund des Frauenwahlrechts ist, einen energischen Brief gerichtet, in dem er aufgefordert wird, falls die Mehrheit für Annahme des Gesetzes ist, keine Schwierigkeiten zu machen. Unter den Unterzeichnern sind viele der ersten Geister, so Hall Gaine, W. Shaw und Langwill. Man erwartet, daß Asquith und der Führer der Opposition, Balfour, das Wort zu dem Antrage ergreifen.

Frauenarbeit in Großstädten.

In den Gewerbebetrieben der preussischen Großstädte arbeiteten bei der Berufszählung des Jahres 1907 rund 698 000 weibliche Personen. Davon waren verheiratet über 40 000 oder ungefähr 6 Proz. Im Durchschnitt des ganzen Staates beträgt die Zahl der verheirateten Lohnarbeiterinnen 139 000 — 7 1/2 Proz. der gewerblich tätigen weiblichen Personen. Obige 698 000 machen ein Viertel der überhaupt in jenen Betrieben beschäftigten Personen aus, die übrigen drei Viertel sind männlichen Geschlechts. In manchen Gewerben überwiegt die Zahl der weiblichen Arbeiter. So betragen sie im Bekleidungs- und Textilgewerbe 57 1/2 Proz., im Reinigungs- und Putzgewerbe 56 1/2 Proz., in der Gast- und Schankwirtschaft 53 1/2 Proz. Fast die Hälfte stellen sie in der Textilindustrie mit 46 1/2 Proz. und in der Papierindustrie mit 45 1/2 Proz. Dann folgt das Handelsgewerbe mit 34 1/2 Proz. Einen beträchtlichen Prozentsatz stellen sie auch noch im Theater- und Schaustellergewerbe, nämlich 28 1/2 Proz., in der Industrie der Nahrungsmittel- und Genussmittel 27 Proz., sowie in der Gärtnerei und polygraphischen Gewerbe mit je 21 1/2 Proz. Sehr gering ist dagegen ihr Anteil im Verkehr, 2 1/2 Proz., im Baugewerbe 1 1/2 Proz. und im Bergbau, wo er noch nicht einmal 1 Proz. erreicht. Dies ist das Verhältnis zwischen der Zahl der beschäftigten Männer und der beschäftigten Frauen. Betrachtet man dagegen die Frauen allein, so ist der größte Teil von ihnen im Handel beschäftigt, nämlich 27 1/2 Proz., im Bekleidungs- und Textilgewerbe 23 1/2 Proz., in der Gast- und Schankwirtschaft 22 1/2 Proz., in der Papierindustrie 7 1/2 Proz., in der Industrie der Nahrungsmittel- und Genussmittel 6 1/2 Proz., auf das Reinigungs- und Putzgewerbe 5 1/2 Proz.

25 000 in der Kleiderindustrie New Yorks beschäftigte Arbeiterinnen sind in den Kaufmann getreten. Man glaubt, daß sich ihre Zahl auf 75 000 erhöhen wird.

Gewerkschaftliches.

Gelbe Hirsche!

Die Brauerarbeiter der Schweiz stehen gegenwärtig im Kampfe mit den Unternehmern. Diese Gelegenheit benutzte der „Bund deutscher Brauergesellen“, um Streikbrecher in Massen nach der Schweiz zu liefern. Er hat es auch bisher in allen Fällen gemacht, aber so schamlos wie jetzt wohl noch nie. Nach allen Orten Deutschlands, wo Mitglieder des Bundes arbeiteten, nach den Herbergen und Arbeitsnachweisen wurde ein Flugblatt, unterzeichnet vom stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes, Siebert, versandt, der auf die Aussperrung der Brauerarbeiter in der Schweiz hinweist und „alle zurzeit arbeitslosen Bundesmitglieder“ auffordert, „unverzüglich nach der Schweiz abzureisen, sobald ihnen eine diesbezügliche Nachricht zugeht.“

Die arbeitslosen Kollegen aus Bayern, Württemberg, Baden und Süddeutschland sollen sofort nach St. Gallen reisen und sich bei dem Sekretär Vrielmeier, Wassergrasse 11, I. melden, die Kollegen aus den übrigen Staaten reisen sofort nach Basel und melden sich bei dem Sekretär Grewen, Sulzer Str. 10, I. Die Reise nach dort wird vergütet und sind die Stellungen dauernd.“

So heißt es in diesem Erzeugnisse der niedrigsten Genügsamkeit, das wie zum Hohn auf Ehre und Moral noch mit einem Appell an die Standesehre schließt. Beigelegt sind den Flugblättern noch gedruckte Zettel folgenden Inhalts:

„Bund Deutscher, Oesterreichischer und Schweizer Brauergesellen. Wertes Kollege!

Im Anschluß an das beiliegende Schreiben werden alle arbeitslosen Bundesmitglieder aufgefordert, sofort nach der Schweiz abzureisen.“

Die Vereine dieses „Bundes“ sind in den einzelnen Orten teils den christlichen, größtenteils aber den „Hirsch-Dunkerschen Ortsvereinen“ angeschlossen. Im „Gewerksverein“ Nr. 54 vom 6. Juli schrieb jemand anlässlich des Delegiertenkongresses dieses gelben Streikbrecher-Brauerbundes:

„Aber treu und unentwegt haben die Bundesgesellen festgehalten an den Grundsätzen, die sie einmal als richtig anerkannt haben.“

Ja, das haben sie. Seither war der Streikbruch Grundlag des gelben Brauerbundes, und diese Grundlag hält er auch hoch als Mitglied der Hirsch-Dunkerschen Gewerksvereine. Dieser neueste Streik, den Kampf der schweizerischen Brauerarbeiter durch Streikbrecherlieferung illusorisch zu machen, wird dem genialen Bundesführer Siebert ja nicht gelingen. Aber diese Tat wird doch dazu beitragen, daß alle diese Bundesbrauer, die noch etwas Ehrgefühl im Leibe haben, sich mit Ekel von dieser gelben Organisation abwenden. Die Fahnenflucht war in letzter Zeit ja so schon ziemlich groß, sie wird jetzt um so größer werden.

Berlin und Umgegend.

Streikbeschuß der Wätcher.

Die Wätcher berieten gestern abend in einer zahlreich besuchten Mitgliederversammlung über ihre Lohnbewegung. Es zeigte sich, daß die Stellung der Arbeitgeber zu den Forderungen zum Teil noch nicht ganz geklärt ist, doch scheint es, daß die Innungen auf eine Verschleppung der ganzen Angelegenheit hinarbeiten. Aus diesem Grunde beschloß die Versammlung, daß die Vertrauensleute heute noch einmal in den einzelnen Werkstätten vorstellig werden, und daß, wo die Arbeitgeber die Bewilligung versagen, die Arbeit von Montag früh ab ruhen soll.

Die Tarifbewegung der Stuarbeiter. Nachdem die Stuarbeiter Berlins dem im Jahre 1907 abgeschlossenen Tarifvertrag zum 30. September laufenden Jahres gekündigt haben, hielten sie am Donnerstag im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Versammlung ab, um über die neue Tarifvorlage zu beraten und zu beschließen. Die Vorlage ist von der Kommission und den Vertrauensleuten ausgearbeitet worden. Dabei konnten, wie der Referent Bruck ausführt, nicht alle Wünsche berücksichtigt werden, die in der vorigen Versammlung geäußert worden waren. Hinsichtlich der Arbeitszeit sieht die Vorlage eine Verkürzung von 53 auf 51 Stunden vor und zwar so, daß nicht nur Sonnabends, sondern auch Montags nur 8 Stunden, an den anderen Tagen 9 $\frac{1}{2}$ Stunden gearbeitet wird. Die Arbeitszeitverkürzung erscheint namentlich auch mit Rücksicht auf die in den Stuarbetrieben beschäftigten Tischler geboten, die selbstverständlich nicht länger arbeiten wollen, als es im Tarifvertrage des Holzarbeitergewerbes festgelegt ist. Bei den Bestimmungen über die Ueberstundenarbeit wird eine Abänderung nicht verlangt. Als Mindestlohn der Stuarbeiter werden 59 Pf. gefordert, statt bisher 54 Pf.; für das erste Gehilfenjahr 50, statt bisher 48 Pf. Die Stuarbeiter und Kartuschmacher sollen als Mindestlohn 62, statt bisher 57 Pf. die Stunde erhalten, im ersten Gehilfenjahr 52, statt bisher 45 Pf. Außerdem wird eine allgemeine Lohnerhöhung um 5 Pf. die Stunde verlangt, was, auf die verkürzte Arbeitszeit verrechnet, nicht mehr als 5 Prozent ausmachen würde. Zu dem im geltenden Tarifvertrage schon enthaltenen Verbot der Heimarbeit wird ein allgemeines Verbot der Alfordarbeit vorgeschlagen. Durch eine Abänderung der Lehrlingskala soll der Lehrlingszucht etwas mehr als bisher entgegen gewirkt werden. Als Tarifdauer werden wiederum drei Jahre vorgeschlagen.

In der lebhaften Diskussion über die Vorlage zeigte es sich, daß einem großen Teil der Versammlung die Forderungen nicht weitgehend genug erschienen. Es wurde ausgeführt, daß die vorgeschlagenen Lohnerhöhungen bei weitem nicht der unaufhörlichen Steigerung der Kosten der Lebenshaltung entsprechen. Demgemäß wurden dann auch einige Verbesserungsanträge zu der Vorlage angenommen. So wurde beschlossen, daß für das erste Jahr des Tarifvertrags 5 Pf. allgemeine Lohnzulage, für die beiden folgenden Jahre je 2 Prozent Zulage verlangt werden, und ebenso wurde beschlossen, daß die Kosten der Arbeitszeitverkürzung von den Arbeitgebern getragen werden sollen. Mit diesen und einer andern wenig bedeutenden Änderungen wurde die Vorlage gutgeheißen, die nun den Arbeitgebern zugestellt werden soll.

Achtung! Rabibpuher, Spanner und Träger! Die auf dem Neubau „Winter-Beledrom“, Potsdamer Straße, bei dem Rabibpuher, Spanner und Träger haben auf neue die Arbeit eingestellt. Am 22. Juni wurden seitens der Organisation die Arbeiter des Unternehmers Otto Stüwe gesperrt, weil auf den Bauten des Unternehmers Stüwe bei neun- bis zehnstündiger Arbeitszeit Klassenlöhne für Puher von 80 bis 90 Pf., für Spanner 60 bis 70 Pf. und für Träger 50 bis 70 Pf. per Stunde gezahlt wurden. Die tarifliche Arbeitszeit beträgt im Gipsbaugewerbe 8 $\frac{1}{2}$ Stunde und der Lohn bis zum 13. August 1910 für Puher 90 Pf., Spanner 75 Pf. und Träger 72 $\frac{1}{2}$ Pf. die Stunde, von da ab steigt der Lohn um 3 Pf. die Stunde. Am 24. Juni erkannte Herr Stüwe unter schriftlich die neuen Lohn- und Arbeitsbedingungen im Gipsbaugewerbe an und verpflichtete sich, vom 24. Juni 1910 bis 30. September 1911 für Puher 93, Spanner 78, Träger 70 und Hilfsarbeiter 55 Pf. bei 8 $\frac{1}{2}$ stündiger Arbeitszeit zu bezahlen, sowie vom 1. Oktober 1911 die weitere Lohnerhöhung von 3 Pf. für alle Gruppen und die noch sonst zwischen der Sektion der Gips- und Zementbranche und dem „Berliner Beton-Verein“ vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuerkennen.

Obwohl also Herr Stüwe seine Unterschrift gegeben hat, mußten wir feststellen, daß er diese Vereinbarung nicht innehielt, indem er selbst auf städtischen Bauten ruhig weiter neun

Stunden arbeiten läßt und auch einzelne bei ihm beschäftigte Puher, Spanner und Träger wieder unter dem vereinbarten Lohn bezahlte.

Alle Bauten, auf denen Herr Stüwe Rabibarbeiten ausführt, sind daher wieder seitens der Organisation gesperrt, und eruchen wir alle Kollegen, die Firma O. Stüwe streng zu meiden.

Die Bauten sind „Winter-Beledrom“, Potsdamer Straße, Krankenhaus Reinickendorf-Rosenthal, Leichter Straße, Krankenhaus Friedrichshain und Neubau Schule Gohlerstraße.

Der Sektionsvorstand.

Achtung, Töpfer! Die Sperre über die Firma Heide ist hiermit aufgehoben, da die Differenzen beigelegt sind.

Die Verbandsleitung.

Achtung, Buchbinder! In der Buchdruckerei von A. Barthels, Weihensee, Generallstr. 8/9, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Buchbindern und Buchbinderarbeiten ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung.

An die organisierte Arbeiterschaft!

Die unterzeichnete Branchenleitung bringt der Arbeiterschaft sowie auch den Gastwirten Berlin hiermit zur Kenntnis, daß sie für die im Deutschen Transportarbeiterverbande organisierten Kutscher und Mitfahrer aus den Mineralwasser- und Essigfabriken sowie Großdestillationen, Wein- und Bierbrennereien eine graue Legitimationskarte herausgegeben hat. Die Einlösung dieser Karte ist deshalb erfolgt, weil noch immer ein Teil dieser Kutscher der gewerkschaftlichen und politischen Organisation fernsteht. Wir eruchen alle Gewerkschafts- und Parteigenossen, falls sie mit diesen Kutschern in geschäftliche Verührung kommen, dieselben nach der Legitimationskarte zu befragen, eventuell sie auf ihre Organisationspflicht hinzuweisen.

Die Karte zeigt die Aufschrift des Verbandes sowie den Namen nebst Mitgliedsnummer des Inhabers. Ebenso muß dieselbe für den laufenden Monat ordnungsmäßig abgestempelt sein. Die Kollegen des Deutschen Transportarbeiterverbandes werden hiermit aufgefordert, am kommenden Jahlabend der Partei die Genossinnen und Genossen von der Einführung der Legitimationskarte noch besonders in Kenntnis zu setzen, damit einer Verbreitung unserer Organisation nach dieser Richtung hin die Bahn frei gemacht werde. Hoch die Solidarität!

Mit Parteigrüß

Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirk Groß-Berlin.

Die Branchenleitung der Kellnerarbeiter und Kutscher.

Achtung, Brauerarbeiter! Die Brauerarbeiter der ganzen Schweiz befinden sich im Streik. Zugang nach der Schweiz ist strengstens fernzuhalten.

Brauerarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Achtung, Formier! Wegen Verweigerung von Streikarbeit der Firma Kommand-Gebing sind alle Formier der Firma Kommand-Gebing entlassen. Zugang ist fernzuhalten. Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Durch Entschlossenheit und Einigkeit haben die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tilsiter Zellstoffabrik, circa 1000 Personen, einen schönen Erfolg erzielt. So lange dort noch keine Organisation vorhanden war, herrschten die traurigsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es gelang aber im Laufe der Zeit, 85 Proz. aller Arbeiter und Arbeiterinnen des Etablissements im Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands zu organisieren. Die Verhandlungen, die zum Abschluß eines Lohnvertrages führten sollten, dauerten mehrere Wochen, weil die Leiter der Fabrik absolut keine Zugeständnisse machen wollten. Da sie aber trotz aller Werbungen nicht genügend Streikbrecher fanden, sahen sie sich schließlich veranlaßt, der unermesslichen Situation ein Ende zu machen, ehe es zum ersten Konflikt, d. h. zur Arbeitsniederlegung kam. Es wurde endlich in eine Tarifberatung eingetreten und, da man sich über alle Positionen doch nicht einigen konnte, das Einigungsamt des Tilsiter Gewerksgerichts angerufen. Die Differenzpunkte wurden beigelegt, davon 19 zugunsten der Arbeiter und nur einer zugunsten des Unternehmertums. Der neue Tarif, der bis zum 1. April 1911 laufen wird, erhöht den Stundenlohn um 4 Pf. Bisher wurden 28 Pf. jetzt werden 30 Pf. pro Stunde gezahlt. Eine bedeutende Verbesserung bringt aber der Tarif den Kocherarbeitern, die bisher der größten Billiar durch die Vorarbeiter und Meister ausgebeutet waren. Der Tarif garantiert nun den Arbeitern der Kocherei, bei 11stündiger Schicht, einen Verdienst von 4,50 M. pro Tag.

Der Sieg der Tilsiter wird zweifellos auch die Arbeiter der Königsberger Zellstoffabrik aus ihrer unverantwortlichen Gleichgültigkeit rütteln. Hier herrschen auf dem Gebiete der Organisation noch die trübseligsten Zustände. Die Direktion zahlt daher auch die erbärmlichsten Löhne und hierzu noch die Ausbeutung der Menschkräfte durch ein Prämienystem in Reinkultur betrieben. So ward es möglich, daß die Königsberger Zellstoffabrik den Reingewinn von 787 000 M. im Jahre 1908/1909 auf 1 061 000 M. im Jahre 1909/1910 steigern konnte, also um ein Mehr von 274 000 M., alles aber für die Aktionäre, nichts für die Arbeiter.

Vorläufige Einigung im Stuckaturgewerbe des Ruhrgebiets.

Nachdem die in voriger Woche in Essen erneut ausgenommenen Verhandlungen infolge negativer Ausfälle waren, als die Unternehmer für die Dauer des in Aussicht genommenen auf drei Jahre berechneten Tarifs nur zu dessen Beginn eine Lohnerhöhung zugesagt, die Arbeitervertreter aber erklärt hatten, daß sie dieses Zugeständnis nicht akzeptieren könnten, wohl aber ihren Auftraggebern unterbreiten würden, hatten diese in einigen Orten des Tarifgebiets für den 4. Juli den Streik beschlossen. Darauf fand am Veranlassung der Unternehmer im letzten Augenblick in Düsseldorf eine erneute Zusammenkunft der beiderseitigen Vertreter statt. Es kam schließlich zu einer Vereinbarung, wonach die Arbeit bei 9 $\frac{1}{2}$ stündiger Arbeitszeit und 70 Pf. Stundenlohn festgesetzt, resp. sofort wieder aufgenommen werden soll. Ueber die Frage der Lohnsteigerung in den Jahren 1911 und 1912 soll in einer demnächst stattfindenden Verhandlung eine Einigung herbeizuführen versucht werden. Sollte es da zu einer Einigung nicht kommen, so soll ein Schiedsgericht entscheiden. Zu dem Geltungsbereich des neuen Tarifs gehören: Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Dagen, Herne und Heddinghausen nebst umliegenden Landgemeinden.

Zur Feilenarbeiterbewegung in Remscheid.

Trotz aller Versuche, die der Metallarbeiterverband unternahm, um den Frieden in der Feilenindustrie zu erhalten, ist es doch zur Arbeitsniederlegung gekommen. Am 4. Juli legten in 38 Betrieben 560 Maschinenhauer und Hilfsarbeiter die Arbeit nieder. Mit wenigen Ausnahmen ruht der Betrieb in den Hauereien der bestreikten Firmen vollständig. Die Zahl der Ausständigen wird sich aber noch erhöhen, da in einigen Betrieben die Kündigung noch nicht abgelaufen ist. Die Bewegung wird auch sonst noch Erweiterungen erfahren, denn am 5. Juli wurde den im Betriebe verbliebenen Arbeitern, den Schmieden, Schleifern, Härtern, Badern der Firma Frowein u. Cie. mitgeteilt, so daß dieser Betrieb vollständig zum Stilliegen kommt. Zugang ist streng fernzuhalten. — Weiter ist der Ortsverwaltung Remscheid des Metallarbeiterverbandes sofort Mitteilung zu machen, wenn irgendwo Streikarbeit angefertigt werden sollte. Die Remscheider Metallarbeiter haben sich auf einen langen Kampf gerüstet. Arbeiter sorgt dafür, daß sie sich nicht über Zugang zu beklagen brauchen; denn an dem Ausgang dieses Kampfes sind sämtliche Feilenhauer Deutschlands interessiert.

Nachdem als Streikbrecher gesucht! Am 23. April wurden aus Anlaß der allgemeinen Aussperrung im Baugewerbe auch die Dachbeder im rheinisch-westfälischen Industriegebiete auf Straßenpflaster

geworfen. In einer Verhandlung am 24. Juni waren die Unternehmer nicht einmal bereit, den Dachbedern die Verbesserungen anzubieten, die der Schiedspruch im allgemeinen den Bauarbeitern brachte. Am 24. Juni haben die Dachbedermeister nach Zeitungsmeldungen die Aussperrung aufgehoben und machen nunmehr zweifelhafte Anstrengungen nach Arbeitswilligen, die sie im Auslandsgebiet nicht finden können. Die Unternehmer suchen im „Deutschen Arbeitsmarkt“ und einer Anzahl Tageszeitungen Dachbeder, besonders die Firmen Kiegeß und Hofenlog-Duisburg scheinen hierbei die Generalagentur übernommen zu haben. Arbeitslose Dachbeder, die sich erst nach den Verhältnissen erkundigten, wurden in betrogener Weise irreführt, indem man diesen mitteilte, daß die Aussperrung erledigt sei, nicht aber bemerkte, daß der Kampf unverändert fortbesteht. Wer sich vor Enttäuschungen hüten will, lehne jedes Arbeitsangebot nach den Orten Duisburg, Dortmund, Essen, Bochum, Gelsenkirchen, Witten, Heddinghausen, Herne und Hamborn entschieden ab, da es sich um Streikbrechergesuche in allen Fällen handelt.

Arbeiterfreundliche Zeitungen werden um Abdruck gebeten.

Die Stuarbeiter in Ganaou hatten mit großer Einmütigkeit die Kündigung eingereicht, weil die Arbeitgeber ihre Forderungen nicht genügend Entgegenkommen bewiesen hatten, grundsätzlich keinen Tarifvertrag abzuschließen und mit dem Buchbinder-Verband, in dem die Stuarbeiter organisiert sind, nicht verhandeln wollten. Am 6. Juli fanden nun unter Vorhild des Gewerkschaftsvorstandes Stid Verhandlungen statt, an denen auch Vertreter des Buchbinder-Verbandes teilnahmen.

Nach fünfständiger, zum Teil recht schwieriger Verhandlung wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit von 53 auf 54 Stunden erreicht und eine Festsetzung des Minimallohnes für Ausgelernte auf 35 Pf. pro Stunde. Alle übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten für die zwei ausfallenden Arbeitsstunden eine entsprechende Lohn-erhöhung und außerdem weitere 10 Proz. Lohnzulage. Der Alfordlohn wurde in ähnlicher Weise wie die Stundenlöhne aufgebessert. Für Ueberstunden sind 15 Proz. mehr zu zahlen, wofür bisher einzelne Betriebe keine Höherbezahlung gewährten. Eine Schlichtungskommission, bestehend aus 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmern mit einem unparteiischen Vorsitzenden, wurde vorgegeben. Ebenso eine Lehrlingskala — bis 3 Gehilfen 1 Lehrling, bis 6 2, bis 10 3 und bis 15 Gehilfen 4 Lehrlinge. Das Abkommen — das Wort „Tarif“ wurde von den Arbeitgebern verpönt — gilt vom 1. August 1910 bis 31. Juli 1913.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Mord- und Selbstmordversuch.

Ein blutiges Liebesdrama hat sich gestern abend in der letzten Stunde im Norden der Stadt abgespielt. In dem Hause Schivelbeiner Straße 27 versuchte der 37jährige Italiener Rudolphi seine Geliebte, die um fünf Jahre ältere Witwe Anna Grundmann, zu ermorden. Er feuerte mehrere Revolverkugeln auf sie ab und brachte sich dann selbst mehrere Schüsse bei. Beide Personen wurden lebensgefährlich verletzt. Seit mehreren Monaten wohnte R. als Schlafburche bei der Witwe. Zwischen beiden entwickelte sich bald ein Liebesverhältnis. Da R. des öfteren Geld von der Grundmann lieh, kam es bald zu Zwistigkeiten zwischen beiden. Gestern abend nach 9 Uhr kehrte R. nach seiner Schlafstelle zurück und verlangte wieder Geld. Er bekam aber nichts, und nun führte er einen erregten Auftritt herbei, in dessen Verlauf er plötzlich den Revolver hervorholte und drei Schüsse auf die wehrlose Frau abfeuerte. Als auf die Schüsse hin Nachbarn herbeieilten, ergriff der Attentäter die Flucht. Er rannte die Treppe hinunter, wurde aber verfolgt. Da er keinen Ausweg mehr sah, jagte er sich unten auf dem Hausflur eine Kugel in den Kopf und in die Brust. Lautlos brach der Mörder zusammen. Ein von der Nachbarschaft hinzugerufener Arzt veranlaßte die Ueberführung der beiden Schwerverletzten nach der Charité.

Sozialistische Interpellationen in der französischen Kammer.

Paris, 8. Juli. (B. Z. B.) Der Deputierte Bouisson (Sog.) richtete in der Deputiertenkammer eine Interpellation an die Regierung wegen der gefürchteten Verwendung von Afranern an Bord von französischen Dampfern. Er machte dem Unterstaatssekretär Cheron den Vorwurf, daß er sich in parteiischer Weise in den letzten Streik der eingeschriebenen Seeleute in Marseille eingemischt habe. Cheron erwiderte, er habe nur seine Pflicht getan, indem er die sozialen Gesetze zur Anwendung gebracht, die Versuche, Unordnung zu stiften, unterdrückt und die Verhaftung der Disziplinbrecher angeordnet habe. Die Kammer nahm darauf mit 307 gegen 95 Stimmen eine Tagesordnung an, welche der Regierung das Vertrauen aussprach.

Weiter brachten mehrere Sozialisten eine Interpellation über die Affäre des Bankiers Kocette ein, der vor Gericht Zeugen dafür beibrachte, daß seine Verhaftung auf Eingreifen des Polizeipräsidenten Lepine erfolgt sei, obwohl der Untersuchungsrichter die Einstellung des Verfahrens beschlossen hatte. Der Ministerpräsident Briand erklärte sich bereit, am Montag die Interpellation zu beantworten.

Verurteilte Reservisten.

Marseille, 8. Juli. (B. Z. B.) Das Kriegsgesicht hat fünf Reservisten, welche wegen der Meuterei im Lager bei Nimes am 23. Mai unter Anklage gestellt worden waren, zu zwei bis sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Automobilunfall.

Wehrheim (Taunus), 8. Juli. (B. Z. B.) Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich heute nachmittag auf der Chaussee von Wehrheim nach Usingen. Der Chauffeur des in Bad Homburg zur Kur weilenden Lord Harriman aus London machte mit zwei Kollegen eine Vergnügungsfahrt. An einer Kurve verlor er die Gewalt über den Wagen, der in den Wald geschleudert wurde. Der Chauffeur stieg gegen einen Baum und war sofort tot. Einer der Mitfahrer erlitt einen Beckenbruch, der andere leichten Verletzungen.

Schwerer Baunfall.

Wien, 8. Juli. Am Neubau eines Hauses in Neugandens stürzte ein Gerüst ein, wobei zahlreiche Arbeiter verunglückten. Bisher sind 4 Tote, 17 Schwer- und 20 Leichtverletzte geborgen worden.

Verheerende Feuersbrunst.

Debenburg, 8. Juli. Die Drißkaff Frankenaue wurde von einem furchtbaren Brand heimgesucht, der beinahe den ganzen Flecken einscherte. In kurzer Zeit standen 32 Wohnhäuser und zahlreiche Wirtschaftsgebäude in Flammen. Sämtliche Gebäude des Ortes mit Ausnahme einiger einige hundert Meter abseits liegenden Gebäude wurden eingeschert. Eine Frau, durch deren Unvorsichtigkeit der Brand entstand, sowie zwei Kinder und ein alter Mann haben in den Flammen den Tod gefunden.

Die Cholera in Rußland.

Petersburg, 8. Juli. (B. Z. B.) Nach einer siebentägigen Unterbrechung sind jetzt wieder fünf Cholerafälle hier festgestellt worden.

Die Stadthauptmannschaft Kertsch ist für Choleragefährlich und das Gouvernement Wilna für Cholera bedroht erklärt worden.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung vom Freitag, den 8. Juli.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Vorsitzende zwei Aufschriften. Die eine ging aus von dem Rentanten der Kleier Krankenkasse und die andere von dem Vorstande der Kasse. Beide Schreiben erklärten alle jene Anschuldigungen für unwahr, die in einer der früheren Sitzungen gegen den Rentanten der Kasse erhoben worden sind.

Die Verhältnisse der Krankenkassen zu den Apothekern sollen in der Vorlage folgendermaßen geregelt werden: Die Sitzung kann den Vorstand der Kasse ermächtigen, wegen Lieferung der Arznei Vorzugsbedingungen mit einzelnen Apothekern oder Apothekenvereinen zu vereinbaren. Dann kann die Kasse, von dringenden Fällen abgesehen, die Bezahlung anderer Apotheker ablehnen, wenn diese sich nicht bereit erklären, den gleichen Bedingungen zu liefern.

Die Sozialdemokraten wiesen darauf hin, daß das Recht der Kasse, mit einzelnen Apothekern Vorzugsbedingungen zu vereinbaren, illusorisch gemacht werde durch den Zusatz, die Bezahlung anderer Apothekenbesitzer könne die Kasse nur dann verweigern, wenn die Apotheker nicht zu den gleichen Bedingungen liefern. Dem selbstverständlich gestehen einzelne Apothekenbesitzer nur dann der Kasse Vorzugsbedingungen zu, wenn ihnen als Entschädigung dafür von den Kassen ein größerer Absatz gesichert, das heißt die alleinige Lieferung vorbehalten wird.

Die Regierungsdirektor erklärte, daß die vorgeschlagenen Bestimmungen zum Schutze der Apothekenbesitzer unbedingt notwendig seien. Die Herren müßten ihre Apotheken für teures Geld kaufen. Deshalb dürfe ihnen nicht durch die Krankenkassen die Kundenschaft entzogen werden.

Die Sozialdemokraten wendeten sich gegen diesen Grund. Die Preise der Apotheker werden umso höher, je mehr die Apothekenbesitzer die Preise der Arzneimittel in die Höhe schrauben können. Das sei die Folge des ganz unbilligen Apothekenprivilegs, das die freie Konkurrenz auf diesem Gebiete ausschließe und den Arzneiwucher immer mehr vergrößere.

Leider gab auch hier wieder das Zentrum den Ausschlag für die Entziehung der Arbeiter: die Bestimmungen der Vorlage wurden von dem Zentrum, den Konservativen und den Nationalliberalen mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen und damit die Anträge der Sozialdemokraten niedergestimmt.

Die nationalliberalen Abgeordneten wollten die Bestimmungen der Vorlage sogar noch mehr im Interesse der Apothekenbesitzer „verbessern“. Das ging jedoch selbst den anderen bürgerlichen Parteien zu weit. Die Anträge wurden mit allen Stimmen gegen die der Nationalliberalen abgelehnt.

Außerdem hatten die Sozialdemokraten folgende Anträge gestellt:

Die Apotheken sind verpflichtet, den Krankenkassen gegen angemessene Kaution Kredit zu gewähren. Diese Bestimmung, so führten die Sozialdemokraten zur Begründung an, habe die Erfahrung als notwendig erwiesen, um ganz unberechtigte Schwierigkeiten zu vermeiden, die manche Apothekenbesitzer den Kassen bereiten. — Ein zweiter Antrag der Sozialdemokraten wollte den Krankenkassen das Recht geben, eigene Apotheken zu errichten und sie durch geprüfte Apotheker verwalten zu lassen.

Mehr Glück hatten die Sozialdemokraten mit dem Antrag, der sich auf das

Verhältnis der Krankenkassen zu den Drogisten bezieht. Der Antrag wollte den Kassen das Recht geben, durch die Sitzung den Vorstand zu ermächtigen, wegen Lieferung von Arzneimitteln, die dem freien Verkehr überlassen sind, Vorzugsbedingungen mit einzelnen Drogisten zu vereinbaren und von dringenden Fällen abgesehen, die Bezahlung anderer abzulehnen.

Die Sozialdemokraten stellten fest, daß nach dem geltenden Recht die Rechtslage der Kassen zu den Drogisten zweifelhaft sei. Es liegen einander widersprechende Entscheidungen der Gerichte auf diesem Gebiete vor. Durch die neuen Bestimmungen der Vorlage würden die Zweifel nicht beseitigt werden. Deshalb sei eine Klärung der Rechtslage, wie sie die Anträge vorschlugen, notwendig.

Dem stimmten auch die anderen Redner zu. Bei der Abstimmung gelangte aber ein später eingegangener Antrag des Abg. Behrens zuerst zur Abstimmung, der seinem Wortlaut nach daselbe wie der sozialdemokratische Antrag forderte, nur die Bestimmung nicht als einen neuen Absatz hinzuzufügen, sondern an einer früheren Stelle einzufügen wollte. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Damit war der sozialdemokratische Antrag erledigt. Nachdem aber der entgeltliche Wortlaut des ganzen Paragraphen festgestellt war, ergab es sich, daß durch die Einschaltung des Antrages Behrens die Überlegung des Vertragsrechts der Krankenkassen auch auf die Drogisten ausgedehnt worden ist. Diese sehr bedenkliche Verschlechterung des Antrages der Sozialdemokraten hatte kein Redner befürwortet. Sie wird daher zweifellos in der 2. Lesung wieder beseitigt werden.

Aus der Justizkommission.

Sitzung vom 8. Juli 1910.

Am Freitag wurden die zum § 330 gestellten sozialdemokratischen Anträge abgelehnt. Eine längere Debatte veranlaßte der Verschlechterungsantrag der Nationalliberalen und Konservativen, der nach den Ausführungen unserer Genossen im Effekt die Revisionen, namentlich gegen Schourgerichtsurteile, so gut wie gänzlich ausschaltete würde. Die Regierung schien diese Verschlechterung ihrer Vorlage nicht ungern zu sehen, denn verschiedene Kommissionen erkannten den „gesunden Kern“ des Antrages an; sie sträubten sich nur gegen seine, auch ihnen anscheinend zu reaktionäre Form. Sehr energisch sprachen sich gegen den Antrag außer unseren Genossen noch die Redner des Zentrums und der Fortschrittspartei aus. — Nachdem bei dieser Gelegenheit sich noch eine Nebenrede — im Anschluß an eine Verurteilung des Allensteiner Prozesses — über eine strengere Handhabung der beschlossenen Ausschließung der Öffentlichkeit angeschlossen hatte, in der unsere Genossen sich gegen jede Verschärfung der Ausschließungsbestimmungen wendeten, wurde der nationalliberal-konservative Antrag abgelehnt und der § 330 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Rum § 337 beantragten unsere Genossen, daß die Frist, in der die Revision einzulegen ist, von 8 auf 14 Tage verlängert wird; auch soll die Einlegung der Revision nicht von der Unterzeichnung eines Rechtsanwaltes, noch von ihrer Entgegennahme durch einen Gerichtsschreiber abhängig sein. Der Antrag wurde abgelehnt. Beim § 348 beantragte Abg. Groeber, daß bei der Auf-

hebung eines Urteiles das Revisionsgericht die Sache immer an ein anderes Gericht zu verweisen hat. Auch sollen die Gerichte, die sich nach der Aufhebung des Urteiles mit der Sache zu beschäftigen haben, bereits auf ein Jahr voraus dem Präsidium des Revisionsgerichtes bestimmt werden. Wegen dieses Antrag wurden die verschiedenen Bedenken laut, so auch das, daß die Form des Antrages es möglich erscheinen lasse, daß eine Verweisung an ein dem Angeklagten ungünstiges bekanntes Gericht erfolgen könnte. Nach dem bestehenden Recht kann die Sache an ein anderes Gericht verwiesen werden; es wird aber meist dem erkennenden Gericht zugewiesen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Ein sozialdemokratischer Antrag, zum § 350 gestellt, forderte, daß das Gericht, an das eine Sache vom Revisionsgericht verwiesen wird, auch auf eine Verminderung des Strafmaßes nach der ersten Entscheidung erkennen kann, wenn eine Straftat oder die Annahme einer Idealkonkurrenz, oder bei einer fortgesetzten Handlung Einzelakte einfallen, wodurch eine Milderung der Strafe bedingt würde. — Der Antrag wurde abgelehnt, ebenso ein ähnlicher aber nicht so weitgehender Antrag Groeber.

Der fünfte Abschnitt des dritten Buches handelt von der Wiederaufnahme des Verfahrens. Einige zu den §§ 351 und 352 gestellte Anträge unserer Genossen wurden abgelehnt.

Nach einem zum § 353 gestellten Antrag Groeber soll ein Verfahren auch dann wieder aufgenommen werden, wenn sich das Urteil auf ein unter Verletzung der Zeugen- oder Sachverständigenpflicht abgegebenes Zeugnis oder ein Gutachten stützt. Unsere Genossen beantragten, daß der 2. Absatz des Paragraphen gestrichen wird, nach dem die Wiederaufnahme wegen der Berufung einer falschen Urkunde oder einer falschen Aussage erst dann stattfinden kann, wenn diese strafbaren Handlungen rechtskräftig festgestellt sind. — Der Antrag Groeber wurde angenommen, der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Aus Industrie und Handel.

Der schnelle wirtschaftliche Aufschwung Japans

zeigt sich an der rapiden Zunahme seiner Industrie. Nach einer Zusammenstellung des amtlichen „Deutschen Handels-Archivs“ stieg der Wert der in Japan (ohne Formosa) hergestellten hauptsächlichsten Waren in der Zeit von 1903 bis 1907 wie folgt (die von uns abgerundeten Zahlen bedeuten Millionen Yen; 1 Yen ist ungefähr so viel wert wie 2,10 M.):

	1903	1904	1905	1906	1907
Seidengewebe	65 1/2	67	60 1/4	98 3/4	94 1/2
Gewebe aus Seide und Baumwolle gemischt	14 1/2	11	15 1/2	20 1/4	24
Baumwollgewebe	51 1/2	52	71 1/2	86 1/2	103 1/2
Hanfsgewebe	2 1/4	2 3/4	8 1/2	8 1/2	4
Japanisches Papier	12 1/2	13 1/2	13 1/4	15 1/2	19 1/2
Europäisches Papier	7	10 1/2	11	13 1/2	12 1/2
Streichhölzer	10	11 3/4	12 1/4	15 1/2	15
Porzellan- und Töpferwaren	7	6 1/4	6 1/4	13 1/2	18
Ratten	8 1/2	7	7 1/4	10 1/4	11
Lackwaren	5 1/4	4 1/2	5 1/2	6 1/2	7 1/2
Strohgeflechte	3 1/4	4 1/2	5 1/2	4 1/2	4 1/4
Leder	4	12 3/4	16 1/4	10 1/4	9
Del	8	7 1/4	9	11 1/2	11

Der teilweise Rückgang im Jahre 1904 war natürlich durch den Krieg bedingt. Unmittelbar darauf zeigt sich der Aufschwung in den meisten Branchen um so deutlicher. — Es versteht sich, daß auch der plötzliche gewaltige Mehrbedarf an Leder im Jahre 1904 durch den Krieg verursacht war.

Wofür der Deutsche Ausfuhrprämie bezahlt.

Unter dieser Ueberschrift erzählt die Handelszeitung des „B. L.“ folgende Dinge, die man kaum für möglich halten sollte: Wenn Roggen ordnungsmäßig gemahlen wird, so ergibt er zirka 65 Proz. Mehl und 30 Proz. Kleie, zirka 5 Proz. gehen verloren. Jedoch, seit der letztenollerhöhung für Vroigetreibende von 85 auf 60 M. bis 55 M. per Tonne ist es ein sehr lukratives Geschäft geworden, deutschen Roggen nach Rußland auszuführen, jenseits der Grenze zu vermahlen, aber nur etwa 85 bis 40 pSt. Mehl auszubenten und die restlichen 55—60 pSt. als „Kleie“ zu verkaufen. Es ist das eine Folge der deutschen Einfuhrsteine. Bei dem heutigen Roggenpreise von 15 M. per 100 Kilo frei Kalisch kosten diese 100 Kilo nach

Kum ist's für jedermann verständlich: Am Postament prangt Birchow's Bild Als Brust-Relief, und so ward's endlich Am Karleplatz feierlich enthüllt.

Zwar gab's noch einige Weiterungen Ein Hauschen stand an seiner Front, Wo ein Bedürfnis notgedrungen Man ab und zu befried'gen konnte.

Nach Ueberlegungen, noch reifen, Seht man dies Haus wo anders hin; Zwar — sich Bedürfnisse verneinen, Lag wohl nicht recht in Birchow's Sinn.

Am Märchenbrom ist's angenehmer; — In dem verpönten Friedrichshain Kann man am Bretterzaun bequem von allen Lasten sich befreien.

R. Dergler.

Notizen.

— Das Schicksal von Goethes Nr.-Reiter, der in Jülich wieder aufgefundenen ersten Fassung seines Romans Wilhelm Meister, scheint ein tröstliches zu werden. Als Welt freute sich bereits auf die nachträgliche Gabe des ersten jungen Goethe, es wurde auch eine hübsche Ausgabe zugesagt. Aber vorläufig wird der entdeckte Schatz wieder eingelagert. Dank der Ueberspannung des kapitalistischen Erbrechtes hatten ein Nachkomme des berühmten Rinaldini-Verfassers Vulpius, mit dem Goethe nur die Schwagerin gemein hatte und der Fürst Hendel von Donnermarkt die Handschrift reklamiert. Diese „Erben“ haben die erste Veröffentlichung des Nr.-Reiters der großen Weimarer Goetheausgabe überlassen, die echt byzantinisch nach der ganz gleichgültigen Großherzogin Sophie benannt ist. Da diese Ausgabe nur insgesamt abgegeben wird und verschiedene hundert Mark kostet, ist also der Nr.-Reiter für das deutsche Volk vorläufig verschollen. Hoffentlich wird er nicht auch noch zu Ehren der Großherzogin Sophie kastriert, wie es den venezianischen Epigrammen erging.

— Die Kunst-Ehrenpreise der Stadt Berlin wurden, nachdem sie in der Großen Berliner Ausstellung bereits früher verteilt waren, nun auch in der Sezession verliehen. Sie fielen den Malern R. von Kardorff und Theo von Brockhusen zu.

— Die Totenfeier als Lustbarkeit. Was wir von der Luftbarkeitssteuer, die Berlin bedroht, etwa zu erwarten hätten, darauf bereitet ein Vorgang aus Dresden vor: Dort existiert seit vorigem Jahr gleichfalls eine Luftbarkeitsverordnung. Auf Grund dieser erklärte der Dresdener Rat am 28. April in Privaträumen abgehaltene Totengedenkfeier für Altkrieger, zu der einige Karten ausgegeben waren, für eine „Lustbarkeit“ und forderte jetzt nachträglich (unter Androhung von Verstrafung) 10 M. „Lustbarkeitssteuer“.

Kleines feuilleton.

Zeppelins Polarstudienfahrt. Das Zeppelin-Polarunternehmen, über deren Ausfichten wir gestern berichteten, unternimmt diesen Sommer eine Studienfahrt. An ihr nehmen neben Zeppelin und einigen Gelehrten ein wirklicher Prinz als Protoktor und einige dekorative Geheimräte teil, welche letztere aber in Bergen bereits wieder nach Hause geschickt werden.

Ueber die Absichten und Pläne der Expedition, die inzwischen in Bergen eingetroffen ist, verbreitet das Wolffsche Bureau folgende Mitteilungen:

Die vornehmlichste Aufgabe der Fahrt ist, festzustellen, ob sich auf Spitzbergen Vuchten finden, die Luftschiffen des Zeppelinschen Systems einen sicheren und geschützten Hafen gewähren können und die Bedingungen zu ermitteln, unter denen solche Luftschiffe auf dem Eise im Notfall oder aus Gründen wissenschaftlicher Untersuchungen zu landen vermögen, wobei hervorgehoben werden darf, daß die meteorologischen Verhältnisse des arktischen Sommers besonders günstige Bedingungen für die Motorluftschiffahrt darbieten. Um beiden Aufgaben zu genügen, wird der Dampfer „Mains“ zunächst eine Reihe von Vuchten der Westküste Spitzbergens anlaufen, darauf bis zum Eise nach Norden dampfen und abdann an der Eisante entlang nach Südwesten, um an geeigneter Stelle durch den breiten Eisstrom an der Ostküste Grönlands, etwa in der Breite von Kap Bismarck oder südlicher gegen diese grönländische Ostküste vorzudringen.

Da ein eisernes Schiff von der Größe des „Mains“ zu Fahrten ins Packeis sich nicht eignet, ist ein bewährtes norwegisches Fangschiff, der hölzerne Dampfer „Wönig“ gechartert, auf den die Mitglieder übergehen, sobald das Eis die weitere Fahrt des „Mains“ hindert. Beide Schiffe sind mit Funkprücheinrichtungen versehen, um sie in dauernder Verbindung zu halten.

Graf Zeppelin mit dem Luftschiffführer Lau wird, unterstützt durch die Eisfahrer Professor v. Drngalski, Ankerverluste auf großen Eisbänken vornehmen, Professor Gerges seine ärologischen Forschungen der Atmosphäre in diesen Breiten mit Hilfe von Registrierballonaufstiegen fortsetzen und die meteorologischen Bedingungen für die Fahrt mit Luftschiffen festzustellen suchen. Neben diesen Hauptaufgaben werden ozeanographische Arbeiten von Drngalski und Reich, sowie Arbeiten Reiches über Absorption der Sonnenstrahlen und photographische Aufnahmen Spitzbergens embergerhen, während Graf Zeppelin Beiträge zur Kenntnis der höheren Fauna sammeln wird. Mit einem zur Aufnahme von zwei Personen geeigneten Fesselballon von 550 Kubikmeter sollen Aufstiege auf Spitzbergen wie auf dem Packeis, insbesondere auch Verankerungsversuche vorgenommen werden. Nach Anlaufen von Tromsö, wo der Dampfer „Wönig“ sich der Fahrt des „Mains“ anschließen wird, soll am 12. Juli die Reise nach Spitzbergen fortgesetzt werden. Die Rückkehr des „Mains“ nach Bremerhaven ist für Ende August vorgesehen.

Humor und Satire.

Ent- und behüllte Denkmäler. Der Märchenbrunnen wird nie fertig; Er schläft noch hinter'm Bretterzaun. Das Virchowdenkmal gegenwärtig Ist endlich doch enthüllt zu schau'n. Erst brachte Virchow man figurlich Zur Darstellung — zunächst Model — Die Weine schienen unnatürlich Und Klimsch schuf dann was andres schneid. Ein Hexkules kam zur Erscheinung; Stark muskulös, nackt wie ein Spinn; Da sprach die öffentliche Meinung: „Det kann unmöglich Virchow sind!“

Abzug des durch den Einfuhrschein rückvergüteten Zolles von 5 Mk. nur noch 10 Mk. jenseits der Grenze. Selbst wenn der russische Müller jenseits der Grenze sogar nur 45 bis 50 pCt. an Mehl und 45 bis 50 pCt. Meie gewinnt und diese Meie auf drei wieder nach Deutschland schafft, so kosten — ohne Berücksichtigung des Rohlohnes — in Rußland die aus 100 Kilogramm deutschem Roggen gewonnenen circa 50 Kilogramm Mehl nicht mehr als die nach Deutschland wieder eingeführten circa 50 Proz. Meie. Das heißt also, der Russe bekommt mit Hilfe des deutschen Staatszuschusses seinen Brostoff aus deutschem Getreide so billig wie wir unser Viehfutter.

Die Same wird denn auch gehörig ausgenutzt. Eine große Anzahl von Mühlen der deutschen Grenze daraufhin neu entstanden, bestehende sind erheblich vergrößert worden. Allein in der Grenzstadt Kalisch, wo bis vor einigen Jahren nur eine einzige Dampfmaschine von 15 bis 15 Tonnen täglicher Leistung bestand, hat seit der letzten Zollerhöhung (1906) die Mälerei einen solchen Umfang angenommen, daß dort täglich 400 Tonnen zumeist deutscher Roggen vermahlen werden. Ja unter den Augen des Zollamtes zu Stalmitzsee wird fast unmittelbar hinter der deutschen Grenze ein neues Mühlenwerk von einem deutschen Getreidehändler mit einer täglichen Leistungsfähigkeit von 250 Tonnen errichtet, so daß schon mit Ende dieses Jahres der Bedarf an Roggen in Kalisch allein auf täglich 650 Tonnen steigen wird. An anderen Grenzübergängen, zum Beispiel Sosnowitz, liegen die Verhältnisse ähnlich. Der Verlust, den Deutschland allein an dem über die trodene Grenze nach Rußland ausgeführten Roggen erleidet, ist auf 10 bis 12 Millionen Mark jährlich zu beziffern. Die Einfuhrscheine dienen also dazu, russische Grenzmillen leistungsfähig zu machen auf Kosten der deutschen Mälerei. Meie aus deutschem Getreide, die wir über Rußland beziehen, ist billiger — und außerdem noch viel mehrhaltiger, also um so härter in der Konkurrenz — als die aus demselben Getreide in Deutschland hergestellte.

Die Lage des Viehmarktes. Die Marktbesichtigung war im Juni an allen Märkten mit nur wenigen Ausnahmen geringer als im Mai, infolgedessen, wie auch der Lage der Viehhaltung entsprechend, stiegen die Preise für Ochsen an den meisten Märkten bis zu 4 Mk. im Monatsmittel. Für Bullen war der Aufschlag an manchen Märkten noch größer, an anderen etwas weniger groß. Rinde stiegen in Süddeutschland 5-6 Mk., in Norddeutschland 4 Mk., im übrigen 2-3 Mk. In dem bisher teuersten Jahr für Großvieh, im Jahre 1906, erreichten die Marktpreise erst im Monat August die Höhe, die sie bereits jetzt im Juni erklommen haben, so daß aller Voraussicht nach im laufenden Herbst die Preise höher sein werden, als in irgend einem Jahr vorher, Erhöhungen der Fleischpreise sind somit nicht zu vermeiden.

Die Marktzufuhr von Kalbern ist im Juni an allen Märkten wieder zurückgegangen. Aber auch der Konsum hat sich vermindert, ebgleich beim Kalbfleisch das Wirtschaftsgeleit nicht zugutreffen scheint, daß steigende oder hohe Preise den Konsum verringern, denn erst seit dem Weichen der hohen Preise ist der Kalbfleischkonsum so stark gewachsen. Die Zeit der grünen Wöhen bringt alljährlich auch eine starke Vermehrung des Hammelfleischkonsums, namentlich in Mitteldeutschland. Die Preise zogen in Berlin um 3-4, in Hamburg und Breslau um 2 Mk. an, während die übrigen Märkte bei geringem Bedarf willig blieben. In Süddeutschland war das Angebot nach der Schur drängend, während bis dahin große Zurückhaltung

herrschte. Man nimmt deshalb an, daß die Preise weichen werden und auch die nord- und ostdeutschen Märkte die jetzige Preisgröße nicht werden halten können.

Auf dem Sch to eine markt herrscht dem Sommer entsprechend Zurückhaltung. Einläufe und Schlachtung bewegten sich auf der niedrigen Grenze, wovon das Angebot ziemlich stark ist. Es war ebenso groß wie im Monat Mai und die Folge davon war ein weiterer Preisrückgang um 1-1 1/2 Pf. im Monatsdurchschnitt. Man nimmt an, daß die Preise auch noch weiter zurückgehen.

Gerichts-Zeitung.

Der Roftrich in der Schule.

Vom Landgericht Frankenthal ist am 7. April der Lehrer M. in Roftrich wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. In der Pause hatten Kinder versehentlich einen Blumentopf vom Fenster des Angeklagten heruntergeworfen. Der Angeklagte kam heraus und schlug die beiden Täter mit einem Stock. Der eine Knabe, den er nur an der Hosennaht gepackt hatte, lief um ihn herum und dabei erhielt er zahlreiche Schläge statt auf das Gesicht auch auf Arme und Schultern sowie auf den Rücken und die Oberschenkel. Die Jüchtigung war ihrer Art und Weise nach unzulässig und als übermäßig zu bezeichnen. Vorschriften über die Ausführung der Jüchtigung sind von der Regierung der Pfalz nicht erlassen. Nimmt man, so heißt es im Urteile, zugunsten des Angeklagten an, daß das Maß der Jüchtigung dem Lehrer überlassen ist, so mühte es doch eine maßvolle Jüchtigung bleiben. Der Sachverständige bezeichnet die vom Angeklagten getroffenen Körperteile als zur Jüchtigung ungeeignet. Vorläufig hat der Angeklagte, wie das Urteil meint, die Schläge nicht ausgeteilt. Er wollte das Gesicht treffen. Bei pflichtmäßiger Aufmerksamkeit mühte der Angeklagte aber wissen, daß die Schläge auch auf andere, ungeeignete Körperteile treffen konnten. — Die Revision des Angeklagten wurde am Donnerstag vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Ein Hauptmann a. D. als Totschläger.

Wie wir bereits auf Grund eines Telegramms mitgeteilt hatten, verurteilte das Dortmunder Schwurgericht den Hauptmann a. D. und Gutsbesitzer Ludwig Möllenhoff wegen Körperverletzung mit Todeserfolg und Verbrechen des Totschlags am Donnerstag zu 3 1/2 Jahren Gefängnis. Der in zweitägiger Schwurgerichtsverhandlung aufgeführte Sachverhalt ist für die junckerlich-militärische Auffassung bestimmter Artse kennzeichnend.

Der Angeklagte, Hauptmann a. D. Gutsbesitzer Ludw. Möllenhoff aus Haus Osthoff in Werries, Kreis Hamm in Westfalen hatte neben seinem Gutsbesitzer den Pächter Aug. Jürging wohnen. Dieser bewirtschaftete mit seinem Bruder Gustav und einer Schwester den von Möllenhoff gepachteten Acker. Zwischen dem Pächter und dem Hauptmann bestanden mehrfach Differenzen. Möllenhoff ist zweimal wegen Verletzung des Pächters bestraft worden. Am Abend des 3. Juni entstand wieder eine Auseinandersetzung. Möllenhoff ging danach in seine Wohnung, holte und lud sein Jagdgewehr und stellte sich vor dem Pächterhause auf. Gustav Jürging, der Bruder des Pächters, wachte, daß der Hauptmann leicht zur Flinte griff. Er befürchtete, daß Möllenhoff seinem Bruder mit der Flinte zu Leibe gehen wolle. Er wollte deshalb das Gewehr des Hauptmanns festhalten, als dieser nach der Tür der Pächterwohnung schritt, er erhielt aber einen Schlag mit

einem Stock von Möllenhoff über's Auge. Infolge des Schlags stürzte er und erhielt dann einen Schuß von Möllenhoff, der ihn an Arm und Schulter traf. Der Pächter kam nach dem Schuß heraus und erhielt auch gleich einen Schuß, daß er, in die Wade getroffen, tot hinfiel. Am nächsten Tag wurde der Hauptmann verhaftet.

Möllenhoff trat in der Verhandlung sehr selbstbewußt und sicher auf. Er schätzte Rotweh vor. Seine Aussage wurde durch die Gemeindeführung völlig widerlegt.

Der Gutsbesitzer und Hauptmann a. D. scheint nach der Verweidung keine besonderen Anschauungen über preußische Justiz und Gerechtigkeit zu haben. So hat er einmal geäußert: er wolle doch einmal sehen, ob man einen preußischen Offizier ins Gefängnis bringen könne! Schon in früheren Jahren hat der Hauptmann einen anderen Pächter angeklagt, als dieser auf einem Kirchbaum saß. Der Hauptmann wurde angeklagt, kam aber mit — 20 Mark davon.

Eine Zeugin hat geäußert, wie Möllenhoff einmal zum Pächter in dessen Wohnung sagte: „Ihr stinkt ja vor Faulheit!“ Ein Bruder des Erschossenen beklundet, wie Möllenhoff den vom Bruder gemieteten Keller verschiedene Wochen hindurch verschlossen gehalten hat, trotzdem die Pächterfamilie die Nahrungsmittel im Keller und diese nötig hatte.

Seinem früheren Fortkäufer hat der Hauptmann die Instruktion gegeben, wenn Bergleute den Waldweg gingen, sollten sie dreimal angerufen werden. Der dann noch einen Schritt vorantre, solle niederknallen werden. In diesem Zeugen hat Möllenhoff einmal gesagt, es sei schade, daß es nicht mehr sei wie vor 100 Jahren unter der Leibeigenschaft, da habe man mit den Bauern anders umspringen können.

Gendarmen-Bachmeister Horwetz ist vor Jahren einmal in Hamm in der „Elektrischen“ gefahren. Möllenhoff fuhr auch im Wagen und hat den Bachmeister gefragt, dieser müsse unter den Bauern besser aufräumen. Als der Bachmeister fragte: Wiso? meinte der Hauptmann: „Passen Sie mal auf, wenn ich erst auf meinem Gute in Osthoff bin, dann sollen die Bauern springen, dann sollen sie hinterm Pfluge tanzen, dann will ich gründlich aufräumen!“

Zu bedauern ist, daß gegen den Angeklagten nicht die Anklage wegen Mordes erhoben und daß er nicht zu Zuchthaus verurteilt ist. Ob die 3 1/2 Jahre Gefängnis seine Gefinnungsgeossen vor ähnlichen feigen Missetaten zurückhalten werden, erscheint recht zweifelhaft.

Witterungsübersicht vom 8. Juli 1910, morgens 8 Uhr.

Station	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C	Station	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C
Erwinende.	750 R	1 Dunst	16	16	Saparanda	759 SD	2 wolllig	21	
Damburg	755 R	5 Regen	14	16	Belaraburg	758 D	3 Regen	17	
Berlin	751 R	7 Regen	14	16	Seibitz	768 RD	2 wolllig	16	
Frankfurt a. M.	759 R	3 wolllig	15	16	Werdau	768 R	5 bedekt	10	
Händchen	759 R	3 wolllig	12	15	Waris	762 R	1 Regen	11	
Wien	764 R	4 wolllig	14						

Wetterprognose für Sonnabend, den 9. Juli 1910. Zunächst noch domiegend trübe mit geringeren Regenfällen und mäßigen westlichen Winden; später aufklaren und etwas wärmer. Berliner Wetterbureau.

Pflanzerverein „Veilchen“.
Am 8. Juli verschied infolge eines Unglücksfalles unser lieber Kollege und Mitbegründer unseres Vereins
25675

Gottlieb Hampel.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 4 1/2 Uhr statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und Mutter
Henriette Baier
geb. Neumann
am Mittwoch nach langem, schwerem Leiden im Krankenhaus verstorben ist.
28718

Um stille Teilnahme bitten
Hermann Baier
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Bahnhofsmaus-Friedhofes in Weichen, Gallenberger Straße, aus statt.

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.
Verwaltung Berlin.

Am Mittwoch, den 6. Juli, verstarb nach langjährigem Leiden unser aller Mitglied, der Holz-Bildhauer
Christian Jeppesen
49 Jahre alt.

Sein Andenken in Ehren!
Die Beerdigung findet statt am Sonnabend, den 9. Juli, nachmittags 4 Uhr, auf dem zweiten südlichen Friedhof in Schönberg. (Bis Station Papenstr. fahren.)
Rege Beteiligung erwartet.
2076 Der Vorstand.

1 Mark
wöchentliche Teilzahlungen liefert elegante fertige
Herren-Garderoben
Ersatz für Maß. Anfert. n. Maß. Tadellose Ausf.
Julius Fabian
Schneidernstr. Große Frankfurterstr. 37 II Eingang Strausberger Platz. II. Geschäfte: Turmstr. 18 nur erste Etage, kein Laden.

Zentralverband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter Deutschlands
(Filiale Berlin).

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Fritz Hinz
am 4. Juli verstorben ist.
Seine feinen Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, nach 4 Uhr, vom Witschow-Kronenhof aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
2076 Der Vorstand.

Am Mittwoch, den 6. Juli, verstarb nach langjährigem Leiden unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Verwandter, der Tischler
Franz Neumann
im 24. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelsburger Gemeindefriedhofes, Lützowstraße, aus statt.
28758

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Bruders **Hermann Friese** sage ich allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten meinen innigsten Dank.
28728
Ww. Marie Friese, Galdensteinstr. 20.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
Filiale Berlin I.

Herren-Konfektion!
Geschäfts- und Werkstattzungen

finden statt:
Sonnabend, den 9. Juli, abends 8 1/2 Uhr:
für die Kollegen der Firmen
S. Adam und Herm. Kaufmann u. Co.
bei Schulz, Mängstr. 17 (Eingang am Königgraben);
für die Kollegen der Firmen
Stern Gebr. und Hugo Herrmann u. Co.
bei Regul, Dönhofstr. 12 (am Neuen Markt);
für die Kollegen der Firma
Hopp u. Kurzweg
bei Vogt, Klosterstr. 101.

Montag, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr:
für die Kollegen der Firmen
Bender u. Guttman, Jean Popper
und **Ad. Stier**
bei Schulz, Mängstr. 17 (Eingang am Königgraben);
für die Kollegen der Firma
E. Elsbach Nachf.
bei Regul, Dönhofstr. 12 (am Neuen Markt);
für die Kollegen der Firma
Beck u. Cloppenburg
in den Müllersgärten, Kaiser-Wilhelm-Straße 18a;
für die Kollegen der Firma
S. Reichmann
bei Weigand, Grünstraße 21.
Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet Die Kommission.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und Kranzsenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers **Arthur Wels** sagen wir allen Verwandten, Kollegen und Parteigenossen unseren innigsten Dank.
Die Hinterbliebenen:
Familie Wels.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neues Katalog in Einzel- u. Mehrerlöse u. Prof. gratis u. ff.
K. Singer, Gummiwarenherst.
Berlin SW., Friedrichstraße 119

Orts-Krankenkasse der Handschuhmacher
u. verwand. Gewerbe zu Berlin.
Sonnabend, den 16. Juli, abends 9 Uhr, bei Belle, Brunnstraße 41b
Außerordent. Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Statutenänderung. 2. Ber. schließend. 276/13
Die Delegierten werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.
Berlin, den 9. Juli 1910.
Der Vorstand.
K. H. H. Hinz, Vorsitzender.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.

Bodenleger.
Montag, den 11. Juli: **Dampferpartie** nach der Havel bis Potsdam.
Abfahrt von der Moabiterrbrücke (Sterngasse) um 7 1/2 Uhr.
Von Charlottenburg (Schloßbrücke) um 7 1/2 Uhr.
Es laden hierzu ein Das Komitee.

M. Schulmeister
BERLIN SO., Dresdener Str. 4. Hochbahn-Station Kottbuser Tor.

Moderne Paletots und Ulster
1- u. 2-reihig, Formen zum Durchknöpfen, in d. neuest. Mod.
48.50 45.— 40.50 21.50
36.50 32.50 29.50 21.50

Jackett-Anzüge
elegante Fassons, prima Rodhaar-Vorarbeitung
50.— 45.— 42.50 38.50 24.50
34.— 29.50 27.50 21.50

Rock-Anzüge . . . 29.50 54.00
Gehrock-Anzüge 36.50 70.00
Lüster-Jacketts . . . 3.75—15.00
Wasch- u. Schilfleinen-Jacketts . . . 2.00—7.50
Loden-Pelerinen . . . 10.50—24.50
Gummi-Mäntel . . . 19.50—45.00

Herren-Beinkleider, Arbeiter-Berufskleidung.

Anfertigung nach Maß in eigenen Werkstätten unter meiner persönlichen Leitung. Prima Sitz u. Verarbeitung.

Salamander
Schuhges. m. b. H., Berlin

Einheitspreis für Damen und Herren M. 12,50
Luxus-Ausführung M. 16,50
Fordern Sie Musterbuch V

Zentrale: Berlin W. 8, Friedrich-Strasse 182

C. Köny-Strasse 47
SW. Friedrich-Strasse 221
C. Rosenthaler Tor
W. Potsdamer Strasse 6
W. Tauentzien-Strasse 15

NW. Wiltschaker Strasse
Ecke Turn-Strasse 9
N. Bad-Strasse 30
Spandau, Brelia Strasse 30
Steglitz, Schloss-Strasse 30

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, den 9. Juli.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues König. Opern-Theater.
Götterdämmerung.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches Reichstags-Theater.
Sammerpiele. Liebeswalzer.
Festung. Kaiserkrone.
Königliche Oper. Der Regiments-
kaplan.
Neues Schauspielhaus. Der
Flieger.
Kleines. Nur ein Traum. (Anfang
7 1/2 Uhr.)
Berliner. Taffun.
Neues Operetten-Theater. Der Graf von
Lugenburg.
Thalia. Charley's Lant.
Gebel. Wenn gehört Helene?
Euph. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schiller O. (Wallner-Theater.)
La Traviata.
Schiller Charlottenburg. Die
von Hochsattel.
Rose. Der Gesundheits-
zustand. Das Leutnants-
mündel.
Metropol. Gallo II — Die große
Revue.
Folies Caprice. Pariser Ehen.
Das Veröhnungsfest. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Apollon. Spezialitäten.
Wasserge. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Prater. Im Reiche des Mars.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Lessing-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Kajernenluft.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taifun.**
Morgen: **Taifun.**

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Lugenburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu er-
mäßigten Preisen: Die Dollarprinzessin.

Lustspielhaus.
Abends 9 Uhr:
Das Leutnantsmündel

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 182.
**Der Gesundheits-
Schwanz** in 3 Akten von
H. D. Weber.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Der
Gesundbeter.
Auf der Gartenbühne: Theater-
Vorstellung. Spezialitäten. Gr.
Konzert. Anfang 4 1/2 Uhr.

Apollon Theater
Anfang 8 Uhr.
Das vollständig neue Programm!
5 Beautés Korinnas 5
Phantasietänzerinnen vom königl.
dänischen Ballett.
Schimpanse - Orang-Utang
als Tandemfahrer.
Holland im Orient.
Operette — ohne Männer — in zwei
Szenen, dargestellt von
18 Holländerinnen
sowie weitere 8 große Debuts.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szenen
gesetzt von Dir. Rich. Schults.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN
La Tortajada
in ihrer neuesten Schöpfung:
„Abenteuer eines Toreros“.
Les Neurs Polonaises
„Ein polnisches Bauernfest“.
Amann
Mimiker und Charakteristiker
sowie
die sensationellen Attraktionen
des Juli-Programms!

Passage-Panoptikum.
Die zusammengewachsenen
Schwestern Blazek
und ihr Kind.
Von 11—1 Uhr mittags
u. von 3—10 Uhr abends zu sehen.
Kein Extra-Entree!
Nur wenige Tage!
Eintritt 50 Pf., Kinder und
Soldaten 25 Pf.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Heute Sonnabend 8 Uhr:
In den Dolomiten.

Passage-Theater.
Der größte Theatererfolg
der spanische
Caruso
Senor Orduna.
Der stimmungswaltigste
Tenor, der je gehört wurde
u. das große Juli-Programm.

Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165 (Paschoppel).
Größte Sehenswürdigkeit
Berlins
Der Mann
mit der eisernen Zunge.
Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds.

Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: **Rudolf Krüger.**
Hasebühl 13/15, vis-à-vis v. Turopl.
Täglich:
**Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.**
Artist. Leitung: Walter Grävenitz,
Kapellmeister: Max Wollheim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 1/2 5 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
**Konzert, Theater,
Spezialitäten.**

**Walhalla-
Variete-Theater**
Weinbergweg 19-20, Rosenthaler Tor.
Abends 8 Uhr:
**Das großartige
Variete-Programm**
Folies Caprice
Anfang 8 1/2 Uhr.
Pariser Ehen.
Der Athlet.
Die keusche Coinette.
Das Veröhnungsfest.

Sommer-Theater
Café Bellevue
am See und
Bahnhof Stralau-Rummelsburg.
Täglich:
* Spezialitäten *
Theater, Konzert.

Volgt-Theater
Geldstr. 58.
Heute Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr:
Ueberr großen Teich.
Gr. Lebensbild mit Gel. und Lang in
4 Abteilungen von Adolf Schillig.
Das große phänomenale
Juli-Programm.
Staffelveränderung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

B B B
Brunnenstraße 10.
Das größte Kino-
Theater Berlins.
Neues Programm.
Eintritt 30 Pf.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Gottscheld-Oper.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gastspiel der Koloratursängerin
Jedlein Margherita Simonetti:
La Traviata.
Sonntag, nachm. 3 Uhr
bei ermäßigten Preisen:
Die Dollarprinzessin.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Förster-Christl.
Schiller-Theater (Charlottenburg).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Auffpiel in 3 Aufzügen von Leo
Walter Stein und Ludwig Keller.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Montag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Täglich: **Große Militär-Konzerte.**
Jeden Dienstag nachmittags 3—6 Uhr:
Frei-Vorstellung
der beliebten
Apollo-Sänger.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Lichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landaberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins.
Bei ungünstiger Bitterung
Schutz für 8000 Personen. — **Täglich:**
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Aufstehen der
besten Turmjeilknister der Welt The Llopolta
sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise
um die Erde in **Saltomortale v. 10 Meter Höhe**
mit dem Fahrrad in den See.
The 3 Blackburns, phänomenaler Luftleiter-Akt. Gr. Erfolg:
Gustav Looser Comp. Sensations-Pantomime, ein Spas in
einer herrlichen Bühnenhall. — **Duet Krill und Gustav**
Müller, Original-Humoristen
mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlegeln und das
neue beste Programm Berlins.
Jeden Sonntag:
Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.

„Pharus-Sommer-Theater“
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt
Berlin N., Müllerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten. Bei Regen im Theatersaal!
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

Luna Park
**TERRASSEN
HALENSEE**
Größter Vergnügungspark
des Kontinents.
Heute Gala-Tag.
2 große Doppel-Feuerwerke.
8 Uhr abends: **Japanisches Tages-Feuerwerk.**
10 Uhr abends:
Pracht-Höhen- und Wasser-Feuerwerk.
Franzer-Konzert unter Leitung des Dirigenten Becker.
* Translateur-Orchester.

Heute Sonnabend
**Gr. Dampfer-
Mondschein - Promenadenfahrt**
mit Lust und festlich lau-
minierten Dampfern nach
Nieder-Schöneweide. Dampfer: Gr. Sommernachtsball. Abf. abends 9 1/2, bis
10 Uhr **Schillingsbrücke** (am Schlei, Bahnh.). Ein u. zurück 50 Pf.

Spree-Garten Treptow.
An der Oberspree. Gegenüber der Sternwarte.
Erstklassiges, größtes Konzert-Etablissement Treptows.
Herrlicher alter Park. Winterterrasse. Große Wasserfront.
Heute Sonnabend, den 9. Juli:
Eröffnung des Riesen-Festsalles
(zirka 2000 Personen fassend).
Festillumination des ganzen Etablissements.
Große Schlacht-Musik, ausgeführt von d. gesamten Kapelle
des Garde-Grenadier-Regiments No. 6,
unter Mitwirkung des Tambour-Korps.
Leitung: Königl. Obermusikmeister Knäfel.
Anfang 8 Uhr. Entree 25 Pf.
Großer Einweihungs-Ball.
2 Tanzmeister. Balkmusik der Hauskapelle. 2 Tanzmeister.
Um 11 Uhr: Große Fest-Präsent-Polonaise.

Abfahrtsstelle
Schillingsbrücke
am Schließigen Bahnhof.
Morgen Sonntag
Wollersdorfer Schleuse. Ein 50,
rück 2 1/2 Uhr nach — 1/2 50 Pf.

**SPREE-HAVEL-
Stern
DAMPFSCHIFFFAHRT-
GESELLSCHAFT**
Heute abend (9.30 Uhr ab Wannawerderbrücke
9.45 Uhr ab Schließiges Tor
mit Lust (30 Mann in Uniform)
Mondschein - Promenadenfahrt
zum Blumenfest nach **Tabberts Waldschloß.**
Garten-Konzert. Ball. Rückfahrt 5 Uhr früh.
Fahrpreis bei freiem Konzert-Entree 50 Pf.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich **Doppel-Konzert.**
Eintritt: 10—6 Uhr 1 Pf., u. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Danert. 6 Pf.

Große Ausstellung
für Bauminde u. Feinkeramik
Baumschulenweg bei Berlin.
Stadtbahnstation, 20 Minuten
vom Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich von 10—8 Uhr geöffnet.
Eintritt 1 M., Sonntags 50 Pf.
Vereine erhalten Ermäßigung.
Schluß der Ausstell. 18. Juli.
Heute Eintritt 50 Pf.

**ZOO-
LOGISCHER
GARTEN**
Täglich:
**Großes Militär-
Doppel-Konzert**
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

**Ausstellungshallen-
Kino am Zoo**
Nachm. 6 Uhr: Mit Sven Hedin
durch Zentral-Asien.
0.20, 0.30, 0.50, 1 M.
Abends 8 Uhr: Mit Sven Hedin
durch Zentral-Asien.
Samstag. 0.50, 1.—, 2.—, 3M.
Für Abends: Vorverkauf
bei Wertholm, Leipzigerstraße
und sämtlichen Vorverkaufs-
stellen.

**CIRCUS
CyrillHalle**
Das Monstrum aller europäischen Zirkusse
Nur noch wenige Tage!
Rixdorf-Berlin, Pflügerstr.
u. Pannierstr.-Ecke.
Telephon: Rixdorf 506.
Heute abend 8 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
mit allen Attrakt., u. a. Kurt
Just, Schulz, Chong-Jh, heilige
chines. Zauber. u. Zopfabrob.,
Cento Seranos, Löwen der
Wildnis, Gerhardt Mohr, König
der Springer, Cory u. Rottio,
urdroll. singende Parodisten,
und vieles andere mehr.
Circus Hatlo liegt 4 Min. v.
Hochb. Kottbusser Tor entfernt
u. die Straßenbahnen 94 u. 58
fahren hin.

Puhmanns Theater
Schönh. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.
Wohltätigkeitsfest
zum Besten der
Deutschen Bühnen-Genossenschaft.
Puhmanns Theater
steht Kopf.
Gelegenheitsstück von ...
Aufstehen des gesamten erstklassigen
Spezialitäten-Personals.
Anf. 7 1/2 Uhr. Ende 1. Entree 30 Pf.

Königstadt-Kasino.
Dolmartsch. 27, Ecke Alexanderstr.
(Inhaber: Max Schindelhauer).
Im herrlichen Naturgarten täglich:
Luci Bernhardt, Oper-Soubrette.
The Lanzas, Argentino-Akrobatic-
Tänzer. — Gustav Bonak, moderner
Humorist. — Bornhardt u. Martens:
„Die Nacht des Walzers“.
Anf. Wochent. 7 1/2, Sonnt. 8 Uhr.

Schweizer Garten
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- u. Spez.-Vorstellung.
U. a.: **Filtters Wanderzirkus.**
Jeden Abend **Prinz Pinne.**
1/2, 10 Uhr.
Gr. Ausstatt.-Oper. m. Ballett.
Jeden Mittwoch: **Klosterfest.**
Volksbelustigungen, Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Volksgarten-Theater
träger Weimann.
Badstr. 8, Behm- u. Belfmannstraße.
Täglich: **Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.** Das neue
Riefenprog. Zur Ausführung gelangt:
Robert und Bertram.
Bosse mit Gesang u. Tanz in 4 Akten.
Jed. Donnerst.: Gr. Brillant-Feuerw.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Täglich:
Im Reiche des Mars
Spezialitäten, Konzert u. Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Künstler b. Landstraße.
Urf. Darsteller von Weysel.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Woodt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

**Victoria-
Brauerei, Ullowst. 111/112**
Im Garten oder Saal: Täglich
Gr. humorist. Soiree.
(Gesangsbeiträge, Theater und
Variete-Vorstellungen).
Sonntags, Dienstag, Donnerstag,
und Sonnabend: **Tanzkränzchen.**
Anf.: Wochentags 8, Sonntags
7 Uhr. — Alle Bands gütlich.
Im Restaurant: Mittagslich 75 Pf.
Gr. u. K. Säle zu Festlichkeiten
aller Art. Max Saeger.

Innungshaus E. Mißler
Kalkberge Rixdorf, Schulstraße 45.
Großer schattiger Garten mit
Halle. Großer Parkett-Saal.
Jeden Sonntag: **Tanz-
Kaffeehaus, Regeltänze.**
Für Vereine und Gesellschaften
hulante Bedingungen. (Scheine
keine Preile.) **Dampferanlegestelle**
direkt am Kanal.

Berliner Uk-Trio.
Felix Schoner Stralauerstr. 1
Soeben erschienen:
Die große Ansperrung
und die
Zukunft der Arbeiterkämpfe
im Reich.
Von **Parvus.**
Preis ... 50 Pf.

Taschen-Atlas
zur **Alkoholfrage.**
Legt von Dr. med. **Hollischer.**
Preis ... 1.00 M.
Gebunden ... 1.50 M.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW., Lindenstr. 69
(Raden).
Für den Inhalt der Inzerate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

A. Jandorf & Co

Belle-Allianzstrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Sowett Varrat

Lebensmittel

Kaffee Mischung I 88 Pf. II 95 Pf. III 1.15 Pf.
Haushalt-Schokolade Pfund 68 Pf.
Kakao Pfund 80, 95 Pf.

Cervelatwurst Pfund 1.20
Salamwurst Pfund 1.20
Teewurst Pfund 1.20
Knoblauchwurst Pfund 1.20
Schinkenwurst Pfund 1.20
Plockwurst Pfund 1.20
ff. Leberwurst Pfund 1.05
Landleberwurst Pfund 95 Pf.
Rotwurst I Pfund 75 Pf.
Schinkenspeck Pfund 1.15
Nusschinken Pfund 1.30

Blaubeeren Pfund 20 Pf.
Aprikosen Pfund 37 Pf.
Pflaumen Pfund 23 Pf.
Stachelbeeren Pfund 18 Pf.
Johannisbeeren Pfund 22 Pf.

Tomaten Pfund 20 Pf.
Erdbeeren Pfund 30 Pf.
Citronen Dutzend 30, 40 Pf.
Himbeer- od. Kirschsaff 95, 48 Pf.
Pudding-Pulver 5 Pakete 28 Pf.

Schweizer Käse Pfund 88 Pf.
Tilsiter Käse Pfund 58 Pf.
Edamer Käse Pfund 78 Pf.
Romatour Stück 25 Pf.
Neuchateller Stück 19 Pf.
Camembert Stück 19 Pf.

Matjes-Heringe Stück 8, 10 Pf. Räucher-Aale Stück 15, 25 Pf. Räucher-Aale Bund 42 Pf.
Junge Gänse Pfund 64, 68 Pf.
Brathühner 75 bis 1.25
Suppenhühner 1.75, 2.25
Junge Enten 2.00, 2.50

Grüne Gurken Stück 5, 8 Pf.
Grüne Bohnen Pfund 12 Pf.
Wirsing Kohl Kopf 7 Pf.
Pfefferlinge Pfund 28 Pf.
Kohlrabi Mandel 5, 10 Pf.
Junge Karotten 4 Bund 10 Pf.
Neue Kartoffeln 5 Pfund 25 Pf.



Heute letzter Tag

Es versäume Niemand von dieser äusserst günstigen Einkaufsgelegenheit ausgiebigsten Gebrauch zu machen.

Man verlange bei Einkäufen Rabattmarken

I. Ziehung I. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 6. Juli, vormittags.

Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

33 55 87 117 331 77 800 423 373 712 71 57 843

43 390 1009 190 639 2511 774 924 3009 493 955 93

14040 43 392 818 55 974 15000 [300] 93 199 [100]

352 594 622 951 95 16004 101 70 275 400 549 896

17384 581 87 806 703 832 [100] 72 18703 35 [100]

77 818 [400] 836 19011 187 407 45 624 938 51

23063 315 [400] 21100 317 32 424 514 30 22817 664

27 495 555 602 797 25097 82 360 63 633 791 93 925

[100] 26045 94 140 300 414 680 826 30 63 917 27138

81 709 70 78 414 806 65 68 28986 360 84 351 432 81

[100] 609 800 29234 77 502 9 21

30045 155 500 834 31133 [100] 72 242 400 549 606

43 727 32041 368 810 33118 95 617 67 731 813 42

34300 43 807 807 77 87 35121 341 833 343 44 36054

83 729 498 606 973 37344 627 24 598 38048 107 354

39108 59 498

40141 709 446 500 633 41293 419 91 763 80 42010

309 637 739 315 [100] 72 45 80 820 43070 100 318 47

420 853 728 30 95 879 948 44093 44 62 154 293 531 759

474 938 71 45074 55 130 [100] 45 804 65 86 706 58

86000 124 75 203 772 879 47092 128 351 340 699 832

82 912 45043 314 81 329 55 791 93 892 49136 304 9

407 523 615 898 607 83 88

50087 32 177 684 694 700 [300] 895 820 88 51029

83 318 51 502 77 905 52927 480 916 33 53371 861 54181

313 69 337 673 78 730 972 55310 430 855 754 877 56124

342 [100] 674 449 79 882 820 46 61 [100] 57199 623 33

728 893 58012 542 46 357 418 669 781 833 56 59151

123 569 607 847 800

60008 330 334 606 717 803 94 969 61100 38 468

306 41 621 62327 737 63364 85 161 219 80 401 641

777 82 841 971 64075 180 823 56 96 [100] 436 553 673

65600 149 74 310 [100] 66355 443 567 667 761 857

67019 37 131 83 577 758 68248 448 683 71 600 948 79

69027 369 77 313 325 45 91 [100] 93 691

70028 301 32 406 41 517 71028 68 55 [100] 253

357 421 70 521 97 783 92 901 [100] 72097 399 400 32

783 73017 [100] 200 [100] 875 717 871 965 740 261

87 488 93 638 812 84 75303 25 454 529 33 44 614 76180

343 333 533 674 79 739 77 77422 621 78902 400 415 317

48 753 909 79119 370 618 799 660

80110 70 700 31 [100] 44 393 451 560 680 716 47

890 81964 720 66 353 537 62 646 748 82068 292 543

843 90 83 83074 115 28 37 280 426 512 77 89 705 54 885

110 [100] 71 48 86 98 84018 42 46 36 318 65 [100] 645

845 85183 [100] 303 467 901 84081 33 600 794 44 848

I. Ziehung I. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 6. Juli, nachmittags.

Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

15 100] 306 221 64 319 449 984 69 1105 432 559 708

880 2047 69 370 442 719 29 3348 434 47 528 603 [100] 4094

98 202 659 814 18 5014 16 119 254 444 521 656 6072 89

[100] 270 738 50 54 695 84 947 7015 67 236 65 574 611 743

605 3328 335 65 486 9901 102 413 833 [100] 981

10286 211 694 758 850 919 69 11353 [100] 244 605 821

12000 47 [100] 92 250 [100] 633 [100] 628 13128 261 84

462 840 77 934 [100] 14401 [100] 718 51 89 947 15406

513 713 608 980 16190 584 904 9 32 17172 218 324 40

508 31 742 684 18283 303 61 408 647 603 37318 453

19098 167 729 618 37 956

20015 101 97 528 21008 180 334 409 517 84 677 884

22148 367 23198 [100] 351 490 [100] 81 514 713 836 32

65 83 359 24028 217 21 68 648 848 202 53 50 25111 459

67 942 26223 62 74 316 621 77 807 27107 15 375 458 583

632 827 28087 [100] 352 461 637 864 84 297973 74 139 626

736 694 46 74 953

30254 511 607 739 43 [100] 849 80 900 31141 70 229

821 [100] 355 886 635 32015 133 307 407 503 605 71 89 738

47 52 33045 73 180 53 310 55 468 659 771 664 96 906

34213 32 301 82 624 791 833 313 35147 86 323 306 864

36158 28 273 81 200 [100] 699 775 838 56 809 37318 453

75 943 68 38018 213 585 743 938 75 39021 287 371 83

81 400

40062 69 508 37 [100] 70 693 623 996 [100] 41092

110 30 354 546 446 66 531 705 964 42082 67 122 62 328

487 602 600 909 43000 [100] 43 65 209 84 267 506 [100]

44332 734 45192 402 602 623 83 705 906 46080 81 67

244 336 [100] 844 308 745 846 637 65 47374 443 87

[100] 706 69 827 48245 908 49064 63 73 174 314 422

806 853

50024 68 103 225 761 62 664 973 51096 114 395 500

741 841 52149 324 [100] 358 444 537 [100] 69 661 66 [100]

813 820 850 951 53080 487 734 327 33 49 53 54007 302

646 94 97 908 55338 410 20 510 506 70 56200 83 222 728

80 800 57011 145 218 625 800 97 58300 6 512 87 648 563

807 59033 308 210 388 51 534 819

60102 469 670 [100] 678 762 61718 23 368 736 55

62261 745 63118 46 389 497 324 614 702 945 60 84061

87 108 19 320 25 26 979 634 [100] 724 79 856 72 903 17

65180 223 600 62 729 68 809 13 66028 688 674 6137 452

68380 403 507 711 862 902 69005 45 283 841 600 500

721 812

7005 218 889 71069 [100] 361 330 439 617 907

72341 307 470 887 788 853 806 73006 362 481 986 74103

813 476 759 816 299 19 75024 153 46 436 600 39 39 628

I. Ziehung I. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 6. Juli, nachmittags.

Nur die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

15 100] 306 221 64 319 449 984 69 1105 432 559 708

880 2047 69 370 442 719 29 3348 434 47 528 603 [100] 4094

98 202 659 814 18 5014 16 119 254 444 521 656 6072 89

[100] 270 738 50 54 695 84 947 7015 67 236 65 574 611 743

605 3328 335 65 486 9901 102 413 833 [100] 981

10286 211 694 758 850 919 69 11353 [100] 244 605 821

12000 47 [100] 92 250 [100] 633 [100] 628 13128 261 84

462 840 77 934 [100] 14401 [100] 718 51 89 947 15406

513 713 608 980 16190 584 904 9 32 17172 218 324 40

508 31 742 684 18283 303 61 408 647 603 37318 453

19098 167 729 618 37 956

20015 101 97 528 21008 180 334 409 517 84 677 884

22148 367 23198 [100] 351 490 [100] 81 514 713 836 32

65 83 359 24028 217 21 68 648 848 202 53 50 25111 459

67 942 26223 62 74 316 621 77 807 27107 15 375 458 583

632 827 28087 [100] 352 461 637 864 84 297973 74 139 626

736 694 46 74 953

30254 511 607 739 43 [100] 849 80 900 31141 70 229

821 [100] 355 886 635 32015 133 307 407 503 605 71 89 738

47 52 33045 73 180 53 310 55 468 659 771 664 96 906

34213 32 301 82 624 791 833 313 35147 86 323 306 864

36158 28 273 81 200 [100] 699 775 838 56 809 37318 453

75 943 68 38018 213 585 743 938 75 39021 287 371 83

81 400

40062 69 508 37 [100] 70 693 623 996 [100] 41092

110 30 354 546 446 66 531 705 964 42082 67 122 62 328

487 602 600 909 43000 [100] 43 65 209 84 267 506 [100]

44332 734 45192 402 602 623 83 705 906 46080 81 67

244 336 [100] 844 308 745 846 637 65 47374 443 87

[100] 706 69 827 48245 908 49064 63 73 174 314 422

806 853

50024 68 103 225 761 62 664 973 51096 114 395 500

741 841 52149 324 [100] 358 444 537 [100] 69 661 66 [100]

813 820 850 951 53080 487 734 327 33 49 53 54007 302

646 94 97 908 55338 410 20 510 506 70 56200 83 222 728

80 800 57011 145 218 625 800 97 58300 6 512 87 648 563

807 59033 308 210 388 51 534 819

60102 469 670 [100] 678 762 61718 23 368 736 55

62261 745 63118 46 389 497 324 614 702 945 60 84061

87 108 19 320 25 26 979 634 [100] 724 79

Wie steht's mit der Arbeiterversicherung?

Dies Thema besprachen am Donnerstagabend in Groß-Berlin 8 öffentliche politische Versammlungen.

Im Gewerkschaftshaus, dessen großer Saal überfüllt war, sprach Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt. Nach den letzten Geschäftsberichten, führte er u. a. aus, hätten wir jährlich in Deutschland allein 980 000 Rentenempfänger. Das bedeute, daß 980 000 Menschen im Dienste der Arbeit Schaden erlitten hätten an ihrer Gesundheit, an ihrem Wohlergehen. Ganz abgesehen von den Geistes- und hilflos Zurückgebliebenen. Allein im Jahre 1907 hatten wir 144 708 Personen, die der Unfallversicherung zur Last gefallen sind, und davon seien 1856 vollständig erwerbsunfähig gewesen, während nicht weniger als 8815 Personen durch Betriebsunfälle getötet waren. Sie hinterließen 20 525 Hinterbliebene, die sie ernährt oder doch zum Teil ernährt haben. Das gebe uns einen Einblick in die gewaltige Zerstörung von Menschennatur, die Jahr aus, Jahr ein vorwomme. Dazu nehme man die kolossale Zahl der Invaliden- und Altersrentner (887 000 und 108 000). Wohl sei der Etat der Arbeiterversicherung riesig angeschwollen, aber auf alle verteilt, komme auf den einzelnen ein dürftiger Betrag. So umfaßte z. B. 1907 die Durchschnitts-Invalidenrente 166 Mark. Heute gebe der Staat 40 Millionen Mark Zuschuß zur Invalidenversicherung. Die Summe müsse erhöht werden. Sie höre sich allerdings schon an — für den, der unseren Reichsstat nicht kenne. Dieser umfaßte 2 Milliarden 600 000 Mark, wovon der höchste Betrag für Militärzwecke verwandt werde. Demgegenüber seien 90 Millionen eine äußerst geringe Summe. Nachdem Redner noch das heuchlerische Getöse der Industriellen über ihre Belastung ins rechte Licht gerückt hatte, ging er in seinen Ausführungen über auf die „große Reform“ der Arbeiterversicherung, die die Reichsversicherungsordnung bedeuten solle. Er schloß mit einer energischen Ermahnung an die Versammelten, in starken politischen und gewerkschaftlichen Organisationen einen Rückhalt zu schaffen für die immer schwerer werdenden Kämpfe für Fortschritte in der Sozialpolitik. (Stürmischer Beifall.)

Die Versammlung in der Hasenheide füllte den großen Saal des „Hoffjägerpalaß“ bis auf den letzten Platz. Auch die Frauen waren zahlreich erschienen, um ihre Meinung über die Reichsversicherungsreform kund zu tun. Hier sprach Reichstagsabgeordneter Karl Giebel, das Thema des Abends zu behandeln begann, sah und standen die 2000 Zuhörer Kopf an Kopf gedrängt. Ergriffen lauschten sie in der drückend schwülen Atmosphäre des Saales den mehr als 1 1/2 stündigen Ausführungen des Redners. In ergreifenden Worten schilderte er die Lebensgeschichte der Arbeiterklasse, die proletarisiert durch die kapitalistische Produktionsweise, Leben und Gesundheit im Dienste der bestehenden Klasse opfern muß. Gegen eine solche Reform der Arbeiterversicherung, wie sie die Regierung und die Mehrheitsparteien des Reichstags wollen, müsse die Arbeiterklasse mit aller Macht protestieren. Tausender Beifall durchbrauste nach beendigter Rede den Saal.

Im „Althaus“ in der Landstraße war die Versammlung schon gegen 1/2 Uhr so stark besucht, daß die Tische aus dem Saale entfernt werden mußten. Als um 9 Uhr der Referent, Genosse Karl Giebel, das Thema des Abends zu behandeln begann, sahen und standen die 2000 Zuhörer Kopf an Kopf gedrängt. Ergriffen lauschten sie in der drückend schwülen Atmosphäre des Saales den mehr als 1 1/2 stündigen Ausführungen des Redners. In ergreifenden Worten schilderte er die Lebensgeschichte der Arbeiterklasse, die proletarisiert durch die kapitalistische Produktionsweise, Leben und Gesundheit im Dienste der bestehenden Klasse opfern muß. Gegen eine solche Reform der Arbeiterversicherung, wie sie die Regierung und die Mehrheitsparteien des Reichstags wollen, müsse die Arbeiterklasse mit aller Macht protestieren. Tausender Beifall durchbrauste nach beendigter Rede den Saal.

Auch die Versammlung im Germaniaaal (Chausseestraße) zeigte schon durch ihren ungewöhnlich starken Besuch, welche reges Interesse die Arbeiterklasse an der gesetzgeberischen Gestaltung der Arbeiterversicherung nimmt, und daß sie es nicht schweigend mit ansehen will, wie Regierung und Mehrheitsparteien daran arbeiten, diesen Zweig der Sozialgesetzgebung so zu „reformieren“, daß die berechtigten Ansprüche der Arbeiterklasse dabei in jeder Hinsicht zu kurz kommen. — Der große Saal samt der geräumigen Galerie waren von einer aus Frauen und Männern bestehenden lebhaft interessierten Zuhörerzahl so dicht besetzt, daß viele mit Stühlen vorlieb nehmen mußten. — Der Referent, Genosse Linz, zeigte bei der sachkundigen Betrachtung der Vorlage, daß sie den Grundfragen einer wirklichen sozialen Fürsorge nicht entspricht, daß die Regierung nicht die Wünsche der Arbeiter, sondern die Forderungen der gewöhnlichen Arbeiterfeinde, des Zentralverbandes der Industriellen, zu erfüllen bemüht ist. Nachdem jetzt mehr als ein Vierteljahrhundert gescheiter Arbeiterversicherung hinter und liegt, muß man sagen, daß von den großen Versprechungen, mit denen sie eingeleitet wurde, fast nichts erfüllt worden ist. Nicht im Vertrauen auf die Regierung, sondern nur im Vertrauen auf die eigene Kraft kann die Arbeiterklasse eine soziale Gesetzgebung, die diesen Namen verdient, erlangen. — Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen.

1200 Personen waren in „Friedrichs Theater“ in der Schönhauser Allee versammelt. Schon frühzeitig war der große Saal bis auf den letzten Platz besetzt. Auch von der Galerie herab lauschten dichtgedrängt Männer und Frauen den sachkundigen Ausführungen des Genossen E. Bauer. In lautloser Stille folgte die Versammlung dem Referat. Mit gründlicher Sachkenntnis ging der Redner auf die schwierige Materie der Reichsversicherung ein und bearbeitete das reichhaltige Material in einer Weise, daß es jedem einzelnen Zuhörer möglich war, Punkt für Punkt zu folgen. Aus der Fülle seiner reichen Erfahrungen wählte Genosse Bauer Beispiele ein, die eine treffliche Illustration zu den „Sagungen“ unserer sozialen Gesetzgebung bildeten. Mehrmals lösten seine Ausführungen allseitige Heiterkeit aus, wenn der Referent besonders groteske Beispiele anwendete. Unter allen Umständen, erklärte Genosse Bauer bei der Besprechung des Krankenkassenwesens, müssen wir bei der Forderung verharren, daß eine Zentralisation aller Krankenkassen geschaffen werde. Die Regierung begreife jedoch, die Zersplitterung auf diesem Gebiete beizubehalten. Solange die Arbeiterversicherung bestesse, sei noch kein so niederträchtiges Attentat auf dieselbe unternommen worden, als wie diesfalls. Die Arbeiter sollen eben auch sozialpolitisch entrechtet werden. An Freiheit und Verhöhung ließe dieser Entwurf nicht hinter der letzten preussischen Wahlrechtsvorlage zurück. Redner schloß mit dem Wunsche, daß die Arbeiter sich von nun an mehr als bisher um diese Fragen kümmern, dann sei der Entwurf nicht umsonst gewesen. Eine Diskussion folgte dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat nicht.

Die Versammlung in Rigdors, die in Hoppes Festsälen in der Hermannstraße stattfand, war ebenso stark besucht, wie die große Protestversammlung zwei Tage vorher. Männer und Frauen füllten den Saal wie den Vorraum und die Galerie. Mit großer Aufmerksamkeit lauschten sie dem über eine Stunde währenden Vortrag von Rudolf Wisfel, der die sogenannte Reform der Arbeiterversicherung einer scharfen Kritik unterzog. Nicht selten gewann der Redner lebhafteste Zustimmung aus der Versammlung, wenn er die Rücksichtnahme der Vorlage auf das Internektum und den Mittelstand hervorhob, wenn er allerlei Widersprüche aufdeckte oder die bürokratische Auslegung vieler Bestimmungen über die Versicherung, besonders Anfälle betreffend, schilderte. Den verprochenen Ausbau der Sozialgesetzgebung bringe der Entwurf durchaus nicht, sondern im Gegenteil noch Verschlechterungen. Und dennoch müsse man sehen, daß große Scharen von Arbeitern den reaktionären Parteien, denen dieser Entwurf noch zu viel für die arbeitende Klasse bringt, Gefolgschaft leisten. Da sei noch viel

Aufklärung nötig, und die Vorlage der Regierung biete genügend Material zur Agitation, was benutzt werden sollte, um die Fürsorge der Regierung durch diesen „Ausbau“ der Sozialgesetzgebung ins rechte Licht zu stellen. — Lebhafter Beifall folgte dem Vortrage. In Treptow und in Adlershof fanden ebenfalls gut besuchte Versammlungen statt, in denen die Genossen Gustav Rathow und Emil Wukly referierten.

In allen Versammlungen wurde einstimmig die nachstehende Resolution angenommen:

„Die Versammlung hat eingehend Stellung zum Entwurf der Reichsversicherung genommen. Sie kann in der geplanten Neuordnung der Arbeiterversicherung nicht nur keinen Fortschritt erblicken, sondern eine zum Teil ganz wesentliche Verschlechterung des Bestehenden.“

Der Entwurf sieht die seit Jahren von Sachmännern, Sozialpolitikern und Verehrten und auch im Jahre 1908 vom Reichstag geforderte Verschmelzung der drei Versicherungsweige nicht vor. Die hierbei angegebenen Gründe wirken überaus überzeugend. Bei dem Stande der heutigen Versicherungswissenschaft und technischer organisatorischer Schwierigkeiten, von denen die Begründung spricht, bei erster Absicht zu lösen.

Soweit es sich um die Zentralisation des Krankenkassenwesens handelt, bleibt der Entwurf weit hinter den berechtigten Erwartungen zurück. Statt der im Interesse der Versicherten notwendigen zentralisierten Orts- bezw. Bezirkskrankenkassen sieht er wieder sechs verschiedene Kassenarten vor, die für denselben Ort bezw. Bezirk nebeneinander Existenzberechtigung haben sollen.

Von diesen lassen drei (Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen) wieder eine weitere Zersplitterung nach Betrieben oder Bezirken zu.

Unverhört ist es, daß den in den geplanten Landkrankenkassen zu versichernden Personen jegliche Rechte vorenthalten werden und die ihnen zugehörigen Bezüge hinter den allgemeinen Leistungen der Kassen zurückbleiben sollen.

Die Versammlung fordert, daß die landwirtschaftlichen, staatlichen, kommunalen und seemannischen Arbeiter, die Dienstreiter, die Hausgewerbetreibenden und die im Wandergewerbe Beschäftigten den gewerblichen Arbeitern gleichgestellt werden.

Den entschiedensten Protest erhebt die Versammlung auch gegen die auf dem Gebiete der inneren Verwaltung des Krankenkassenwesens geplante völlige Vernichtung der Selbstverwaltung, obwohl diese erst den Krankenkassen wirklichen Inhalt und Wert gegeben hat. Ohne freie Selbstverwaltung entfällt für Versicherte und eine große Zahl Beteiligten jedes Interesse am Ausbau der Versicherungseinrichtungen. Dieses Interesse ist um so mehr zu pflegen, als der Entwurf jede Erweiterung der Leistungen vermissen läßt. Die Erweiterung ist in der Richtung einer Erhöhung der Bezüge, der Einführung einer allgemeinen Mutterkassenversicherung und der Erweiterung der Familienhilfe dringenden Erfordernis. Diese Mängel werden nicht dadurch ausgeglichen, daß der Kreis der versicherten Personen eine Ausdehnung erfahren hat.

Die vom Entwurf auf dem Gebiete der Unfallversicherung vorgesehene Aenderung, wonach Renten auf Zeit gewährt werden sollen und anstatt des Refurses die Revision treten soll, ist eine so erhebliche Verschlechterung, daß ihr gegenüber die minimale Ausdehnung des Kreises der Versicherten nicht in Betracht kommen kann. Die Verschlechterung wirkt um so empfindlicher, als alle seit Jahren von den Versicherten geforderten Verbesserungen, namentlich ihre Beteiligung an der Verwaltung völlig unbeachtet geblieben sind.

Die Versammlung fordert, daß auf dem Gebiete der Invalidenversicherung den heutigen Verhältnissen entsprechend weitere Lohnklassen eingeführt werden, daß eine Erhöhung der Renten und eine Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente eintritt. Die Einführung weiterer Lohnklassen würde auch zugleich den Weg zeigen, auf dem die Versicherung der Privatangestellten durchzuführen ist. Eine Sonderversicherung der Privatangestellten lehnt die Versammlung unter allen Umständen ab.

Die geplante freiwillige Zusatzversicherung kann als wesentlicher Fortschritt nicht betrachtet werden, denn die Verhältnisse und Bedingungen, unter denen die Mehrzahl der Versicherten zu leben gezwungen ist, schließt die Benutzung der Zusatzversicherung für sie aus.

Die vom Entwurf vorgesehene Witwen- und Waisenversicherung entspricht nicht den berechtigten Erwartungen. Eine ihren Namen wirklich verdienende Hinterbliebenenfürsorge muß eine, wenn auch nur bescheidene Lebenshaltung ermöglichen. In jedem Falle muß sie die Gewähr bieten, daß die Rentenbesitzer nicht der öffentlichen Fürsorge anheimfallen. Unannehmbar erscheint im Entwurf die Beschränkung der Gewährung der Witwenrente an invalide Witwen.

Zu den Kosten der Hinterbliebenenversicherung sind auch die gleichen Kreise heranzuziehen, die von der als Folge der Einführung dieser Versicherung eintretenden Verminderung der Armenkosten entlastet werden.

Die Versammlung ist weiter der Meinung, daß die Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber für alle Zweige der Versicherung in direkter und geheimer Wahl auf Grund des Verhältniswahlstems zu wählen sind und allen Versicherten, ohne Unterschied des Geschlechts und der Staatsangehörigkeit, das aktive und passive Wahlrecht zu gewähren ist.

Die Versammlung eruchtet den hohen Reichstag, die Vorlage der Verbündeten Regierungen im Sinne dieser Resolution so zu ändern, daß sie als Dokument wirklicher, wahrer Sozialpolitik gelten kann.“

Schon am Dienstagabend nahm die Charlottenburger Arbeiterklasse in einer stark besuchten Versammlung im Volkshause zu der Frage Stellung. Der Referent, Genosse Peter Hansel, schilderte eingehend die Verschlechterungen, die man besonders bei der Kranken- und Unfallversicherung plane, und legte weiter dar, daß auch die Beibehaltung der bisherigen Normen bei der Invalidenversicherung die Arbeiter schwer benachteilige. Auch die als ein so großer Fortschritt gepriesene Witwen- und Waisenversicherung sei so unzulänglich, daß man fast von einer Verhöhnung sprechen könne. — In der Diskussion wies Genosse Dr. S. Rosenfeld darauf hin, daß auch durch dieses Gesetz wieder der Geist des Verantwortungsgehe, denn die ganze Reform laufe schließlich doch bloß darauf hinaus, an Stelle der aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen und mit den Arbeitern fühlenden Beamten Militär- anwärter und ehemalige Offiziere zu setzen. Wenn irgendwo, dann treffe bei dieser Art sozialpolitischer Gesetzgebung das Wort Sozialdarwinismus zu, daß es auf keinem Gebiete mehr Heuchelei gäbe, als auf dem der Sozialpolitik. — Zum Schluß wurde auch hier einstimmig die oben mitgeteilte Resolution angenommen.

Eine Versammlung für Steglitz-Friedenau fand auch im „Reinhold“ zu Friedenau statt und war von circa 400 Personen besucht. Das Referat des Genossen Rodenzer wurde beifällig aufgenommen, auch die Resolution fand einstimmige Annahme.

Ein Streikbrecher-Agent.

Eine Unterhaltung mit einem Agenten der Firma August Müller-Wandsbel auf seiner Heimreise von Vossam nach Hamburg am Sonntag, den 3. Juli, schildert Genosse Fr. Seeger in der „Schmeide-Zeitung“.

Er erzählt: „Ich mußte, als ich von Vossam kam, in Bremen umsteigen, um den D-Bug nach Hamburg zu benutzen. Mir gegenüber hatte

schon ein Herr mit einem jungen Hund, den ich erst für einen Wolfshund hielt, Platz genommen. Mit Rücksicht darauf, daß ich sehr wenig Hundeverstand besitze, frag ich den Herrn, zu welcher Rasse dieses Tierchen gehöre, und erfuhr, daß es ein Polizeihund sei. Der Preis betrug 40 Mark und die Dressur desselben besorge er selbst, da er in diesem „Fach tätig“ sei. In meiner Annahme, daß ich es mit einem Angestellten der Polizei zu tun hätte, brach ich die Unterhaltung ab und nur erst durch das Erscheinen des Zugführers, der verlangte, daß der Hund im Gepädwagen untergebracht werden müsse, brachte die Unterhaltung wieder in Fluß.

Der Herr erzählte, daß der Hund auf den Mann abgerichtet werden sollte, da er ihn als Schutz gegen die Streikenden gebrauchte. Einen solchen Hund habe er schon und dieser sei so scharf, daß er einem Menschen die Kleider vom Leibe reiße. Er kam gerade von Delmenhorst, wo er einen Streik in der Karosierfabrik „erledigt“ hatte.

Und nun gab der Herr eine eingehende Schilderung dieses Streiks und durch die Fragen, die ich an ihn richtete, erfuhr ich auch alles, was ich wissen wollte. Er beklagte sich recht bitter, daß die Polizei und namentlich die Delmenhorster ihn nicht genügend unterstützt habe. Er hatte verlangt, daß an einem Tage verschiedene Straßen in Delmenhorst, die von den Arbeitswilligen passiert werden mußten, polizeilich gesperrt würden. Die Polizei weigerte sich anfangs und erst auf seine Drohung, daß er sich sofort telegraphisch an den Minister wenden würde, hatte er den gewünschten Erfolg. Jetzt ist die Polizei so klein geworden und es klappt so, wie er es gewünscht hatte. Auf meine Frage, ob denn der Streik erledigt sei, antwortete er bejahend. Am Sonnabend sei schon ein Herr vom gelben Verband aus Berlin dagesessen und habe eine Versammlung abgehalten. Ueber 170 Aufnahmen sind gemacht und ein Vorstand gewählt, so daß seine Mission also dort erledigt wäre. Ich frag dann weiter, ob von den Streikenden auch wieder welche eingestellt würden; er erwiderte, daß Herr Thönies, der Betriebsleiter, es machen wollte, er aber dann mit seinen Arbeitswilligen sofort abzuziehen würde. Sollte er aber einige gebrauchen, dann müssen diese ihre Verbandsbücher vor seinen Augen zerreißen, anders könnten keine eingestellt werden.

Weiter erzählte der Herr, daß sie am Donnerstag in Delmenhorst eine kleine Straßenschlacht geliefert hätten. Die Arbeitswilligen seien mit Gummischläuchen ausgerüstet, da sie keine Revolver mehr tragen dürften. Ein Mitreisender frag, ob davon nichts in die Zeitung käme, er hätte doch nichts davon gelesen und erhielt dieser zur Antwort, „daß das nicht breitgetreten werden sollte“. Auch die Geschäftsleute hätten für die Arbeitswilligen keine Lebensmittel liefern wollen, aber er hätte sie doch klein bekommen. Heute ist ein Bäckermeister da, der die Woche für circa 400 Mk. Ware liefert. Ein Schlachtermeister liefert alle Woche für circa 600 Mk. Der Kontinentalwirt wollte erst nicht anbeifen, aber diesen habe er darauf aufmerksam gemacht, daß er dann die Kontinentalverwaltung nicht bekomme.

Nun wollte ich doch wissen, was er für seine aufopfernde Tätigkeit erhielt und stellte die Frage, ob sie dem Arbeitgeberverband unterläßt würden. Dies verneinte er selbstverständlich und betonte, daß der bestreikte Fabrikant ihm als „Kontrollleur“, wie er sich geschmackvoll ausdrückte, pro Tag 30 Mk. bezahlen müsse. Krupp habe kürzlich 4 1/2 Millionen an den Arbeitgeberverband bezahlt, die zum Schutz der Arbeitswilligen verbraucht werden sollen. In diesem Betriebe, also bei Krupp, sind die Gelben schon so stark, daß die Roten nichts mehr unternehmen könnten. Dasselbe wäre bei Siemens u. Schudert der Fall und die Roten, die in diesem Betriebe noch drin sind, sollen nach und nach auch raus. Es müsse auch mal aufgeräumt werden, denn die Streiks nehmen ja überhand. Sie hätten allein 23 Streiks zu erledigen. Vier Kontrollleure seien sie bloß, also kann man sich denken, wie angestrengt sie tätig sein müßten. Er müsse am Montag schon wieder nach Steffin, weil dort ein Streik auf der Zementfabrik ausgebrochen wäre. Auf meine Frage, ob er denn gleich Arbeiter mitnehme und ob sie immer welche auf Lager hätten, erwiderte er: „Sie hätten immer eine sogenannte Kerntruppe. Diese setzt sich aus Schlossern, Klempnern, kurzum aus gelernten und ungelernten Arbeitern zusammen. Diese Kerntruppe nimmt er gewöhnlich gleich mit und dann kommt der Nachschub. Sie haben ja so viele Arbeitswillige, daß sie allen Anforderungen genügen könnten.“

Witterweise waren wir in Harburg angelangt und nun meinte der Herr „Kontrollleur“, daß dies ein ganz verheerendes Nest wäre. Hier hätte er im vergangenen Jahre einen Streik der Schauerleute gehabt, der sehr lange gedauert hat und bei dem verschiedene Schiffe gefallen sind. Doch er dabei wieder ein Loblied auf seine Tätigkeit sang, ist wohl selbstverständlich und ich war froh, als wir im Hamburger Hauptbahnhof einfuhren. Mit einem Dank für seine freundliche Unterhaltung und dem Hinweis, daß ich ein Gewerkschaftsangehöriger sei, verabschiedete ich mich, ihn mit einem verdühten Gesicht stehen lassend.

Selbstverständlich habe ich die Steffiner Genossen gleich telegraphisch benachrichtigt, welche angenehmen Besuch sie am Montag zu erwarten hätten.

Irgend eine weitere Bemerkung an diese Darstellung will ich mir ersparen. Wie ich Anfangs schon bemerkte, sind uns die Praktiken dieses Instituts bekannt und viel Neues bietet auch diese Unterhaltung nicht. Nur um zu zeigen, mit welchem Raffinement diese Herren arbeiten, weiter aber auch die Arbeiterklasse darauf aufmerksam zu machen, daß schon selbst Polizeihunde im wirtschaftlichen Kampf gebraucht werden und vielleicht auch auf die Streikenden gehebt werden sollen, sollte der Zweck dieser Zeilen sein. Mancher Mensch schämt sich, wenn er ein schamloses Gewerbe ausübt, es gibt aber auch Leute, die anders können, zumal wenn sie dabei pro Tag 30 Mk. verdienen.

(Wir wollen nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß Arbeiter, die mit dem „Polizeihund“ des Herrn Streikbrecher-Agenten zu tun bekommen, berechtigt sind, die Bestie einfach totzuschlagen. Außerdem empfiehlt sich, den Herrn, falls er den Hund auf Menschen heßt, unweigerlich bei der Staatsanwaltschaft anzuzeigen, die eine Klage gegen ihn nicht zurückweisen könnte. R. d. V.)

Briefkasten der Redaktion.

Hans Schuller-Bühlhagen. 1. Vorstandsmitglied Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. 2. Ja. — R. d. 37. Die Adressen der Berliner Institute finden Sie im Adressbuch; mit weiteren Adressen können wir Ihnen nicht dienen. — G. B. 5. Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Engelstraße 15. — G. B. 125. Ein Verzeichnis von geeigneten Sachverständigen, aus denen Sie dann auch gewünschte Adressen erhalten, finden Sie in den größeren Annoncen-Agenturen (Hanssenstein u. Vogler). — T. B. 182. 1. Zum Teil ja. 2. Richtig. „Berliner Arbeiter“ (40 Bl.) würde Ihren Zwecken entsprechen. — W. B. 90. Leider nicht

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Credit-Haus Moabit

Lubascher, S.

Franz Abraham

Goldtröpfchen

Orangen-Feuer

Sinalco (Bilzbrause)

Si-Si

F. Falk!

Bäckereien, Konditor

Hankes Brotbäckerei

Carl Kappeler

Kunze, Grossbäckerei

Rich. Liebenow

Mache, Carl

Peter's Großbäckerei

Th. Turban

Ulbrich

Bäderanstalten

Bürger-Bad

Bader-Bad

Hohenstaufen-Bad

Börsen-Bad

Bad Invaliden

Bad Kaiser-Friedrich

Bad Kaiser-Friedrich

Bad Kaiser-Friedrich

Bad Kaiser-Friedrich

Erachtet 2 mal wöchentlich

Neptun-Bad, Schickler-Allee 104

Bandagen, Gummlw.

Panschow

Beordig.-Anst. Sargm.

Beloucht.-Gegenst.

Berufskleidung

Schlesinger, Hermann

Wilh. Scholem

Schuch, M.

W. Adelong & A. Hoffmann

Bierbrauereien, Bierh.

Patzenhofer Branerei

Patzenhofer Flaschenbiere

Berliner Bock-Brauerei

Berliner Weißbier-Brauerei

Max Böhm

BORUSSIA

Brauerei „Germania“

Berliner Bock-Brauerei

Bezugsquellen-Verzeichnis

Phönix-Brauerei

Richter & Co.

Roland

Schade

Schlossbrauerei

Spandauerberg-Brauerei

Vereins-Brauerei

Berliner Kindl

Weissbier Albert Braun

Weissbier, C. Breithaupt

Weißbier-Brauerei

Ed. Gebhardt A.-G.

Butter, Eier, Käse

J. F. Assmann

Oskar Beck

Fritz Bartz

A. Däweritz

Carl Franke

F. Hagen

Hasse, Wilh.

Hoffmann

Kosmalla, E.

Maeding, J.

Müller, Ernst

Pomorski, Paul

Schröter, R.

Uhl & Wolfram

Georg Wunder

Cacao, Chocolade

Cyliax, G.

Teichmann, H.

König

Julius Levy

Link, Paul

Paul Loewenthal

Westmann

A. Kieper, Nowawes

Drogen u. Farben

Rnesebeck-Drog.

König, Herm.

Fischhandlungen

H. Reimann

Winkler & Bärthel

Fleischer u. Wurstw.

Berliner Fleisch-Consum

Robert Bludschusch Nachf.

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau

August Hafer

Fleisch u. Wurst-Centrale

Oskar Klöhn

Wolff, Carl

Fahrrad, Nähmasch.

Carl Ahele

Brennabor

Alb. Kasulke

Klein, Wilh.

Fahrrad-Vertrieb

Fahrrad-Leihhaus

Haus u. Küchengeräte

Dünnert, O.

Graff & Heyn

Carl Müller

Rund um Berlin

Solidaria-Fahrräder

Wandelt

Färbereien, Wäscher.

Carl Pollnow

Berliner Dampf-Wäscherei

Gebr. Erguth

Meesters, Th.

Osw. Naefe

ärberei

Stenzel, Paul

Taubert, J.

Fischhandlungen

H. Reimann

Winkler & Bärthel

Fleischer u. Wurstw.

Berliner Fleisch-Consum

Robert Bludschusch Nachf.

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau

August Hafer

Fleisch u. Wurst-Centrale

Oskar Klöhn

Wolff, Carl

Fahrrad, Nähmasch.

Carl Ahele

Brennabor

Alb. Kasulke

Klein, Wilh.

Fahrrad-Vertrieb

Untenstehende Geschäfte

Antonstehende Geschäfte

Herren-Artikel

Herren-u. Knabengard.

Blitz!

Bohn, R.

Ed. Freitag

Goldstein

Hamburg-Steghitz

Hirschfeld

Max Kaplan

Ringel

Rosner, Max

Werner, Erich

Karl Westhof

Hüte, Mützen u. Pelzw.

Bazar Norden

M. Grund

Huf-Centrale

Kehr-Hüte

Krüger, Otto

LOBER-MUTE

Mandel's Hutfabrik

Peters, A.

Rieck, Em.

Schlesinger

Vester, E.

Kaffee-Surrogate

M. Bathke

Kaufhäuser

Dekuczynski, H.

Fortsetzung siehe nächste Seite

Falkenstein, Paul

Emil Hoegner

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe

M. Jacob

Kaufhaus

Gustav Pinkus

Kaufhaus

Gebr. Preuß

Kinematogr.-Theater

Gromadecki, F.

Kohlen, Koks, Briketts

Rod. Beier & Co.

M. F. Leyke

Das Beste für Ofen u. Herd.

J. Ferdinand Leyke sen.

Loebell, L.

Georg Knöpfel & Sohn

Gebr. A. & J. Podzuweit

Kolonialwaren

Ed. Bahrfuß

Bark, Wilh. NO.

Alexander Bischoff

August Dankert

Joh. Eichler

Grabitz

Wilh. Grüning

Habets, Franz

C. Hannemann

Heinrich, R.

Henckel, Wilh.

Herrmann, Aift.

Partei - Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Mark Brandenburg. Die neue Lokalliste liegt der heutigen Nummer des „Vorwärts“ bei und wiederum richten wir an die gesamte Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, die Lokalliste mehr zu beachten als bisher.

Darum ist es unbedingte Pflicht jedes Arbeiters, alle Lokale zu meiden, die der Arbeiterschaft zu Versammlungen verweigert werden.

Beachtet die Arbeiterschaft diesen wiederholt an sie gerichteten Appell und handelt sie streng danach, so muß es uns gelingen, alle Lokale, die durch den Besuch der Arbeiterschaft erst ihre Existenz haben, auch zu Versammlungszwecken zu erobern.

Wo aber Säle zu Versammlungen zur Verfügung stehen, dort können wir das Versammlungsrecht erst wirklich ausüben, darum ist der Kampf um Versammlungsräume auch ein Kampf um das Versammlungsrecht. Deshalb:

Beachtet stets die Lokalliste!

Des weitern ersuchen wir die Vorstände und Komitees, bei allen ihren Veranstaltungen dafür zu sorgen, daß das notwendige Bedienungspersonal stets vom kostenlosen Arbeitsnachweis des Verbandes deutscher Gastwirtschaftlichen bezogen wird.

Außerdem ist es im eigenen Interesse der Vereine selbst dringend notwendig, daß allen Verträgen mit Lokalinhabern eine Klausel angefügt wird, wonach für den Fall, daß das betreffende Lokal später für Arbeiterversammlungen verweigert werden sollte, der Vertrag seine Gültigkeit verliert.

Alle sonstigen Anfragen, Mitteilungen usw. sind stets durch die in der Lokalliste angegebenen Kommissionsmitglieder an den Obmann der Lokalkommission zu richten, soweit Lokale Berlins und der Kreise Nieder-Barnim, Teltow-Beeslow und Potsdam-Ohlbrandland in Frage kommen.

Zum Schluß ersuchen wir die Parteigenossen, die jeweilige Lokalliste stets bis zum Erscheinen der nächsten aufzubewahren, sowie von allen in der Zwischenzeit eintretenden etwaigen Änderungen Notiz zu nehmen.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 10. Juli, findet ein Ausflug mit Familie nach Pferdebuß bei Köpenick statt. Treffpunkt dortselbst von vormittags 10 Uhr an.

Waldorf. Die Teilnehmer an dem naturwissenschaftlichen Kursus des Genossen Engelbert Graf über: „Die Geschichte unserer Erde“ werden ersucht, sich am Sonntag, den 10. Juli, recht zahlreich an der Exkursion nach den Müdersdorfer Kallbergen zu beteiligen.

Zehamisthal. Sonntag, den 10. Juli, nachmittags 2 Uhr, findet bei Senfleben, Friedrichstr. 48, die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Bernsdorf. Am Sonnabend, den 9. Juli, abends 8 Uhr, im Knorrchen Lokale Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Spandau. Der hiesige sozialdemokratische Wahlverein hält heute, Sonnabend, den 9. Juli, sein diesjähriges Sommerfest in den gesamten Räumen der Brauerei Nischdorf ab, bestehend aus Gartenkonzert, Gesang, turnerischen Aufführungen, Verlosung und Ball.

Berliner Nachrichten.

Der unermüdlige Kinderwagen.

Raum einen ähnlich so ausdauernden, helfenden Freund hat die Arbeiterfrau, wie den Kinderwagen. In der Zeit großer Erwartung, wo sie mit Hängen und Bangen, oft unter unausgesetzter, gleichmäßiger Arbeit, der schönsten Erfüllung ihres Daseins entgegenharrt, sucht sie das mühsam ersparte Gummichen zusammen, das sie zur Anschaffung des Kinderwagens bestimmt hat.

Die ersten Jahre bleibt er fast ausschließlich seinem Spezialamt als Kinderwagen reserviert. Allenfalls, daß Mutter noch außer der strampelnden Nachkommenschaft einen Korb mit Essen in seinem geduldrigen Innenraum verstaubt, wenn sie Patern Mittag trägt.

und ein halbes bis ein Dutzend kleiner Proletarierkinder schauen nacheinander, oft auch nebeneinander, aus der Ehestandsequipe. Bis Mutter eines Tages erklärt, daß es nun genug sei, und sie hinfort auf diesem Gebiete streifen muß. Dann heben aber für den Kinderwagen erst die ersten Zeiten an. Er, der bisher lieblich gepflegt und äußerlich ansehnlich erhalten wurde, wird nun bloß noch auf nützliche Verwendung hin erzogen.

Die Gemeindegewerbesteuer legt der Magistrat vom 15. bis 30. Juli d. J. im Wahlbureau Poststraße 16 I zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Der Dreiklassencharakter des Kommunalwahlrechts erhellt von neuem durch die Tatsache, daß die erste Abteilung mit einem Mindeststeuerbetrage von 6646,80 M. abschließt, während der zweiten Abteilung zugehört, wer mindestens 191,3641/100 M. Steuern zahlt.

Die Höchstgrenze der Fahrgeschwindigkeit für Kraftfahrzeuge hat der Regierungspräsident zu Potsdam für gewisse Amtsbezirke auf 25 Kilometer in der Stunde festgesetzt. Im Kreise Teltow sind dies die Amtsbezirke: Grünwald, Schmaragdort, Grünwald-Forst (Dahlem), Friedebau, Steglitz, Groß-Vichtersfeld, Lanow, Mariendorf, Tempelhof, Erix und Treptow; im Kreise Nieder-Barnim die Amtsbezirke: Zegel, Wittenau, Reinickendorf, Lütbars-Waldmannslust, Hermsdorf, Rosenthal, Nieder-Schönhausen, Pantow, Franz, Buchholz, Feinersdorf, Weihensee, Hohen-Schönhausen und Friedrichshöhe.

Das Ende des Talers.

Folgende Bekanntmachung, betreffend die Behandlung der noch im Umlauf befindlichen Eintalerstücke deutschen Gepräges, wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht: Auf Grund des § 14 Abs. 1 Nr. 1, 2, Abs. 2, des Ringgesetzes vom 1. Juni 1909 (Reichsgesetzbl. S. 507) hat der Bundesrat im Verfolg der am 27. Juni 1907 beschlossenen Anleiherücknahme der Eintalerstücke deutschen Gepräges (vgl. die Bekanntmachung vom gleichen Tage, Reichsgesetzbl. S. 401) die nachfolgende Bestimmung getroffen:

Die bei den Reichs- und Landesbanken noch eingehenden Eintalerstücke deutschen Gepräges sind durch Verschlagen oder Einschneiden für den Umlauf unbrauchbar zu machen und alsdann dem Eingeklärt zurückzugeben.

Ferner hat der Bundesrat sich damit einverstanden erklärt, daß die Kassen der Reichsbank mit diesen Talern in gleicher Weise verfahren.

Fernsprechdienst in Oberschöneweide. Ununterbrochener Dienst wird vom 8. Juli an in Oberschöneweide abgehalten. Der Nacht-dienst erstreckt sich auf den Ortverkehr, den Vorortverkehr mit Berlin, Charlottenburg, Lichtenberg, Reinickendorf-Ost, Nizdorf, Weihensee und Wilmersdorf sowie auf den Fernverkehr mit den zum Tagesverkehr zugelassenen Orten, die selbst Nacht-dienst haben.

Berlegung von Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn ist genötigt, wegen Gleisarbeiten auf dem Rühlendamm von 2.30 nachts an folgende Umleitungen vorzunehmen: in der Nacht vom 8. zum 9. Juli Linie 74 in der Richtung nach Schöneberg statt Spittelmarkt, Rühlendamm, Spandauer über Jerusalemer, Oberwallstraße, Berderscher Markt, Schloßplatz; 78 nach der Frankfurter Allee statt Spittelmarkt, Rühlendamm, Mollenmarkt, Mollenmarkt, Straßauer, Schilder-, Blumenstraße über Jerusalemer, Oberwallstraße, Berderscher Markt, Schloßplatz, Königstraße, Alexanderplatz, Alexander-, Blumenstraße. Vom 11. zum 12. Juli geht 74 über Schloßplatz, Berderscher Markt, Oberwall-, Jerusalemer Straße.

Der Magistrat genehmigte in seiner gestrigen Sitzung die von der Tiefbauabteilung vorgeschlagene Verengung der Bau- und Vorgartenfluchtlinie in der Bellevuestraße. Der ständig wachsende Verkehr macht eine Verbreiterung der Straße unbedingt nötig.

Bäume, die jetzt noch einen besonders schönen Schmuck der Bellevuestraße bilden, fallen. Es hat sich allerdings schon seit Jahren die Notwendigkeit herausgestellt, einzelne morsche und windbrüchige Bäume fortzunehmen und durch junge Bäume zu ersetzen, und in wenigen Jahren würden für alle alten Bäume junge gepflanzt werden müssen.

Noble Behandlung.

Ein städtischer Angestellter schreibt uns: „Wünsche der städtischen Angestellten können jederzeit durch dieselben vorgetragen werden und finden stets eine wohlwollende Aufnahme und Erfüllung, wenn die vorgebrachten Wünsche billig und vernunftgemäß sind.“

Der feste Kutscher. Die Berliner Straßenpolizeiverordnung bestimmt, daß jedes mit Zugtieren bespannte Fuhrwerk mit einem festen Kutscher versehen sein muß, von wo aus der Kutscher einen freien Ausblick hat.

Als Kautionschwindler verhaftet wurde gestern der Inhaber des „Robiadenverlages Victoria“. Unter diesem Namen hatte der Schauspieler und Theaterkritiker Rudolf Eh, der in Theater- und Schauspielkreisen unter dem Namen Rudolf Walden aufgetreten ist, ein Bureau zum Verkauf von kleinen Variété- oder kleinen Vereins- und Gesellschaftsblättern eröffnet.

Ein Eiferjuchtdrama hat sich in der vergangenen Nacht um 1 1/2 Uhr in dem Hause Sedanstraße Nr. 1 zu Schöneberg abgespielt. Der 21 Jahre alte Eisenbahnwärter Otto Ambrosius verwundete den 42 Jahre alten alten Postbeamten Heinrich Marwede durch einen Schlag in den Unterleib und hat sich dann selbst durch einen Schlag in die rechte Schläfe getötet.

Der gestern niedergegangene stundenlange Regen hat auch im Straßenbahnbetriebe verschiedene Störungen verursacht. Besonders empfindlich machte sich die Verkehrsstockung geltend, die in der Weißbäcker Straße am Vormittag eingetreten war.

Einen großen Anlauf gab es in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag in der Friedrichstraße vor dem Café National. Dort war aus angeblich nichtiger Ursache ein Kräftest von den zwei Portiers in recht unsanfter Weise auf die Straße expediert worden.

Vorort-Nachrichten.

Eine Diebeshand mit zwei Fingern. Seit längerer Zeit wurden Frauen auf dem Stettiner Bahnhof im Wartesaal I. und II. Klasse Portemonnaies, Schmuckfächer usw. gestohlen. Als die Spitzbuben wurde die 31 Jahre alte Agnes Habedank gestern von der Kriminalpolizei festgenommen. Der dort stationierte Beamte beobachtete, wie sie von einem Tisch das Portemonnaie, das eine Dame unvorsichtigerweise dort hingelassen hatte, verschwinden ließ. Das war ihr aber noch nicht genug. Sie untersuchte die Handtasche einer zweiten Dame, die auf die Abfahrt des Zuges wartete, und nahm die Schmuckgegenstände aus der Tasche heraus. Hierauf wurde die Taschendiebin von dem Beamten festgenommen und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Hier erkannte man sie als diejenige, welche im Mai dieses Jahres einer Russin in einem Kaufhause in der Leipziger Straße aus der Handtasche ein Portemonnaie mit 800 Rubel gestohlen hatte. Man erkannte sie daran, weil sie damals die einzige gewesen war, die sich in dem Verkaufsabteil befand. Der Verkäuferin und auch der Russin war es aufgefallen, daß sie an der linken Hand nur 2 Finger hatte, den Zeigefinger und den Daumen. Der Diebstahl wurde ihr auf den Kopf zugerechnet und schließlich gestand sie den Diebstahl auch ein. Die Diebin ist von auswärts, wo sie mit ihren zwei Fingern an der linken Hand ebenfalls Diebstahle ausgeführt hatte, nach Berlin gekommen.

Ein Leichensund im Langen See bei Schmöckwitz beschäftigt zurzeit die Kriminalpolizei unserer Nachbarstadt Köpenick. Etwa vierhundert Meter von dem Restaurant „Waldbühl“ entfernt fanden Passanten am Strande des Sees die noch halb im Wasser liegende Leiche eines etwa 35jährigen Mannes. Der rechte Arm war gebrochen und hing lose am Oberkörper, der linke fuß war mehrfach gebrochen. Der Unterleib wies eine tiefe, etwa 40 Zentimeter lange Schnittwunde auf. Die Leiche war völlig entleert; die nähere Aufklärung der Fundstelle ergab, daß zweihundert Meter von der Leiche entfernt die verletzten Kleidungsstücke des Toten angeschwemmt waren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Verletzungen der Leiche durch eine Dampfmaschine verursacht worden sind. Die Persönlichkeit des Toten konnte bisher noch nicht rekonstruiert werden. Die Leiche ist etwa 1,68 Meter groß, das Kopfhaar ist schwarz, der Schnurrbart dunkelblond, besondere Kennzeichen wies der Körper nicht auf.

Drei Tage in ihrer Wohnung gefangen hat die 85 Jahre alte Schneiderin Albine Hennig aus der Schwedter Straße 80. Da sie immer sehr zurückhaltend war und mit niemand verkehrte, kümmerte man sich auch nicht um sie. Als sie seit Dienstag ihren Frühstückstisch nicht hineinbrachte und der Nachbar einen Verwesungsgeruch wahrnahm, benachrichtigte man die Polizei. Sie fand die Hennig an einem Falsch über ihrem Bett hängen. Sie ist die Tochter eines Landwirts aus der Provinz, war krankhaft veranlagt und oft schwermütig. Was der Grund zu ihrer Schwermut war, konnte noch nicht ermittelt werden.

Wegen eines Kabelbrandes wurden heute die Wägen I, III, XIII und XIV nach dem Schlußtag am Reichstags-Platz gerufen, wo unter der Eisenbahnbrücke am Bahnhof „Friedrichstraße“ Kabel der Berliner Elektrizitätswerke mit der Rohrverpackung in Brand geraten waren. Die Feuerwehre rief die Kabel heraus und löschte sie mit zwei Rohrleitungen ab. Der Brand ist vermutlich infolge von Kurzschluß entstanden. Die Kabel waren total durchgebrannt, die eiserne Brücke ist hingegen, da die Kabel vollständig isoliert waren, unbeschädigt geblieben. Der Strom mußte ausgeschaltet werden. Die Feuerwehre konnte bald wieder abrücken, ließ aber einen Oberfeuerwehmann und vier Mann mit einer Schlauchleitung zurück. Die Kabel werden so schnell wie möglich ausgebessert, um die Störung zu beseitigen. Die Eisenbahnzüge konnten während des Feuers die Brücke in langsamer Fahrt passieren.

Beim Sommerfest des vierten Kreises ist im Lokale Seeterrasse ein Trauring gezeichnet G. H. 515 verloren worden. Der Finder wird um Abgabe im Bureau Straßauer Platz 1/2 gebeten.

Schöneberg.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich vorgestern abend in der Hauptstraße in Schöneberg. Als der Versicherungsinspektor Schulz aus Rehendorf auf einem Zweirade aus der Mühlentstraße in die Hauptstraße einbog, fuhr er mit ziemlicher Schnelligkeit gegen einen Arbeitswagen des Grundbesizers Schöps in Schöneberg, der in die Mühlentstraße einlenken wollte. Der Radfahrer wurde umgerissen und geriet unter das schwere Gefährt, dessen Räder über ihn hinweggingen. Mit schweren äußeren und inneren Verletzungen wurde der Verunglückte in bedenklichem Zustande mittels Krankenwagen der Feuerwehre in das städtische Krankenhaus in der Hubensstraße eingeliefert.

Rixdorf.

Aus den letzten Magistrats-Sitzungen. Der Magistrat ist mit der Anbringung von Schildern an den Straßenlaternen zum Hinweis auf die Apotheken einverstanden. — Der Magistrat genehmigt die vorgelegten Entwürfe der Dienstamtsweisungen für die Assistenzärzte, den Arzt vom Aufnahmeamt, den Professor, den Oberapotheker und den Apotheker im städtischen Krankenhaus, sowie der Apothekerordnung unter Berücksichtigung der von der Deputation gewünschten Abänderungen. — In der Angelegenheit betreffend die Uebernahme der Müllabfuhr in städtische Regie ist der Magistrat mit dem Erlaß einer Bekanntmachung des städtischen Regieinhalts einverstanden. — Der Magistrat genehmigt den vorgelegten Entwurf der Dienstamtsweisungen für die Wärterinnen der städtischen Bedürfnisanstalten. — Der Magistrat ist mit der Errichtung einer Volksbedürfnisanstalt auf dem Gelände des Kirchhofes der St. Thomas-Kirchengemeinde an der Hermann- und Thomasstraßen ecke einverstanden. — Die Einführung des Markenstempels bei den Monatskarten des Omnibusbetriebes wird genehmigt. — Der Magistrat beschließt, die Bedürfnisanstalten, die an verkehrsreichen Plätzen belegen sind, insbesondere auf dem Hermannplatz, in der Saalestraße und am Schiffahrtskanal bereits um 7 Uhr morgens zu öffnen. — An der vom 14. bis 17. September in Elberfeld stattfindenden 35. Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege soll der Bürgermeister Dr. Weinreich und der Stadtbaurat Weigand teilnehmen. — Dem Berliner Polizeipräsidenten soll auf sein Schreiben vom 3. Juni d. J. erwidert werden, daß die Beschaffung von Spielplätzen zur Pflege der Leibesübungen erstrebt wird, sich gegenwärtig aber die Möglichkeit zur Beschaffung neuer Plätze nicht bietet. — Der Magistrat ist damit einverstanden, daß zur Ueberwachung der Lieferungen für die Materialienverwaltung Revisionen durch eine Kommission vorgenommen werden. — Der Magistrat beschließt, zwischen Wodinsfelde und Wittenwalde einen Fernsprechananschluß herzustellen zu lassen. — Der Magistrat ist damit einverstanden, daß das Material, mit dem die Berliner Städtebau-Ausstellung von der Stadt Rixdorf beschickt worden ist, einer Wanderausstellung in Düsseldorf zur Verfügung gestellt wird. — Zum Andenken an den verstorbenen Stadtkämmerer Riemer soll im Park von Wilmannsberg ein erdgeschichtlicher Block, mit einer Inschrift versehen, aufgestellt werden.

Ein gemütvoller Hauswirt scheint der Besitzer des Hauses Pannierstraße 50 ein Herr Ganzer zu sein. Er kündigte drei Mietern mittels Trauerbriefes die Wohnung. Zunächst belamen die Adressaten beim Empfang dieser Briefe einen nicht gelinden Schreck, weil sie annahmen, daß im Familienkreise irgend jemand gestorben sei; als die Leute aber die Briefe öffneten, war ihre Verwunderung nicht gering, daß der Inhalt nur aus einer Wohnungs kündigung bestand. Jedenfalls ist das von Herrn Ganzer geübte Verfahren etwas außer gewöhnlich. Ist der Mann etwa Verfasser von Trauerbriefen ein groß, daß er über keine anderen Schreibutensilien verfügt?

Köpenick.

Mehrere tausend Mark kollektisch erschwindelt. Eine dreifache Betrügerin ist in der Person der Krankenschwester Schaffmann in Köpenick verhaftet worden. Mit einer Sammelliste, die sich die

Schwindlerin selbst hergestellt hatte und die für das Oberlin-Krüppelhaus in Groß-Lichterfelde galt, ging die Sch. von Haus zu Haus und bat um Beiträge. Es entstanden aber bald Zweifel darüber, ob es sich hier um eine echte Kollektensammlung handelte, da die Schwester nicht die Tracht des Oberlinhauses trug. Man erkundigte sich telephonisch in der Anstalt und nun fuhr sie die Sache als Schwindel heraus. Die Sch., die tatsächlich Krankenschwester ist, wurde darauf verhaftet. Sie hatte bereits mehrere tausend Mark an Geldern verauslagt.

Notwaße.

Ueber die von uns gemeldete Verhaftung des Fuchshalters Graf von der Ostfrankenlasse erhalten wir von Herrn Graf mit der Bitte um Aufnahme ein Schreiben, in dem er ersucht, mitzuteilen, daß er noch nie wegen Diebstahls verurteilt sei, daß es sich nicht um Unterschlagung, vielmehr um eine verspätete Buchung eines schon früher eingegangenen Geldbetrages handele; daß eine offizielle Verhaftung Graf's nicht stattgefunden hat, sondern nur eine auch nach Ansicht des Richters nicht zu rechtfertigende vorläufige Festnahme des Grafen, die richterlicherseits sofort aufgehoben wurde.

Jugendveranstaltungen.

Vorhaben-Rummelsburg-Stralau. Die Besucher unseres Jugendhelms werden wir auf den am Sonntag, den 10. Juli, stattfindenden Ausflug des Lichterberger Jugendausfluges nach Birkenwerder, Sandbühlsee, Klempfleer, Barnau hin und erlangen um rege Beteiligung. Abfahrt früh 6.30 vom Bahnhof Frankfurter Allee. Jahrgeld 50 Pf. Brodiant ist mitzunehmen. Der Jugendausflug.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 10. Juli, vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Frau Dr. K. Mann: „Die internationale Friedensbewegung. Höher Erreichtes und nächste Ziele“. Damen und Herren als Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Eva Schring, Roman von G. v. Kaffenberg, 1 B., geb. 1,25 M. S. Fischer, Berlin, Wilhelmstr. 90.
Die große Kämpfer und die Zukunft der Arbeiterkämpfe im Reich. Von Parvus. 50 Pf. — Kaden u. Co., Dresden.
Der Sozialismus. Eine Untersuchung seiner Grundlagen und seiner Durchführbarkeit. Von R. C. K. 4,50 M., geb. 5,20 M. — Herder'sche Verlagshandlung, Freiburg i. Br.

Wäcker Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Marktstände: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr reichlich, in Gänsen über Bedarf, Geschäft lebhaft, Preise befriedigend. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert, für Krebse leicht anzubringen. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise gedrückt.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 7. 7.	seit 6. 7. am 7. 7.	Wasserstand	am 7. 7.	seit 6. 7. am 7. 7.
Memel, Luft	75	+3	Saale, Großh.	112	-8
Regel, Jüterburg	-27	+6	Havel, Spandau	38	0
Reichel, Thon	—	—	Rathenow	18	0
Ober, Ratibor	196	-26	Spre, Spremberg	70	+2
„ Kroffen	133	+23	„ Beeskow	67	-1
„ Frankfurt	110	-1	„ Rünben	-41	-19
Barth, Schrum	10	+10	„ Witten	68	+13
„ Landsberg	-42	0	Rhein, Roggenhagen	668	-1
Rege, Borsdam	-23	+1	„ Rahn	493	-3
„ Seimert	44	+5	„ Rahn	526	-13
„ Dresden	-92	-2	„ Redar, Heilbronn	255	+20
„ Dordy	165	+5	„ Main, Wertheim	210	+14
„ Magdeburg	140	+10	„ Roßel, Trier	241	+23

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — Unterpegel.



Stiller

Gegr. 1867

Jerusalemstr. 38-39
Friedrich-Strasse 75
Potsdamer Strasse 2
Tauentzien-Strasse 19a
König-Strasse 25-26
Schöneberg, Hauptstr. 146

Zentrale und Versandt
Jerusalemstr. 38-39

Zentrale für Herstellung von Individuellem Maßschuhwerk und Plattfuß-Einlagen nach individuellen Fußabdrücken unter spezialärztlicher Ueberwachung. Kostenlose ärztliche Sprachstunden wochent. von 1/5 bis 7 Uhr in den Geschäftsräumen Jerusalemstr. 38-39

Man verlange Broschüre über den „Senkfuss“

Preiswerte Reise-Schuhwaren

Nur erstklassige Fabrikate □ □ Konkurrenzlos in Qualität und Passform

Für Herren:

Box calf - Schnürstiefel moderne breite Fassung **8.75 M.**

Box calf - Schnürstiefel in moderner Form, sehr haltbar, Rand gestoppt **10.50 M.**

Braun und schwarz Chevreau-Schnürstiefel in allen modernen Fassons, konkurrenzlos in Qualität und Ausführung, Goodyear Welt **12.50 M.**

Braun und schwarz Chevreau- und Box calf-Schnürstiefel, auch mit Derby-Schaftschnitt in ganz neuen Fassons, feinste Qualität und Ausführung, Goodyear Welt **15.50 M.**

Für Damen:

Box calf- und Chevreau-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappen, auch Derbyschnitt **8.75 M.**

Braun und schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel in neuen modernen Fassons mit hohen od. niedrig. Absätzen, Rand gedoppelt **10.30 M.**

Braun und schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel mit oder ohne Derby-Schaftschnitt, a. m. Lackkappen, in ganz neuen Fassons, m. hohen od. niedrigen Absätzen, Goodyear Welt **12.50 M.**

Braun und schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel m. od. ohne Derby-Schaftschn., auch mit Lackkappen, in den allerneuest. Fassons, feinste Qualität und Ausführung, Goodyear Welt **15.50 M.**

Berg- und Touren-Stiefel
in zweckmäßigen Formen mit starken Doppelsohlen, benagelt und unbenagelt
Stillers Berg-, Touren- u. Jagd-Stiefel sind aus eigens ausgewählten Materialien, extra solid und stark hergestellt, wobei alles getan wurde, um möglichste Wasserdichtigkeit zu erzielen

Leinen-Stiefel und -Schuhe
für Herren, Damen und Kinder, in weiss, grau, beige und mode

Lasting-Schuhe und -Stiefel
zum Schnüren oder mit Gummizügen

Haus-, Garten- und Reise-Schuhe

Sandalen □ Strandschuhe □ Tennis-Schuhe □ Turn-Schuhe

Geflochtene Leder-Schuhe und -Stiefel

Naturgemässe Kinder-Stiefel

Soziales.

Die Landwirtschaft in Bayern.

Das Statistische Landesamt veröffentlicht soeben ein umfangreiches Werk über „Die Landwirtschaft in Bayern auf Grund der Betriebszählung von 1907“. Wie sich aus dem Werk ergibt, versorgt die Landwirtschaft in Bayern immer noch 2,6 Millionen oder 40,3 Proz. der Gesamtbevölkerung. Zwar hat sich dieser Anteil im Laufe der letzten 25 Jahre (1882: 50 Proz.) verringert, da die gewerblichen und kaufmännischen Berufe einen fortgesetzt größeren Prozentsatz der Bevölkerung umschließen, aber die absolute Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung erhielt sich ziemlich unverändert. Bauerngüter und Eigenwirtschaft bilden das Rückgrat der bayerischen Landwirtschaft, denn 63,8 Proz. aller Betriebe sind bäuerliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich benutzten Fläche von 2 bis 100 Hektar. Darunter überwiegen die mittelbäuerlichen Betriebe, während die größeren Betriebe zurückgehen. Verpachtet sind nur 4,1 Proz. der Gesamtfläche, 85,1 Proz. der Gesamtfläche sind Eigenland. Der Familienbetrieb bildet die Regel, nur 21,6 Proz. der Landwirtschaftspersonale sind familienfremde Arbeitskräfte. Während der letzten 25 Jahre hat die Zahl der Knechte um 40 000, die der Mägde um 62 000 und die der Tagelöhner um 5000 abgenommen, dagegen haben die eigenen Familienangehörigen zugenommen. 66,7 Proz. des ganzen Kulturlandes ist Ackerland, 22,9 Proz. Wiesen und 22,1 Proz. Forstland. Mehr als die Hälfte der ganzen Betriebsfläche (51 Proz.) ist für Brotgetreideproduktion verwendet.

Hanfabrik und Reichsversicherungsordnung.

Unter Beteiligung von Vertretern der Industrie, des Handels und des Handwerks hat der Ausschuss des Hanfabrikbundes eine Sitzung abgehalten, in der die Richtlinien für das Verhalten des Hanfabrikbundes zur Reichsversicherungsordnung festgelegt wurden. Zunächst haben die Hanfabrikanten Bedenken gegen die Zusammenfassung der sozialpolitischen Gesetze, weil der Umfang des Entwurfs die Uebersichtlichkeit des Stoffes erschwert. Die Versicherungsämter sind als zu teuer abzulehnen. Ferner ist abzulehnen die Dinauffhebung des Mitgliedsminimums bei den Betriebskrankenkassen. Gegen die Beseitigung der freien kaufmännischen Hilfsklassen ist Einspruch zu erheben und deren Erhaltung sowie Gleichstellung mit den Betriebskrankenkassen zu fordern. Der Ausdehnung der Krankenversicherung auf land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, unständig Beschäftigte, Wander- und Hausgewerbetreibende wird zugestimmt. In der Frage der Versicherung der Beitragspflicht der Arbeitgeber zu den Krankenkassen konnte im Hanfabrikbund eine Einigung nicht erzielt werden. Ein Teil der Arbeitgeber war bereit, die höheren Ausgaben zu tragen, um auf diese Weise einen größeren Einfluss auf die Verwaltung der Krankenkassen zu erhalten und den Arbeitern das Selbstverwaltungswort vollständig zu nehmen.

Mit den neuen Bestimmungen über die Hinterbliebenen-Versicherung und über die Zusatzversicherung bei der Invaliditäts- und Altersversicherung ist der Hanfabrikbund einverstanden. Zu geeigneter Zeit soll aber eine große Versammlung aller wirtschaftlichen Verbände vom Hanfabrikbund einberufen werden, und dort wird man endgültig Stellung zur Reichsversicherungsordnung nehmen.

Danach dürfte die scharfmacherische Richtung im Hanfabrikrecht stark sein.

Die Konkurrenzklause.

Der Handelsminister hat an die Handelsvertreterungen einen Erlass herausgegeben, der auch dem Regierungspräsidenten und dem Oberpräsidenten in Potsdam zugegangen ist. Der Erlass bezweckt eine Aenderung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches und der Gewerbeordnung über die Konkurrenzklause. Auch die Kaufmännengerichte sollen sich über die Vorschläge äußern, soweit sie die kaufmännischen Angestellten betreffen. Aufrechterhalten bleiben soll die Vorschrift, wonach eine Vereinbarung, durch die der Angestellte für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner Tätigkeit beschränkt wird, nur so weit verbindlich ist, als die Beschränkung nicht die Grenzen überschreitet, durch die eine unbillige Erschwerung des Fortkommens des Angestellten ausgeschlossen wird. Für Rinderjährige und Weibliche soll jede Konkurrenzklause nichtig sein. Das Konkurrenzverbot soll überhaupt nur wirksam sein, wenn den Angestellten für die über die Vertragsdauer hinausgehende Beschränkung eine Entschädigung zugestanden wird. Der Prinzipal kann bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses jederzeit auf das Konkurrenzverbot verzichten, es muß dies aber innerhalb einer bestimmten Frist geschehen. Der Angestellte hat auf die Entschädigung keinen Anspruch, wenn er durch vertragswidriges Verhalten Grund gibt, das Dienstverhältnis zu lösen. Entgegenstehende Vereinbarungen sind nichtig.

Das unbedingte Verbot der Konkurrenzklause allein kann die schweren Schädigungen beseitigen, die die Konkurrenzklause allen Arbeitern, nicht nur den Handlungsgehilfen oder Werkmeistern, zuzügt.

Vermischtes.

Regenwetter und Hochwasser.

Aus verschiedenen Gegenden kommen Nachrichten über durch anhaltendes Regenwetter verursachte Verwüstungen. Arg in Mitteleuropa gezogen wurden Dörfer und Gemarkungen in Baden. So wird u. a. aus Reuburg-Weter (Amt Ettingen) gemeldet, daß das Hochwasser seit 14 Tagen aus der Gemarkung nicht gewichen ist. Teile des Ortes stehen zwei Meter hoch unter Wasser. Seit sechs Tagen ist keine Aenderung eingetreten und noch immer ist eine Aenderung nicht abzusehen. Von einer Seite in der ganzen Gegend kann keine Rede sein, da die Ueberschwemmung des Rheins und zum größten Teil das Druckwasser alles vernichtet hat. Die Keller sind völlig gefüllt und in den unteren Wohnräumen reicht das Wasser teilweise bis an die Dede. Bei Wühl (Amt Emmendingen) stehen Felder und Wiesen schon seit sechs Tagen völlig unter Wasser. Die Feldfrüchte haben schwer gelitten.

Aus Mannheim wird gemeldet: Seit gestern ist die dritte Hochwasserwelle innerhalb vier Wochen gekommen. Der Rhein stieg von gestern auf heute um 43 Zentimeter und hat damit seit 1878 den höchsten Stand von 711 Zentimeter erreicht. Der Neckar ist in den letzten 16 Stunden um 73 Zentimeter auf 725 Zentimeter gestiegen. Der mittlere Neckar ist sprunghaft gestiegen.

Auch in Paris mehren sich die Anzeichen, daß eine neue große Ueberschwemmung zu befürchten ist. Infolge anhaltender Regengüsse ist die Seine neuerdings beträchtlich gestiegen, in einzelnen Bezirken drang das Grundwasser bereits in die Keller. In den Pariser Vororten Suresnes und Joinville-le-Pont sind die Quais an mehreren Stellen überflutet. Auch Marne, Seine und Oise sind an verschiedenen Punkten über die Ufer getreten und haben bereits einigen Schaden angerichtet.

Fleischwucher im oberbayerischen Ueberschwemmungsgebiet.

Aus München wird uns gemeldet: Zurzeit werden die vom Hochwasser so schwer heimgeschlagenen Gegenden in Oberbayern und

Schwaben von zahlreichen Viehhändlern besucht und die Dekonomen und Viehbefitzer zum Verkauf des vorhandenen Stallviehs zu verlocken gesucht. Infolge der durch das Hochwasser verursachten großen Futtermittelknappheit wird in jenen Gegenden tatsächlich sehr viel Vieh an die Händler verkauft, die es geradezu um einen Spottpreis erwerben, um es mit bis zu 100 Prozent Reingewinn sofort wieder weiter zu verkaufen. Daß der aus diesen Viehverkäufen entspringende Gewinn nur den Händlern in die Tasche fließt, beweist die Tatsache, daß die Preise für sämtliches Schlachtvieh in den letzten Tagen nicht etwa gesunken, sondern sogar gestiegen sind.

Ein Justiz- und Polizeiskandal.

Paris, 8. Juli. (Fig. Par.) Daß die Affäre des verkrachten Gründers Rochelle allerdings unaußerechtliche Geheimnisse aus der parlamentarischen und offiziellen Welt birgt, ist längst kein Geheimnis mehr. Im allgemeinen aber war man mehr geneigt, die lange Duldung der schwindelhaften Spekulationen des ehemaligen Cafehaus-Piccolo, als das Einschreiten gegen ihren Urheber in Verbindung mit unlauteren Machenschaften von dieser Seite zu bringen. Wohl war bekannt, daß die Kampagne, die zur Verhaftung Rochelles geführt hat, das Werk des damaligen Senators Prevet war, des Direktors des „Petit Journal“, dessen Aktien Rochelle vermittelst eines künstlich herbeigeführten Kursturzes hatte an sich bringen wollen. Nun aber kommt zutage, daß ein hoher Polizeifunktionär unter überaus verdächtigen Umständen an dem Komplott des bedrohten Zeitungskapitalisten mitgewirkt hat. Ein Spulant, namens Gaudrion, hat in einem Schreiben an den Justizminister und als Zeuge in der Verhandlung gegen Rochelle folgende Tatsachen enthüllt: Im März 1908 brachte ein Informatenagent namens de Plas, der erfahren hatte, daß Gaudrion Aktien der Rochelleschen Unternehmungen besaß, Gaudrion in Verbindung mit Prevet, der damals Waffen gegen Rochelle suchte. Prevet forderte ihn auf, eine Strafanzeige gegen Rochelle zu erstatten. Gaudrion wollte nicht selbst vorgehen, aber er beauftragte einen Strohmännchen namens Bichereau, dem er Aktien übertrug, mit diesem Geschäft. Am 21. März 1908 kam Prevet ins Bureau Gaudrions. In seiner Begleitung befand sich der Präsidialchef des Polizeipräsidenten, Herr Joes Durand, der Gaudrion sagte: „Schon seit langem suchen wir Rochelle zu verhaften, aber wir haben weder Beweise, noch hinreichende belastende Elemente gegen ihn.“ Durand prüfte hierauf die Dokumente Gaudrions, beziehungsweise die des anwesenden Bichereau, sagte aber dann: „Das ist noch nicht völlig ausreichend. Denn wir müssen eine Untersuchung über alle Geschäfte Rochelles eröffnen können. Könnte nicht Bichereau Aktien des „Glühstrumpfs Della“ in die Hände bekommen? Gaudrion war sofort in der Lage, den Wunsch Durands zu erfüllen, und Bichereau fügte auf Verlangen des Polizeibeamten an seine Klage einen Antrag an, der sich auf die „Della“-Aktien bezog. Von nun an leitete Durand die ganze Operation. Er stellte Bichereau noch am selben Tage dem Untersuchungsrichter Verr vor, der ihn wieder an den Staatsanwalt Monier wies, der ihn mit den Worten empfing: „Sie sind der Mann von der Präfektur.“ — Zwei Tage darauf, am 23. März, wurde Rochelle verhaftet.

Was soll diese Geschichte bedeuten? Sie macht aus Rochelle scheinbar noch keinen unschuldigen Märtyrer. Aber sie zeigt einen sehr merkwürdigen Eifer eines hohen Polizeifunktionärs, diesen Spekulanten, der alles in allem genommen vielleicht wohlwolliger, aber wohl nicht unredlicher war als seine Kollegen in der Gruberei, ins Gefängnis zu bringen. Warum gerade diesen? Ist da der Einfluß Prevet's zu suchen, der dem mächtigen Syndikat der Metallindustrie, dem „Comité des Forges“ nahesteht, und der jetzt 1908 der Berichterstatter über die von der Regierung betriebene, für die Aktionäre so vorteilhafte Verstaatlichung der Westbahn war? Ist es andererseits nicht verächtlich, daß in den letzten Tagen vor der — wie man sieht von der Polizei noch vor der Strafanzeige vorgezeichneten — Verhaftung auf fallend große Verkäufe Rochellescher Papiere an der Börse stattfanden. Es gibt Leute, die diese Verkäufe mit den Börsenspekulationen gewisser Beamten in Verbindung bringen. Dagegen gibt es weniger Leute, die glauben, daß in diese Affäre das fehlende Licht gebracht wird.

Neue Rekorde der Flugmaschine.

Während die Flugwoche von Budapest keine außergewöhnlichen Flugleistungen aufzuweisen hatte, scheint die Flugwoche in Rheims unter einem günstigeren Stern zu stehen. Einer Reihe glänzender Flüge, die schon in den letzten Tagen absolviert wurden, schlossen sich am 7. Juli weitere vorzügliche Leistungen an. Es gelang dabei Olie-lagers, einen neuen Distanzrekord aufzustellen, indem er eine Strecke von 255 1/2 Kilometer zurücklegte. Olie-lagers hatte damit den Distanzrekord, der seinerzeit von Henry Farman durch Zurücklegen einer Strecke von 232 1/2 Kilometer aufgestellt worden war, geschlagen. Allerdings ist Farman's Rekordzeit von 4 Stunden 17 Minuten 53 Sekunden durch Olie-lagers, der zur Zurücklegung seiner Strecke nur 3 Stunden 39 Minuten 29 Sekunden brauchte, nicht erreicht worden. Auch Latham stellte einen neuen Rekord auf, indem er 200 Kilometer in zwei Stunden 46 Minuten zurücklegte. Latham landete kurz darauf, nachdem er im ganzen 212 1/2 Kilometer zurückgelegt hatte.

Diese Leistungen sind umso beachtenswerter, als sie beweisen, daß auch Eindecker — Olie-lagers bediente sich eines Hériot-Apparates, Latham der Antoinette-Maschine — in Distanz- und Dauerflügen mit Zweideckern durchaus zu konkurrieren vermögen, wenn sie über gut funktionierende Motoren verfügen.

Der 7. Juli gehörte überhaupt den Eindeckern, denn auch im Höhenflug erreichte Latham 1884 und Morane mit einem Hériot-Apparat 1110 Meter Höhe.

Todessturz einer Luftschifferin.

Neben den guten Flugleistungen hat sich am Freitag wieder ein bedauerlicher Unglücksfall ereignet. Ein Telegramm meldet uns darüber aus Rheims:

Die bekannte französische Luftschifferin Baronin de La Roche, die in einer Höhe von etwa 40 Meter dahin, als plötzlich ihr Apparat herabstürzte und zerbrach. Die Aviatikerin brach den linken Arm und das rechte Bein und zog sich auch Verletzungen am Kopf zu. Ihr Zustand ist hoffnungslos.

Die Baronin erlangte auf kurze Zeit wieder das Bewußtsein und legte sofort bei der Sporikommision des Flugplatzes Protest gegen den Deutschen Lindpointer ein, da sie behauptet, durch den Luststurz von dessen Motor zu Boden geschleudert zu sein.

Es dürfte notwendig sein, bei einem derartigen großen Andrang von Aviatikern besondere Regeln und Vorschriften zu erlassen, um derartige bedauerliche Unglücksfälle noch Möglichkeit zu verhüten.

Im Aeroplan durch die Wolken.

Ein P. L.-Telegramm meldet aus Rheims vom 8. Juli: Latham, der kühne Pilot, der am Mittwoch selbst einem Winde von über 15 Meter in der Sekunde trotzte, ist gegenwärtig der Held des Flugfeldes von Rheims. Nachdem er gestern einen neuen Rekord aufgestellt hatte, wurde er jubelnd begrüßt. Aber nur wenige Minuten gönnte er sich Ruhe. Bereits 5.30 Uhr stieg er von neuem auf; und in wenigen Augenblicken waren sich die nach Tausenden zählenden Zuschauer darüber einig, daß er einen Höhenflug vorhatte. Immer kleiner und kleiner wurde der Apparat des Pflegers bis er schließlich als winziger Punkt im grauen Himmelsgewölbe erschien. Kurze Zeit nach Lathams Start stieg Morane mit seinem Hériot-Eindecker auf und folgte dem ersteren in die luftige Höhe. Bald hatte er ihn erreicht und jetzt schwebten zwei winzige Punkte, dem Anblick einer dahinfliegenden Lerche nicht unähnlich über dem Flugfeld von Rheims. Plötzlich war der eine kleinere Punkt den Widen der Menge entrückt. Latham war in 1384 Meter Höhe in den Wolken verschwunden. Zehn Minuten vergingen, ohne daß man ihn wieder sah. Eine Viertelstunde — und die Menge wurde schon ungeduldig. Da endlich nach 20 Minuten tauchte er in der Ferne über der Stadt Rheims wieder auf. Immer noch in beträchtlicher Höhe, aber doch bereits deutlich sichtbar. Er hatte über 10 Kilometer in den Wolken durchgeflogen. In weitem Bogen kehrte der kühne Aviatiker nach dem Flugfelde und Startplatz zurück, wo unterdessen auch Morane wieder gelandet war. Brausende Jubelrufe begrüßten ihn, als er den Sitz seines Eindeckers verließ. Alle Zuschauer waren der Bewunderung und des Lobes über diesen kühnen Flug voll.

Als Latham in der Nähe seines Hangars landete, war er zwar feucht und schmutzbespritzt, doch im übrigen froher Laune. Nur die Zigarette, sein sonst unzertrennlicher Begleiter, fehlte. „Ich bin wieder gekommen“, so erzählte er seinen Flug durch die Wolken, „weil ich mich inmitten der Wolkenschichten nicht mehr orientieren konnte. Mein Horizontalsinn war abhanden gekommen. Als ich in die Wolken hineinflog, wußte ich vollkommen Bescheid; als ich aber höher stieg und auch unter mir weiter nichts wie dahinjagende Wolken waren, da wußte ich nicht mehr, ob ich gerade oder im Bogen, horizontal oder seitlich geneigt dahinflug. Die unter, über und neben mir dahinjagenden Schichten verwirrten mir die Sinne. Wo sich die Erde, der ebene Boden befand, wurde mir nicht bewußt. Ich mußte daher meinen Plan, noch höher zu steigen und einen neuen Höhenrekord aufzustellen, fahren lassen und an den Abstieg denken: Als ich endlich aus Nebel und Wolken herauskam, befand ich mich über der Stadt Rheims. Die altehrwürdige Kathedrale lag zu meinen Füßen. Zehn Kilometer hatte ich in den Wolken durchgeflogen.“

Lebendig begraben.

Gestern morgen wurden zwei Bergleute auf der Zeche Hasenwinkel bei Hattingen von herabstürzendem Gestein verschüttet. Die sofort in Angriff genommenen Aufräumungsarbeiten ergaben, daß beide noch am Leben seien. Trotz der größten Anstrengungen seitens ihrer Kameraden ist es noch nicht gelungen, die Verschütteten zu retten. Seit gestern nachmittag war eine Verständigung mit ihnen nicht mehr möglich. Doch dürfte es nicht ausgeschlossen sein, daß sie sich noch am Leben befinden.

Vom Automobil des Präsidenten Taft überfahren.

Gestern wurde ein Italiener vom Automobil des Präsidenten Taft überfahren. Die Verletzungen waren derart, daß der Ueberfahrene kurze Zeit nach dem Unfall starb.

Nach einer Depesche aus New York führte bei einem Automobilrennen in Indianapolis während der Geschwindigkeitprüfung der Wagen des bekannten Automobilisten Rincade um. Der Fahrer des Wagens war sofort tot.

Kleine Notizen.

Diebstahl. Auf dem Postamt Leschen in Oesterreichisch-Schlesien wurde ein Postbeutel mit 17 000 Kronen entwendet. Der Postamtsdiener Jentel wurde wegen Verdachts des Diebstahls verhaftet. — Bei einem Juwelier in dem Grenzort Friedeck in Oesterreichisch-Schlesien wurden Uhren und Juwelen im Werte von 36 000 Kronen gestohlen.

Familien-drama. In Vagenlois hat der Müllermeister Schuch seine von ihm getrennt lebende Ehefrau durch Revolver-schüsse tödlich verletzt und sich dann selbst erschossen.

Zur Hofrichter-Affäre. Wie aus Wien gemeldet wird, ist die Untersuchung gegen Frau Hofrichter sowie gegen die Frau und die Schwester des Professors Luttman eingestellt worden.

Die Gurgel durchschnitten. In Fouquieres schnitt ein belgischer Bergarbeiter seiner Gattin, welche sich weigerte, das gemeinsame Leben mit ihm wieder aufzunehmen, die Gurgel durch. Der Mörder wurde verhaftet.

Erdbeden. In Laibach registrierten gestern früh 9.20 Uhr 54 Sekunden die Instrumente der Erdbewarte den Beginn eines Fernbebens. Die Herdbistanz betrug 6000 Kilometer.

Vom Wüderer erschossen wurde in den Wäldungen von St. Georgien in der Nähe von Preburg der Förster Gruber, als er einen Wildschützen auf frischer Tat ertappte. Der Täter ist verhaftet.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Sturm.“ Wochenchrift für Kultur und die Künste. Herausgegeben von H. Walden. 10 B. — Verlag „Der Sturm“ Berlin-Galantee. Aus Natur und Weltbewußt. Bd. 15. Verfeinerung und Entwicklung in Deutschland 1800—1900. Von B. Loy. — Bd. 317. Die Entwicklungsgeschichte der Stille in der bildenden Kunst. I. Teil. Von E. Cohn-Winter. — Bd. 318. Die gleiche II. Teil. — Bd. 321. Körperliche Vererbungen im Kindesalter und ihre Verhütung. Von M. David. — Einzelb. 1 M., geb. 1.25 M. — H. G. Teubner, Leipzig. Zeitschrift für Religionspsychologie. Heft 1 und 2. Herausgegeben von D. G. Runge, Dr. D. Klemm und D. F. Bredler. 12 Heft ein Band 12 M. — H. Barth, Leipzig. — Gedichte von R. Goldschmidt. 1.50 M., geb. 2 M. — Leben. Erzählungen von R. Goldschmidt. Brosch. 1 M. — Goldbraut. Roman von Anna Sommer. 1.50 M., geb. 2 M. — Gedenkenliebe. Roman von Emma Mittelstaedt. Weinmüllers Verlagsanstalt in Würzburg. 1.50 M., geb. 2 M. — Verfassung und Verwaltung der freien Gewerkschaften in Deutschland von B. Schildbach. 1 M. — A. Deichert'sche Verlagsbuchhandlung. Auf: Werner Scholl, Leipzig. Die Naturlehre als Grundlage der praktischen Menschenkenntnis. Von C. Güter. 51 S. — Verfassungen zu meinem System der wissenschaftlichen Psycho-Physiologie. Von C. Güter. 171 S. Hirnminut-Verlag, Detmold und Leipzig. Wästen wir die Idee des Generalstreiks propagieren? Von C. Güter. 15 B. — Selbstverlag Leipzig-Berlin, Baumgartenstr. 74. Protokoll der Tarifverhandlungen im Wasserwerke und der außerordentlichen 13. Generalversammlung 1910. 462 S. — H. Töbner, Hamburg.

Aufruf an alle sparsamen Hausfrauen!

Das **Kaufhaus Wilhelm Joseph**

Schöneberg
Hauptstraße 163

Berlin
Großgörschenstr. 1

beginnt am

Sonnabend, den 9. d. Mts.

mit dem

Verkauf bedeutender Warenmassen

zu enorm billigen Preisen in Serien zu

95

1.95

2.95

3.95

4.95

Es wird um Beachtung der Extra-Beilage
am Sonntag, den 10. d. Mts., gebeten.

Jeder sparsamen Hausfrau, der an einem wirklich billigen Einkauf
gelegen ist, wird der Besuch des

Kaufhaus Wilhelm Joseph

sehr empfohlen.



Noch 8 billige Verkaufs-Tage

Sonnabend, den 9. Juli
bis
Sonntag, den 17. Juli

Nach beendeter Saison

und um mein Lager für den
bevorstehenden grossen Um-
bau zu räumen, habe ich eine
grössere Anzahl einzelner An-
züge, Paletots, Jünglings- u.
Knaben-Anzüge, Beinkleider,
Leinen- und Lüster-Anzüge
und -Jacketts, ganz bewährter
Ausführung, wesentlich im
Preise zurückgesetzt, teilweise

bis zur Hälfte!

Man beachte die Preise
in den acht Schaufenstern.

Gottlieb Weiss

Schöneberg Hauptstr. 161 Erke Stubenrauch-
u. Kaiser Friedrichstr.

Hüte in allen
Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher,
Prinzenstr. 57, an der
Fahrgeld wird vergütet.

Geschäfts-Erweiterung
10% Rabatt
auf Hüfen, Schürzen, Unter-
röcke, Korsetts, Arbeiterhemden,
Kindermützen etc.
Margarete Dietrich
Mirbachstr. 25.

**Tuche u.
Maßanzüge,**

elegantester Sitz garantiert, 32
bis 85 M., fertige elegante Anz.
9.90, Burschen- 6.50, Knaben- 1.25
an, Anzugstoff 5.00, Hosenstoff
2.25, bunte Westen billig. Be-
sichtigung unseres gr. Lagers
ohne Kaufzwang erbeten. Gern
schicken wir unsere Vertreter mit
Muster ohne Kaufverpflichtung.
Original engl. Stoffe billig.

Tuchgesellschaft
Kottbuserdamm 16-17 (Hochbahn).
Vorzeiger d. Inserats erhält 5% Rabatt.

Bellevue Woltersdorfer Schleuse,
empfiehlt sich zu Dampferpartien. 24655*
Großer Parkettsaal. Garten direkt am See.

Berlin-Lichtenberg Kohlenvertrieb „Glückauf“
Güterbahnhof Frankfurter Allee.

Ausnahme-Preise
vom 1. Mai bis 31. Juli von 10 Zentner an ab Platz
in nur prima Marken.

Beste Vulkan Halbstein-Briketts p. Ztr. M.	0,70
„ Heye	0,80
Prima Ferdinand Salon-	0,72, 1000 Stück 6,75
„ Anker	0,82, 1000 „ 7,75
„ Anh. Kohlenw.	0,90, 1000 „ 8,50
„ lise	0,90, 1000 „ 8,50
„ Brikettbruch, Steinkohlen und Koks billigst.	

Handwagen zur Verfügung.

**Hüte, Mützen
Herrenartikel**
L. Schoop, Rummelsburg,
Alt-Boxhagen 36.

Gneisenastraße 10,
S. Grau, billigste u. beste
Bezugsquelle für
Möbel jeder Art.
Kassa und Teilsahlung.

Arbeiter- und Berufskleidung

kaufen Sie reell und billig, für jeden Beruf
passend, in großer Auswahl.

Roter Laden
Schöneberg, Hauptstraße 108.

Berliner **H. Joseph & Co., Rixdorf** Berliner
Str. 54-55 Str. 54-55

Grosser Nach - Saison - Verkauf

Die Preise sind teilweise bis zur Hälfte des früheren Verkaufspreises herabgesetzt. — Zum Verkauf gelangen: Sommer-Restbestände u. Extra-Angebote

Blusen weiss und farbig, sonstiger Wert bis 2,00
Mark jetzt durchweg **1⁰⁰**

Ein **Weisse Batist-Blusen** Sortim. I Sortim. II
Posten **1⁸⁵ 2⁶⁵**
ohne Rücksicht auf den höheren Wert

Ein gr. Posten **Stickerei-Blusen** Sortim. I Sortim. II
Batist- und **3⁹⁵ 4⁷⁵**
regulärer Wert bis 7,50 jetzt durchweg

Ein **Blusen** gefüttert, in eleg. schicker Verarbeitung
Posten **2⁹⁰**
regul. Wert bis 6,50, jetzt z. Ausschuss

Hochelegante Seiden- u. Woll-Blusen
zum Teil bis zur Hälfte der sonstigen Preise ermässigt.

Kostüm-Röcke in Halbkleiden, bast-
artig, Waschstoffen,
wie Stoffen engl. Geschmacks, in besonders
guten Qualitäten, regulärer Wert bis 12,50 jetzt **5⁹⁰ 6⁷⁵**

Ein **Prinzess-Röcke** nur moderne Sachen,
Posten bastartiger Wasch-
stoff, in weiss, écar und farbig, mit weissen Spitzen-
Zwischensätzen regulärer Wert 19,75 jetzt **13⁵⁰**

Ein **Engl. Paletots** ohne Rücksicht auf
Posten den wesentlich höhe-
ren Wert durchweg **3²⁵**

Ein **Eleg. Uebergangs-Paletots**
Posten aus vorzüglichen Stoffen, zum Teil mit Serge gefüttert
regulärer Wert bis 20,00 jetzt durchweg **9⁷⁵**

Ein **Wasch-Kostüme** darunter Kostüme
Posten Lhochele-
gant. Ausfüh. v. reich. Kurbelstickerei, die z. Teil
über 4,00p. Wert repräsentieren, jetzt z. Ausschuss **9⁵⁰ 15⁷⁵**

Wasch - Unterröcke **2²⁵ früh 2⁸⁵ 1⁹⁰**
n. Plisse od. Falten-Volant, früh. 2,95 jetzt

Eine einmalige Kaufgelegenheit
Einzelne Prinzess-Kleider, Jacken-Kostüme, Kostüm-
Röcke, ungarisierte Kinder-Kleidchen, Jacketts
z. Teil unter der Hälfte des sonstigen Verkaufspreises

Waschstoffe

Ein **baumw. Musseline** mit und ohne
Posten Bordüren ca. **28** Pf.
70-80 cm breit, nur neue Dessins, früh. Fr. bis ca. 60 Pf., jetzt

Ein **prima baumw. Musseline** **38** Pf.
Posten nur letzte Neuheiten, früherer Preis bis ca. 75 Pf., jetzt

Ein **wollene Musseline** ganz neue
Posten Dessins **55** Pf.
früherer Preis bis ca. 1,25 jetzt

Ein **Ottomane und Ripse** seiden-
Posten gütd. **75** Pf.
früherer Preis bis ca. 1,85 jetzt

Ein **Organdys** entzückende Dessins, früherer
Posten Preis bis ca. 1,50 jetzt **78** Pf.

Ein **weisse à jour, Batiststoffe** **40** Pf.
Posten früherer Preis bis ca. 2,25 jetzt

Ein grosser Posten reinwoll. Kleiderstoffe in verschiedenen Geweben, alle modernen
Farben, früherer Preis bis ca. 2,25, jetzt **1.25**

Im Erfrischungsraum vom Montag bis Sonnabend: { 1 Tasse Kaffee und ein Stück Kuchen mit Sahne 10 Pfennig. —
1 Tasse Schokolade mit Sahne 10 Pf. — 1 Bockwurst mit Salat 15 Pf.

